

Bulletin 1994 zur schweizerischen Sicherheitspolitik

Edited Volume**Author(s):**

Spillmann, Kurt R.; Unser, Günther; Köppel, Thomas; Mantovani, Mauro

Publication date:

1994

Permanent link:

<https://doi.org/10.3929/ethz-b-000281471>

Rights / license:

[In Copyright - Non-Commercial Use Permitted](#)

Originally published in:

Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik

Jahrgang / Année 1994

Bulletin

**zur schweizerischen
Sicherheitspolitik
sur la politique
de sécurité
suisse**

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und
Konfliktanalyse ETH Zürich
Centre de recherche sur la politique de sécurité et la
polémologie, EPF de Zurich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Kurt R. Spillmann

Aktuelle Diskussion

Das Nein des Schweizervolkes zum Blauhelmggesetz <i>von Günther Unser</i>	1
Droht ein Verlust der nationalen Kohäsion? <i>von Thomas Köppel</i>	13
Sicherheitspolitische Öffnung im Dienste einer neuen nationalen Leitidee? Ein Essay zur Lage nach dem 12. Juni 1994 <i>von Mauro Mantovani</i>	57
Ein elektronisches Netzwerk als Dienstleistung für Forschungsinstitute im KSZE-Raum <i>von Kurt R. Spillmann und Thomas Köppel</i>	69
Kurzangaben über die Autoren	74

Chronologie

Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik von Dezember 1993 bis November 1994.....	77
--	----

Forschungsprojekte

Sicherheitspolitische Forschung 1994.....	105
---	-----

Vorwort

Das diesjährige Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik, das die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für Gesamtverteidigung herausgibt, erscheint mit dieser Ausgabe zum vierten Mal. In allen darin enthaltenen Beiträgen bilden sicherheitspolitische Ereignisse des Jahres 1994 den Ausgangspunkt.

Zunächst stellt der deutsche Uno-Experte Dr. Günther Unser von der Hochschule Aachen in seinem Artikel über die schweizerische Ablehnung des Blauhelm-Gesetzes Betrachtungen an über die politischen Auswirkungen dieses Volksentscheides.

Von sicherheitspolitisch erstrangiger Bedeutung ist sodann die Frage der inneren Kohäsion der Schweiz, die im Zusammenhang mit der ganzen Integrationsfrage aufgebrochen ist. Herr lic. phil. Thomas Köppel, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle, legt neue Materialien, Untersuchungen und Thesen zu diesem existentiellen Fragenkomplex vor.

Dr. Mauro Mantovani, Oberassistent an der Forschungsstelle, sucht in seinem Essay - ebenfalls im Nachgang zum ablehnenden Blauhelm-Entscheid vom 12. Juni - nach neuen sicherheitspolitisch relevanten Tätigkeitsfeldern, auf denen ein schweizerisches Engagement in vieler Hinsicht nutzbringend wäre. Er schlägt dabei namentlich vor, dass die Schweiz sich mit finanziellen Mitteln wie auch durch den konkreten Einsatz von Spezialisten wirkungsvoll in die Bewältigung der Probleme der nuklearen Hinterlassenschaft der ehemaligen Sowjetunion einschalten könnte. Sein Vorschlag enthält nicht nur eine sicherheitspolitische, sondern auch eine ökologische Komponente und verbindet damit zwei entscheidende Herausforderungen der Zukunft.

Abgerundet wird dieser erste Teil des Bulletins durch eine kurze Vorstellung des an der Forschungsstelle im Aufbau befindlichen elektronischen Netzwerks, das die sicherheitspolitischen Forschungsinstitute des KSZE-Raums miteinander verknüpfen und damit ein stabilitätsförderndes Verbindungsnetz schaffen soll.

Schliesslich bietet das Bulletin wiederum einen Überblick über alle laufenden Projekte zur sicherheitspolitischen Forschung sowie eine Chronologie der sicherheitspolitisch relevanten Ereignisse und Entscheide im vergangenen Jahr.

Die Mitarbeiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse hoffen, dass auch das Bulletin 1994 wiederum einen aktuellen Beitrag zur sicherheitspolitischen Diskussion in der Schweiz leisten kann.

Zürich, 30. November 1994

Prof Dr. Kurt R. Spillmann

Aktuelle Diskussion

Das Nein des Schweizervolkes zum Blauhelmgesetz

von Günther Unser

„Eigenbrötlerische Schweizer“ überschreibt die „Süddeutsche Zeitung“ einen Kommentar zur Ablehnung des sogenannten Blauhelmgesetzes durch das eidgenössische Wahlvolk in dem Referendum vom 12. Juni 1994. Vor allem ausländische Beobachter sehen in dem negativen Abstimmungsresultat eine erneute Bestätigung für einen zunehmenden Isolationismus in weiten Teilen der Schweizer Bevölkerung. Nach dem „Menetekel“ vom 16. März 1986, als mit einem Stimmenanteil von 75,7 Prozent der Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen massiv verworfen wurde, und nach dem negativen Votum der Bürger über die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) Ende 1992 verweigerte nunmehr zum dritten Male das Volk in einer aussenpolitischen Grundsatzfrage der offiziellen Politik in Bern, das heisst Regierung und Parlament, die Gefolgschaft. Eine Entwicklung, die auf eine gefährliche Distanz zwischen Gewählten und ihrer Wählerschaft in Fragen der aussenpolitischen Öffnung des Landes schliessen lässt und in vielen Schweizer Nachbetrachtungen als systemgefährdendes Alarm-signal gewertet wird.

Die Ausarbeitung und Vorlage des Blauhelmgesetzes, mit dem die rechtliche Grundlage für eine Beteiligung schweizerischer Truppen an friedenserhaltenden Operationen Rahmen der Uno sowie der KSZE geschaffen werden sollte, ist vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinten Nationen nach der Ablehnung der Uno-Beitrittsvorlage im März 1986 und den weltpolitischen Umwälzungen seit dem Ende der achtziger Jahre zu sehen.

Die Schweiz – mit Genf als Sitz zahlreicher UN-Einrichtungen -, unterhält seit langem vielfältige und enge Beziehungen zum UN-System, so dass man in Analogie zum Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen vor ihrem Uno-Beitritt 1973 von einer eidgenössischen „Quasi-Uno-Mitgliedschaft“ sprechen kann. Nach 1986 hat sie in ihrer UN-Politik keine Kursänderung vollzogen, sondern ihre engagierte Mitarbeit unterhalb der Ebene der Vollmitgliedschaft fortgeführt. Durch ihren

Beitritt zum IMF und zur Weltbankgruppe, dem die Mehrheit des Volkes (55,8 Prozent) in einem Referendum am 17. Mai 1992 trotz entwicklungspolitischer Vorbehalte „linker“ Gruppen und „isolationistischer“ Opposition aus dem „rechten“ Parteienspektrum zugestimmt hatte, ist die Eidgenossenschaft nunmehr in allen UN-Sonderorganisationen vertreten. Bern unterhält in New York (wie auch in Genf und Wien) nicht nur eine personell bemerkenswert gut ausgestattete Ständige Beobachtermission, geleitet von Johannes J. Manz, einem mehrfach von den Vereinten Nationen mit Aufgaben betrauten Spitzendiplomaten; die Schweiz ist ausserdem eines der wichtigsten Geberländer im UN-System, mit einem jährlichen Beitrag zum ordentlichen Uno-Haushalt, der seit 1990 30 Prozent des hypothetischen Mitgliedsbeitrages beträgt, womit die Eidgenossenschaft der fünftgrösste Pro-Kopf-Beitragszahler ist und Rang 15 auf der Skala der beitragsleistenden Länder einnimmt; sie beteiligt sich ebenso an der freiwilligen Finanzierung der wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Aktivitäten der Vereinten Nationen. Im Jahr 1992 flossen aus der Staatskasse insgesamt 665 Millionen Schweizer Franken an die Vereinten Nationen.

Während sich bis Mitte der achtziger Jahre die Eidgenossenschaft nur punktuell – vorwiegend mit finanziellen und logistischen Mitteln – an friedenserhaltenden UN-Operationen beteiligte (Schweizer Armeeangehörige – derzeit noch sechs – sind andererseits auch seit 1953 als Mitglied der Neutralen Überwachungskommission in Korea tätig), stellte die Regierung 1988 eine Intensivierung ihres friedenspolitischen UN-Engagements in Aussicht.

Am 14. März 1988 verabschiedete der Bundesrat ein Konzept über den Ausbau der Schweizer Beteiligung an friedenssichernden UN-Operationen. Neben einer beträchtlichen Erhöhung der Finanzmittel auf zunächst 15 Millionen Franken jährlich wurden umfangreiche Materiallieferungen und eine stärkere personelle Teilnahme an UN-Aktionen beschlossen; ein entsprechendes Massnahmenpaket zur Friedensförderung wird seither in jedem Jahr vom Bundesrat erstellt. Finanzielle Beiträge erhielten bisher insbesondere die Uno-Friedenstruppen auf Zypern (UNFICYP) und im Libanon (UNIFIL). Für UNTSO im Nahen Osten und für UNIKOM im irakisch-kuwaitischen Grenzgebiet stellte der Bund

Flugzeuge samt Besatzung zur Verfügung, ins frühere Jugoslawien wurden Fahrzeuge an UNPROFOR geliefert. Seit dem Frühjahr 1990 sind im Dienste der Vereinten Nationen unbewaffnete Schweizer Militär- und Zivilbeobachter tätig (so bei UNTSO, bei UNPROFOR in Bosnien-Herzegowina und in Mazedonien). Als Militärbeobachter einsatzbereit sind derzeit etwa 65 Offiziere, die in bisher drei international beschickten Intensivkursen unter finnischer Leitung eine ihren Aufgabe entsprechende theoretische und praktische Ausbildung erhielten. Von schweizerischen Sanitätseinheiten wurden bisher zwei Einsätze bestritten: 1989/90 im Rahmen der UNTAG-Mission in Namibia mit rund 400 Personen und seit Juni 1991 im Rahmen von MINURSO in der Westsahara. Ferner beteiligte sich die Schweiz aktiv an den Wahlbeobachtungen der Vereinten Nationen in Namibia (1989), Haiti (1990/91), Angola (1992), Eritrea (1993), Kambodscha (1993), El Salvador (1994) und Südafrika (1994). Erfahrene Schweizer Militärs und Diplomaten bekleiden gegenwärtig leitende Funktionen in UN-Missionen, so in Georgien (UNOMIG) und im ehemaligen Jugoslawien (UNPROFOR). Die Gesamtausgaben für solche friedensfördernde UN-Aktivitäten beliefen sich 1993 auf 37,4 Millionen Franken.

Eine beachtliche Bilanz für ein Nichtmitglied der Vereinten Nationen.

Als Folge der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa nahm der Schweizer Bundesrat im Herbst 1990 eine umfassende Überprüfung der Sicherheitspolitik vor („Bericht 90“). An der aussenpolitischen Maxime der bewaffneten Neutralität festhaltend, wurden jedoch wesentliche neue Akzente gesetzt; so sollte die „Friedensförderung“ einen integralen Bestandteil der sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz bilden, was eine intensivere multilaterale Zusammenarbeit bei der Bewältigung internationaler Krisen voraussetzte. Diesem Leitgedanken folgend, beschloss die Regierung Ende März 1991 dafür die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um in Zukunft auch bewaffnete Truppenverbände („Blauhelmtuppen“) bei multilateralen Friedenssicherungsoperationen im Rahmen der Uno einsetzen zu können.

Nach Abschluss des üblichen Vernehmlassungsverfahrens zu einem „Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen“ verabschiedete der Bundesrat den Gesetzesentwurf

am 24. August 1992 und leitete ihn mit einem erläuternden Bericht an das Parlament weiter. Im März 1993 stimmte der Ständerat der Vorlage mit 27 zu 0 Stimmen zu; in der anschliessenden Sommersession im Juni 1993 nahm der Nationalrat mit 106 zu 18 Stimmen das Gesetz an.

Im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens wurde von Befürwortern mehrfach klargestellt, dass mit der Vorlage kein Präjudiz für einen Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen geschaffen werde; entsprechende Vorstösse einzelner Parlamentarier beziehungsweise der SP-Fraktion in jener Zeit wurden im März 1993 zunächst von der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates wie auch im Juni 1993 vom Nationalrat als in dieser Situation kontraproduktiv zurückgewiesen.

Das schweizerische Blauhelmggesetz regelt im Vergleich etwa zu dem entsprechenden japanischen Gesetz vom Juni 1992 nur einige wenige Kernpunkte und umfasste daher lediglich neun Artikel.

Während in Artikel 1 dem Bundesrat die Kompetenz zugewiesen wird, Truppen für „friedenserhaltende Operationen“ sowohl der Uno als auch der KSZE zur Verfügung zu stellen und über deren Bestand und Zusammensetzung zu entscheiden (in der Botschaft an das Parlament hatte sich die Regierung auf 600 Armeeangehörige festgelegt), regelt Artikel 2 die Einsatzvoraussetzungen:

1. Vorliegen der „Zustimmung aller direkt beteiligten Konfliktparteien“;
2. Truppen müssen sich „unparteiisch verhalten“;
3. Waffeneinsatz nur „in Notwehr“;
4. Dem Bundesrat bleibt es vorbehalten, die Truppen jederzeit „zurückzuziehen“.

Aufgrund dieser klaren Festlegung war nicht nur die Handlungsfreiheit der Regierung jederzeit gewährleistet, vielmehr sollte sich der Einsatz der nur aus Freiwilligen bestehenden Blauhelmtruppe auf „klassische“ Friedenssicherungsoperationen beschränken. In dem Gesetz selbst findet sich entgegen der Anregung des Bundesrates und des Mehrheitsvorschlages der zuständigen Parlamentskommission kein ausdrücklicher Neutralitätsvorbehalt – ein im Hinblick auf die spätere negative Referendumsentscheidung taktischer Fehler mit Folgen. Hinsichtlich des finanziellen Aufwandes

wurde von der Regierung eine Modellrechnung erstellt, die ausging von 58 Millionen Franken für den Aufbau (Ausrüstung und Ausbildungszentrum) und jährlichen Kosten in der Höhe von maximal 100 Millionen Franken (zum Teil von der Uno zurückzuerstatten).

Wie jedes Bundesgesetz, so unterstand auch das Blauhelmggesetz gemäss der Schlussbestimmungsklausel dem fakultativen Referendum, das heisst bis zum 4. Oktober 1993 war die Möglichkeit gegeben, die notwendigen 50'000 Unterschriften beizubringen.

Aufgrund des Verlaufs des vorgeschalteten Anhörungsverfahrens, in dem die Kantone, Parteien und Interessengruppen mit insgesamt 42 Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf der Regierung Position bezogen und dabei wenig Kritik äusserten, sowie in Anbetracht des klaren Abstimmungsergebnisses in beiden Kammern des Parlaments schien ein Zustandekommen eines Referendums zunächst wenig wahrscheinlich. Mitte Juli 1993 bildete sich dann im rechten und ultrarechten Parteienspektrum, initiiert von dem Nationalratsmitglied Flavio Maspoli und seiner „Lega dei Ticinesi“, ein Referendumskomitee, dem nach einigem Zögern die damalige „Autopartei“, heute „Freiheitspartei“, und die „Schweizer Demokraten“ beitraten. Bis zum vorgegebenen Stichtag Anfang Oktober 1993 gelang es den entschiedenen Gegnern des Blauhelmggesetzes, über 83'000 Unterschriften vorzulegen, wovon rund 30'000 in den Filialen einer bekannten Billigmarktkette geleistet wurden.

Das Referendum war somit zustandegekommen, und Anfang 1994 begannen mehrere Aktionskomitees, darunter auch das bürgerliche Komitee „Für den Friedensplatz Schweiz – gegen Blauhelme“ ihren Kampf gegen das Blauhelmggesetz. Die Kontra-Gruppen stellten im wesentlichen auf sechs Argumente ab:

- Das Blauhelmggesetz unterhöhlt das ablehnende Uno-Referendum von 1986;
- die Neutralität der Schweiz ist in Gefahr;
- die traditionellen „Guten Dienste“ der Schweiz werden in Frage gestellt;
- die schweizerische Milizarmee ist für Blauhelmeinsätze ungeeignet;
- die Kosten sind zu hoch;

- anstelle der Blauhelmfinanzierung sollte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) stärker unterstützt werden.

Spät, offenbar zu spät, nämlich erst im April 1994 bildeten sich schliesslich auch zwei Pro-Komitees; in einem fanden sich zunächst alle vier Bundesratsparteien sowie 139 Parlamentarier beider Kammern zusammen, in dem anderen „Komitee für ein friedenspolitisches Ja zu den Schweizer Blauhelmen“ arbeiteten linke Gruppen, die Grünen und pazifistische Kreise mit. Die Befürworter rückten ihrerseits drei Aspekte in den Vordergrund:

- Das Blauhelmggesetz ist neutralitätskonform;
- Blauhelmeinsätze sind angesichts der veränderten Weltlage ein Gebot internationaler Solidarität und Glaubwürdigkeit;
- das vorliegende Gesetz ermöglicht dem neutralen Kleinstaat die Fortsetzung der bewährten Politik der „Guten Dienste“.

Die heisse Phase im Vorfeld der Abstimmung war von einigen spektakulären Auftritten der Gegner überschattet: Sie begann Mitte April mit dem Ausscheren der SVP als Bundesratspartei aus dem Kreis der Befürworter, wobei als Wortführer der Nein-Front wie schon beim Uno- und EWR-Referendum der Nationalrat und Grossindustrielle Christoph Blocher die Szene beherrschte. Die von ihm vor Jahren gegründete, inzwischen über 18'000 Mitglieder umfassende „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz“ (Auns), die aus einem Aktionskomitee gegen den Uno-Beitritt hervorgegangen war, beschloss dann im Mai 1994 auf einer Mitgliederversammlung ein entschiedenes Nein zu dem vorliegenden Gesetz.

Negativschlagzeilen in den Medien, die sowohl Befürworter wie auch Gegner der Blauhelmvorlage zu Wort kommen liessen, in ihren redaktionellen Stellungnahmen allerdings überwiegend die Mehrheitsposition der „classe politique“ vertraten, machten vor allem einige Anzeigenkampagnen und Plakate der Blauhelmgegner. Eine besonders „perfide“ (NZZ) Darstellung zeigte eine überdimensionale Erkennungsmarke auf dem Helm eines Schweizer Soldaten, der im Wüstensand versinkt, während über der Szene mit der Frage „Einmischung in fremde Händel?“ der spätmittelalterliche Eremit und geistige Vater der Neutralität, Niklaus von Flüe, beschworen wird.

Im Mai 1994 trafen sich die nunmehr vier Komitees gegen Schweizer Blauhelme zu einer gemeinsamen Pressekonferenz, auf der nur noch mit Negativ-Schlagworten, Angstparolen und schlichten Unwahrheiten Stimmung gemacht wurde: „Totales Scheitern der Uno-Missionen – Nutzlos für den Frieden – Beitrag an die internationale Betriebsamkeit – Söldnertum – Verschwendung von Steuergeldern – Aufweichung der Neutralität – Uno-Beitritt durch die Hintertür“. Wie wirkungsvoll eine solche unseriöse, weitgehend wahrheitswidrige und Emotionen schürende Stimmungsmache der Abwehrfront war, lässt sich daraus erkennen, dass Umfragen zu Beginn des Referendums bei der Bevölkerung eine Mehrheit für das Gesetz ergaben, die nach und nach abnahm und schliesslich den Skeptikern ein Übergewicht verschaffte.

Bei einer Beteiligung von 45,8 Prozent wurde das Blauhelmgesetz am 12. Juni 1994 mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 57,2 Prozent verworfen, wobei das Ergebnis durchaus im Vergleich zu dem Stimmeneinbruch beim Uno-Beitritts-Referendum 1986 mit über 75 Prozent zu sehen und an dem äusserst knappen Ausgang des EWR-Referendums im Dezember 1992 mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen zu messen ist. In nur vier der 26 Kantone beziehungsweise Halbkantone stimmte die Bevölkerung zu, wobei sich mit den Ja-Mehrheiten aus den französischsprachigen Westschweizer Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg und Jura wiederum – wenn auch weniger deutlich als beim EWR-Urnengang – ein Graben zwischen der deutschen Schweiz und der Romandie auftat.

Die inzwischen vorliegende Vox-Analyse des Stimmverhaltens vom Juni 1994 (Vox-Analyse, Nr. 53, September 1994) fördert weitere bemerkenswerte „Abstimmungs-Gräben“ zutage:

- Stadt/Land-Graben: Zwei Drittel der Bevölkerung in Grossstädten sprachen sich für die Blauhelmvorlage aus, während die Bewohner ländlicher Gegenden in fast gleicher Masse ihre Ablehnung äusserten.
- Generationen-Graben: Die Altersgruppen der 18- bis 39jährigen stimmten der Vorlage deutlich zu (die Gruppe der 18- bis 29jährigen sogar mit 61 Prozent), die ältere Generation votierte dagegen (am vehementesten die Gruppe der über 70jährigen).
- Bildungs-Graben: Noch prononcierter als beim Uno-, EWR-, Weltbank/IMF-Referendum befürworteten 75 Prozent der Perso-

nen mit höherem Ausbildungsstand (Gymnasium und Hochschule) die Vorlage, gegenüber nur einem Drittel mit lediglich elementarer Schulbildung.

Bei der Frage nach den Motiven für die ablehnende Stimmabgabe nahm augenscheinlich der Kostenfaktor den herausragenden Rang ein, immerhin 51 Prozent aller Antworten besagten „zu teuer“, während lediglich 16 Prozent meinten, die Neutralität würde durch einen Blauhelmeinsatz „gefährdet“.

Zu den Beweggründen prinzipieller Art, die zur Verwerfung von insgesamt drei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen am 12. Juni 1994 (Blauhelmggesetz, erleichterte Einbürgerung für junge Ausländer der zweiten Generation und Kulturartikel) führten, gehört das wachsende Misstrauen gegenüber den Regierenden. Vox ermittelte, dass inzwischen 52 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Schweiz kein Vertrauen mehr in das politische Establishment im weitesten Sinne besitzen.

Solch eine zunehmend bedenkliche – auch in anderen westlichen Demokratien zu beobachtende – Anfälligkeit der Bevölkerung für eine oftmals unreflektierte Politikerverdrossenheit weist angesichts der ungeheuren nationalen und globalen Herausforderungen auf tieferliegende Krisensymptome der verfassten Regierungssysteme hin.

Aussenpolitisch bedeutet der negative Volksentscheid einen neuerlichen Rückschlag im Bemühen der Regierenden, die Eidgenossenschaft in die neu zu gestaltende regionale und globale Umwelt einzuordnen. Eine Uno-Mitgliedschaft – nach wie vor ein Ziel Schweizer Regierungspolitik – rückt damit in weite Ferne.

In einer Erklärung am Tag nach der Abstimmung machte der Bundesrat keinen Hehl aus seiner „Enttäuschung“ und übte gleichzeitig ziemlich unverhohlenen Kritik am Stimmverhalten des „Souverän“. Nach Ansicht der Regierung handelte es sich nämlich um eine Vorlage, die „im Grunde genommen für eine offene, tolerante und zukunftsorientierte Schweiz eine Selbstverständlichkeit“ sein müsste. (Erklärung des Bundesrates vom 13.6.1994). Das in dieser wie auch in einer Reihe anderer Abstimmungen zum Ausdruck gebrachte Misstrauen eines grossen Teiles des Volkes gegenüber „Regierung, Parlament und Parteien“ bedürfe, so die Schlussfolgerung, grundsätzlicher Ursachenforschung.

Diplomatisch zurückhaltend fiel die Reaktion aus der Uno-Zentrale in New York aus; der Sprecher des Generalsekretärs betonte in einer drei Sätze umfassenden Stellungnahme vom 13. Juni 1994 die Respektierung des Wählerwillens und unterstrich gleichzeitig die tatkräftige Unterstützung zahlreicher UN-Programme und -Aktivitäten durch die Schweiz.

Unberührt vom negativen Volksvotum blieb bisher die Position der europäischen UN-Metropole Genf. Im Gegenteil – der Schweiz gelang es, die durch die Umwandlung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgebrochene Frage des Amtssitzes der zukünftigen internationalen Organisation, die (bisher) nicht den Status einer UN-Sonderorganisation erhielt, in ihrem Sinne zu beeinflussen. Nach einer „mit teilweise harten Bandagen geführten Auseinandersetzung“ (Süddeutsche Zeitung), einerseits bedingt durch zahlreiche, nicht nur materielle Zugeständnisse der Schweiz, andererseits als Negativ-Folge der überzogenen, aggressiven Abwerbetaktik Deutschlands für den Mitkonkurrenten Bonn, fiel schliesslich die Entscheidung für ein Verbleiben am bisherigen Gatt-Standort Genf. Ob die Schweiz selbst jedoch der WTO überhaupt beitreten wird, liegt letztlich wohl wiederum in den Händen des Volkes.

Schon vor Beginn der Behandlung des neuen Gatt-Abkommens in den eidgenössischen Räten hat sich Anfang 1994 eine „Überparteiliche Plattform Gatt vors Volk“ gebildet, die eine Volksabstimmung herbeiführen will.

Ruft man sich die nach dem Schock der „Uno-Verwerfungslawine“ (NZZ) vom März 1986 de facto eingetretene Intensivierung der Mitarbeit der Schweiz unterhalb der Ebene der Vollmitgliedschaft in Erinnerung, so darf man auf die konkrete Ausgestaltung und Qualität der künftigen Schweizer Uno-Politik gespannt sein.

Wie bisher wird sich die Schweiz vermutlich auch in Zukunft an „klassischen“ Uno-Friedensmissionen beteiligen, wenn auch – wie bereits in der Vergangenheit – mit der ausdrücklichen Beschränkung auf „Blaumützen“ und Militärbeobachter. Ende August 1994 fasste die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates angesichts der Verwerfung des Blauhelmggesetzes den Armeeauftrag neu und stufte die „internationale Friedenssicherung“ nur noch als „subsidiäre Aufgabe“ ein. Dieser Beschluss wurde allerdings vom Plenum des Nationalrates mittlerweile wieder rückgängig gemacht.

Die Blockierung neuer Wege nach Europa und in die internationale Solidargemeinschaft durch einen Teil des Volkes birgt für die Schweiz unabdingbar die Gefahr der aussenpolitischen Selbstisolierung und der internationalen Unglaubwürdigkeit.

Bedenkt man, dass das Nachbarland Österreich – seit 1955 demselben Neutralitätsmodell verpflichtet wie die Schweiz und seit jenem Jahr Uno-Mitglied – ausgerechnet am Tag des negativen Schweizer Blauhelmentscheids sich mit überwältigender Mehrheit für einen EU-Beitritt aussprach, so wirkt das Festhalten der Schweiz an althergebrachten Positionen und Überzeugungen politisch noch antiquierter. Auch das zuvor neutrale Schweden (Uno-Mitglied seit 1946) hat die Zeichen der neuen Zeitrechnung erkannt und sich inzwischen in einer Volksabstimmung für die EU-Mitgliedschaft entschieden.

Auf die Dauer wird sich jedoch die Insel Schweiz eine Politik der Abgrenzung nicht erlauben können, sie muss sich insbesondere aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen der regionalen Integration und der globalen Kooperation als Partner stellen.

Angesichts der Unsicherheiten über Struktur und Funktionsweise des zukünftigen europäischen Ordnungsgefüges, unter Berücksichtigung des beträchtlichen Ansehensverlustes wie auch der Ungewissheit über die friedenspolitische Rolle der Vereinten Nationen in einer Weltordnung von morgen sollte andererseits das Zögern vieler Schweizer, ihrer politischen Führung auf neuen Wegen zu folgen, gerade für ausländische Beobachter Anlass sein, nicht immer nur despektierlich auf die angeblich rückständigen Alpenländer zu verweisen. Dem einzigartigen politischen System der Schweiz mit seinen ausgeprägten direktdemokratischen Elementen wohnte schon immer – nicht nur in der Aussenpolitik – ein Hang zum Festhalten an überlieferten Grundpositionen inne. Der mühsame Weg bis zur Verwirklichung des Frauenstimmrechts beweist jedoch, dass letztendlich auch die „politische Kultur der Langsamkeit“ der Schweizer Anpassungen an neue Realitäten ermöglicht.

Ein erster Schritt macht Hoffnung: Haben doch die Schweizer Stimmbürger am 25. September 1994 dem sogenannten Anti-Rassismus-Gesetz – wenn auch mit hauchdünner Mehrheit – zugestimmt, womit nach langer Zeit wieder einmal eine Regierungsvorlage mit aussenpolitischer Dimension die Gnade des Volkes fand. Nunmehr kann die Schweiz trotz erneut massiver, zum Teil recht

demagogischer Propaganda gegen die angebliche Bevormundung durch die Vereinten Nationen („Nein gegen den Uno-Maulkorb“) endlich einer entsprechenden UN-Konvention aus dem Jahre 1965 beitreten, die inzwischen von 137 Staaten ratifiziert wurde.

Droht ein Verlust der nationalen Kohäsion?

von Thomas Köppel

"Die Existenz der Schweiz in ihrer heutigen Form ist bedroht!" Mit diesem Warnruf gab der ehemalige Aussenminister René Felber am 13. Juni seiner abgrundtiefen Enttäuschung über das Resultat der Blauhelmabstimmung Ausdruck.¹ Ein Teil der Schweiz wolle offensichtlich keine Veränderung mehr, nichts, was die Gesellschaft weiterbringe, sie habe die Sicht auf die Realitäten verloren: "Auf diese Weise hat die Schweiz keinen weiteren Bestand mehr". Der Zeitpunkt sei gekommen, an dem vor allem die romanischen Minderheiten nicht mehr akzeptierten, immer wieder von der Mehrheit von Neuerungen abgehalten zu werden. Selbst eine Sezession einzelner Landesteile sei nicht mehr ausgeschlossen, meinte Felber, und er fragte: "Wie soll der Bundesrat dieses Land führen, wenn alle seine Projekte, die eine gewisse internationale Verpflichtung mit sich bringen, systematisch abgelehnt werden?"²

Sind wir wirklich so weit, dass die nationale Kohäsion³ der Schweiz aus aussenpolitischen Gründen bedroht wird, dass wir durch eine

¹ Der Bund, 13. Juni 1994, S. 7. Etwas weniger pointiert, aber mit ähnlicher Aussage äusserten sich auch amtierende Bundesräte. So interpretierte zum Beispiel Bundesrat Kaspar Villiger am 20. Juni 1994 vor der Basler Handelskammer die Resultate der drei Abstimmungen vom 12. Juni ebenfalls als harte Prüfung für die nationale Kohäsion: "Diese Gräben, diese Konfrontation zwischen verschiedenen Schweizen mit unterschiedlichen Weltbildern und Werthaltungen geben zu Sorgen Anlass. In Frage gestellt wird der innere Zusammenhalt unseres Landes ..." (NZZ, 27. Juni 1994, S. 15).

² Ebenda.

³ Als nationale Kohäsion wird hier ein gewisser Grundkonsens in *Kernfragen* der schweizerischen Staatsführung verstanden, Fragen wie jene über über das Verhältnis gegenüber der Umwelt, gegenüber Europa oder über die grundsätzlichen Ausgestaltung des Sozialstaates. Ein solcher Grundkonsens setzt nicht Konfliktfreiheit voraus; bei einzelnen Volksabstimmungen können die Resultate durchaus nicht der Regierungsempfehlung entsprechen. Wichtig ist die längerfristige Entwicklung. Nationale Kohäsion wird damit vor allem politisch verstanden. Gesellschaftliche Zerfallserscheinungen, wie sie in diesem Zusammenhang manchmal genannt

vermehrte Integration im gemeinsamen Haus Europa das Kind mit dem Bade ausschütten und statt der europäischen Integration die schweizerische Desintegration erreichen? Erste mahnende Stimmen in dieser Richtung sind schon alt. Als 1972 die SPS in ihrem ersten sicherheitspolitischen Konzept eine Aktivierung der Aussenpolitik verlangte, warnte zum Beispiel der damalige NZZ-Militärredaktor Erich Kägi, dass es keinen schweizerischen aussenpolitischen Konsens geben könne: "Man sollte nicht vergessen, dass an der Wurzel der schweizerischen Neutralitätspolitik auch das Unvermögen gestanden hat, die divergierenden Interessen und Ambitionen der Innerschweizer, Berner und Ostschweizer unter einen Hut zu bringen. ... Es wäre ein übler Schildbürgerstreich, den Frieden in die Welt hinaustragen zu wollen – eine sehr anspruchsvolle Einschätzung der Möglichkeiten eines Kleinstaates unter vielen – um den Preis vermehrten inneren Unfriedens."⁴ Führt also aktiveres aussenpolitisches Engagement im Sinne des neuen sicherheitspolitischen Zieles "Beitrag an die internationale Stabilität, vornehmlich in Europa"⁵ direkt ins innenpolitische Chaos und langfristig in die Sezession einzelner Landesteile, wie das alt Bundesrat Felber befürchtet?

Den Anstoss zu dieser Fragestellung bot das Projekt "Umfassende Risikoanalyse Schweiz"⁶ der Zentralstelle für Gesamtverteidigung. Im Rahmen dieses Projektes wurden potentiell existenzbedrohende Risiken für die Zukunft der Schweiz in 31 verschiedenen Szenarien erfasst. Das Szenario "Verlust der nationalen Kohäsion" wurde wegen seiner katastrophalen Folgen – im Endeffekt die Auflösung der Schweiz – als eines jener Szenarien bezeichnet, die die Erfüllung der sicherheitspolitischen Ziele im Eintretensfall grundlegend in Frage stellen würden. Schon im Bericht 90 über die Sicherheits-

werden – etwa der Zerfall der Familienstrukturen oder das Drogenproblem – werden hier ausdrücklich ausgenommen.

⁴ NZZ, 26. November 1972.

⁵ Bundesrat, Schweizerischer (1990): Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel: Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bundesblatt 1990 III 847-904. Hier S. 873.

⁶ Siehe Info Gesamtverteidigung 11 / November 1993, S. 2f; ASMZ 7,8 / Juli 1994, S. 61; Cash, 17. Juni 1994, S. 42-44.

politik der Schweiz hatte im übrigen der Bundesrat auf die Gefahr des Verlustes des Zusammenhalts hingewiesen.⁷ Die vorliegende Arbeit ist ein erster Versuch der Abschätzung der Eintretenswahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios. Dabei sollen vor allem einigermassen "harte" Indikatoren der – primär politischen – Kohäsion zum Zuge kommen. Anhand von Umfrageergebnissen, Abstimmungsergebnissen und Nachbefragungen soll untersucht werden, ob sich die Kohäsion tatsächlich vermindert, ob zum Beispiel den Zusammenhalt gefährdende Gräben oder Eskapismus dem Staat gegenüber tatsächlich häufiger werden.

1. Die sicherheitspolitische Relevanz schwindender Kohäsion

Warum ist eine verminderte nationale Kohäsion sicherheitspolitisch überhaupt relevant? Oder anders gefragt: Darf das Phänomen "Kohäsion" überhaupt unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden? Zwei Gründe sprechen dafür: die Sicherstellung der Regierungsfähigkeit⁸ der Schweiz und die Gefahr der Auflösung der Willensnation.

Einerseits wird bei verminderter innerer Kohäsion speziell in der direkten Demokratie das Regieren schwieriger. Ein auf grösstmöglichen Konsens und starken Föderalismus ausgerichtetes Regierungssystem kann von relativ kleinen Splittergruppen blockiert werden. Auch eine relativ komfortable Mehrheit kann sich nicht einfach auf das Demokratieprinzip stützen, da in der Schweiz das Föderalismusprinzip und damit ein stark ausgebauter Minderheitenschutz als gleichwertiges staatsbegründendes Prinzip anerkannt wird.⁹ Das Ständemehr hat einen eher konservierenden Effekt,

⁷ Bericht 90, S. 851.

⁸ So heisst eines der sicherheitspolitischen Ziele des Bundesrates "Wahrung der Handlungsfreiheit". Wenn dies der Bundesrat auch primär als Handlungsfreiheit gegen aussen versteht, so ist innere Handlungsfähigkeit doch ebenso wichtig. (Bericht 90, S. 874).

⁹ Zu den tragenden Grundwerten der Bundesverfassung zählen das Rechtsstaatsprinzip, das Demokratieprinzip, das Sozialstaatsprinzip und – in diesem Zusammenhang besonders interessant – das Föderalismusprinzip (die einzelnen Bundesglieder sollen, wo immer möglich eigene, den

indem die einzelne Stimme in kleinen, vorwiegend traditionell ausgerichteten ländlichen Kantonen ein viel grösseres Gewicht hat als in bevölkerungsreichen, eher städtischen Kantonen. Neuerungen haben es deshalb tendenziell schwer, sich durchzusetzen. So besteht die Gefahr, dass die Regierungstätigkeit durch Beharren auf etablierten und allenfalls veralteten Positionen blockiert wird, was in einer sich rasch wandelnden Welt zum Sicherheitsrisiko werden kann. Die Anpassung an neue Gegebenheiten – wie zum Beispiel eine potentielle Verbesserung der militärischen Sicherheit durch vermehrte sicherheitspolitische Zusammenarbeit oder eine wirtschaftliche Absicherung durch Integration in die Europäische Union – ist dann nicht mehr möglich, selbst wenn sie vom strategischen Führungsorgan Bundesrat als nötig erachtet, vom Parlament abgesegnet und von Parteien, anderen öffentlichen Gruppierungen und weiten Bevölkerungskreisen unterstützt wird. Ein vieldiskutiertes Beispiel ist die Ablehnung des EWR-Beitritts im Dezember 1992,¹⁰ bei der zwar mit 49,7% praktisch die Hälfte der Schweizer einem Beitritt zustimmten, wegen des Ständemehrs jedoch von vornherein ein bedeutend höherer Ja-Stimmenanteil nötig gewesen wäre. Das Parlament war grossmehrheitlich für die Vorlage,¹¹ auch die meisten Parteien sprachen sich positiv aus, und doch hatte die Vorlage keine Chance.

Fehlende oder kleiner werdende Kohäsion bringt andererseits längerfristig das Risiko mit sich, dass in einer sogenannten Willensnation (im Gegensatz zu einer sich als ethnische oder Sprachgruppe verstehenden Nation) die zentrifugalen Kräfte stärker werden als die einigenden und sich damit das Land auflösen könnte. Die

regionalen oder lokalen Bedürfnissen angepasste Regelungen treffen). (Häfelin, Ulrich; Haller, Walter (1988): Schweizerisches Bundesstaatsrecht. 2. Aufl. Zürich. S. 43-46.)

¹⁰ Die sicherheitspolitische Relevanz dieser Abstimmung wurde im letztjährigen Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik untersucht.

¹¹ Die Abstimmungsergebnisse im Parlament: Nationalrat 127 ja / 61 nein, Ständerat 39 / 4. Die Parolen: CVP, FDP, SPS und verschiedene kleinere Gruppierungen sagten ja, gegen den EWR war von den Bundesratsparteien nur die SVP. Die Europadiskussion ist allerdings nicht nur ein Problem der Abstimmungsarithmetik. Auf andere Gründe wird in den folgenden Abschnitten näher eingegangen.

Romandie wendet sich Frankreich zu, das Tessin Italien, und die Deutschschweiz bleibt auf sich alleine gestellt; dies als "worst-case"-Szenario, wie es von alt Bundesrat Felber angesprochen wurde.

Eine verminderte Kohäsion zeigt sich darin, dass das Vertrauen in und letztlich der Glaube an den einigenden und gemeinsamen Staat schwindet. Dies kann sich einerseits auf einer etwas abgehobenen intellektuellen Ebene (siehe den Kulturboykott gegen die 700-Jahr-Feier der schweizerischen Eidgenossenschaft) zeigen, andererseits sehr handfest in einem messbaren Vertrauensverlust in die Exponenten des Staates, vor allem die Regierung. Dabei werden diese Exponenten des Staates recht undifferenziert perzipiert; "Bern" ist für viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Bundesrat, das Parlament und gleich auch noch ein Teil der Medien. Die verschiedenen Gewalten im Staat werden kunterbunt vermischt.¹² Typisch dafür ist der Modebegriff der "Classe politique", unter dem alles mögliche verstanden wird und der interessanterweise vor allem von einer Gruppe von Politikern (speziell aus den Reihen der SVP, personalisiert durch Nationalrat Christoph Blocher) – mithin selbst Mitgliedern dieser „Klasse“ – gegen andere Politiker verwendet wird.

2. Indikatoren für verminderte Kohäsion

Welche Indikatoren können – neben einzelnen, sozusagen subjektiven Stimmen in den Medien – eine sich vermindernde Kohäsion aufzeigen? Der Zusammenhalt wird kleiner, wenn Reaktionen auf und Anpassungen an einen sich abzeichnenden Wandel nicht mehr von der grossen Mehrheit der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger

¹² Dieses Phänomen ist im übrigen nicht etwa neu. Hans Tschäni thematisierte es schon 1974 unter dem Stichwort "Bern": "‘Bern’ – wer ist das eigentlich? Es ist nicht nur eine Reise, sondern auch eine Glosse wert: ‘Bern’ mit Gänsefüssli ist nicht der Bärengraben und nicht der ‘Zibelemärit’, ‘Bern’ ist der Bundesrat, die Bundesverwaltung, der ‘Bund’. Auch die eidgenössischen Räte sind ‘Bern’, und der Amtsschimmel und der Bundesweibel. Der Zentralstaat als tödliche Gefahr für den Föderalismus ist ‘Bern’, aber auch der ungebändigte Kantönligeist ist identisch mit ‘Bern’". (Tschäni, Hans (1975): *Demokratie auf dem Holzweg: Bemerkungen zur helvetischen Dauerkrise*. Artemis, Zürich. S. 50f.)

mitgetragen werden, oder wenn sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger einfach aus dem politischen Prozess "ausklinken". In einer direkten Demokratie wie der schweizerischen lassen sich solche Entwicklungen besonders gut verfolgen. Dank dem Mittel der Volksabstimmungen kann dem Volk nicht wie in anderen Ländern nur alle vier Jahre (bei den Parlamentswahlen), sondern mehrmals jährlich der Puls gefühlt werden. Abstimmungen haben gegenüber in dieser Arbeit ebenfalls verwendeten Umfragen – mit ihren methodischen Unsicherheiten – den Vorteil, dass sie harte Fakten liefern, nämlich Stimmbeteiligung und Abstimmungsergebnis. Als Indikatorenset für diesen Beitrag wurde deshalb ein Mix von "harten" Fakten und "weichen" ergänzenden Umfragen gewählt:

- das politische Interesse,
- die Stimmbeteiligung,
- das Vertrauen in die Regierung,
- damit verbunden die Zufriedenheit mit diesen Exponenten,
- die Einhaltung oder Nichteinhaltung von Empfehlungen von Bundesrat und Parlament (anhand einer Analyse der Abstimmungsergebnisse)
- unterschiedliches Abstimmungsverhalten von sozio-demographischen oder kulturellen Gruppen (die sogenannte "Gräben"-Diskussion)

Untersuchen wir nun die verschiedenen Indikatoren für verminderte Kohäsion der Reihe nach:

Steigendes politisches Interesse

Laut den Univox-Umfragen zum Thema Staat¹³ ist das Interesse der Schweizerinnen und Schweizer an der Politik entgegen dem allgemeinen Empfinden in den letzten Jahren wieder stark angestiegen. Der gleiche Befund wurde in einer mehrere Befragungen

¹³ Klöti, Ulrich; Schloeth, Daniel (1994): Univox-Bericht IIA/1994: Staat. GfS-Forschungsinstitut, Zürich. (Laufende Erhebung). Die in dieser Studie zitierten Prozentzahlen sind wie in jeder Befragung Antworten auf jeweils spezifische Fragen und enthalten deshalb schon in der Anlage der Befragung gewisse Unsicherheiten. Dies gilt es jeweils bei der Auswertung zu berücksichtigen. Bei problematischen Fällen wird jeweils in den Anmerkungen auf die Frage spezifisch Bezug genommen.

zusammenfassenden Studie zum Thema "Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung" diagnostiziert. Seit einem Tief im Jahre 1986 steigt laut dieser Studie das politische Interesse in der Bevölkerung wieder steil an und erreichte 1993 das gute Resultat von 67%.¹⁴ Die Autoren betonen in ihrer begleitenden Analyse, wie wichtig ein hohes politisches Interesse für die direkte Demokratie sei; ohne überdurchschnittliches Interesse, Motivation und Information der Bürger würde sie nicht funktionieren.¹⁵

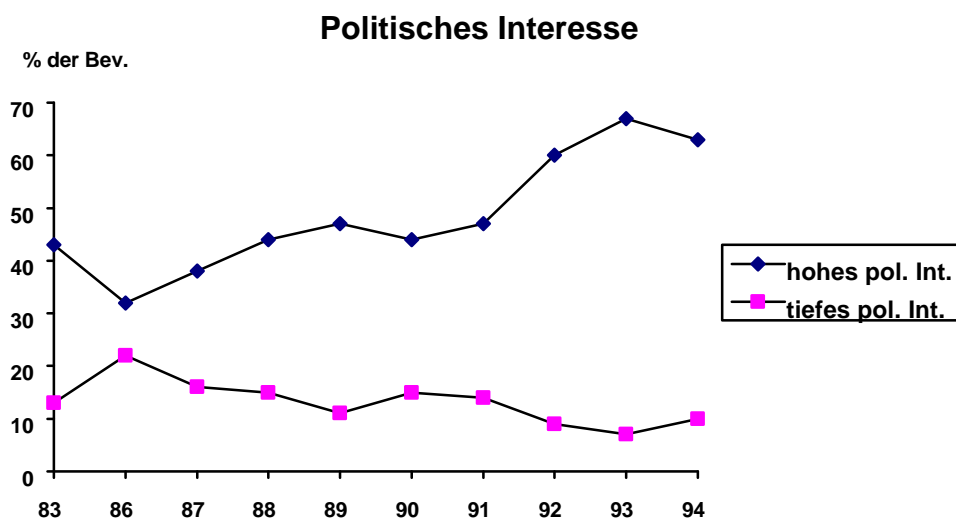


Abbildung 1: Politisches Interesse der Schweizer, nach Longchamp, Claude; Kraut, Peter; Raymann, Ursula (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der neunziger Jahre als Herausforderungen an eine offene Staatstätigkeit. GfS-Forschungsinstitut, Adliswil. S. 15.

Die sich abzeichnende Repolitisierung führen die Autoren auf die Schwierigkeiten zurück, die die politischen Eliten (vor allem die Parteien) hätten, Antworten auf die heutigen komplexen Probleme zu geben. Die Reaktion auf dieses als "Versagen" der etablierten

¹⁴ Longchamp, Claude; Kraut, Peter; Raymann, Ursula (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als Herausforderungen an eine offene Staatstätigkeit. GfS-Forschungsinstitut, Adliswil. S. 15.

¹⁵ Ebenda, S. 10.

Entscheidungsträger empfundene Verhalten sei eine Repolitisierung der Einzelnen.¹⁶

Hintergründe zum politischen Interesse zeigt eine Qualitativanalyse von 1989 auf: Im Rahmen des nationalen Forschungsprogramms 21 "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität" untersuchte Regula Stämpfli die politische Kultur in unserem Land. Sie stiess dabei auf überraschende Befunde: Zwar zeigte auch in dieser Befragung ein grosser Teil politisches Interesse (40% bezeichneten ihr Interesse als stark, 28% immerhin als mässig, 32% waren kaum interessiert).¹⁷ Das Interesse war aber bei den meisten ein durch negative Ereignisse geprägtes. Der Terminus "Politik" wurde vorwiegend mit schlechten Eigenschaften belegt. Nur 23% empfanden Politik als positiv, 28% als indifferent, 49% – beinahe die Hälfte – als negativ. Die konkreten Antworten unterschieden denn auch zwischen positiv belegter direkter Demokratie und negativ belegter Politik. Politik machten nach Meinung der meisten "die anderen". Stämpfli zog das Fazit: "Politik ist nicht Bestandteil des individuellen Alltags, sondern eine unangenehme Nebenerscheinung der schweizerischen Demokratie."¹⁸ Die meisten der Befragten lösten dabei den Widerspruch zwischen positiv besetzter Demokratie und negativ besetzter Politik auf, indem sie darauf hinwiesen, dass durch die Mittel Initiative und Referendum falsche politische Entscheide der Politiker jederzeit wieder korrigiert werden könnten.¹⁹ Hohes politisches Interesse muss damit nicht unbedingt mit Zufriedenheit mit dem politischen Prozess übereinstimmen.

¹⁶ Ebenda, S. 15.

¹⁷ Stämpfli, Regula (1992): Politische Kultur im Wandel: Eine Sekundäranalyse der Qualitativstudie. Forschungszentrum für politische Wissenschaft der Universität Bern. Unveröffentlichte Studie. S. 24. Für die Studie wurden 100 repräsentativ ausgewählte Schweizerinnen und Schweizer persönlich befragt.

¹⁸ Ebenda, S. 9.

¹⁹ Ebenda, S. 11. So meinte eine der Befragten: "Die Herren in Bern müssen machen, was wir sagen. Jeder, der findet, nun müsse etwas geändert werden, kann eine Initiative starten und diese vor das Volk bringen." (Serviertochter, 34).

Bedeutend weniger erfreulich in bezug auf das politische Interesse sehen die Resultate der Rekrutenbefragungen 1991 aus. Danach ist nur ein Viertel der 20jährigen Männer politisch interessiert, die Hälfte "ein bisschen" und der Rest gar nicht. Interessant ist die regionale Aufteilung: Am meisten politisches Interesse zeigten die Baselländer, Zürcher und Schaffhauser, alles Deutschschweizer, aber auch die Genfer, die die "Ehre" der Westschweiz retteten. Durchgehend schlecht kamen die lateinischen Landesteile allerdings bei den politischen Kenntnissen weg: Während die Thurgauer im Test im Schnitt 70 Punkte erreichten, erhielten die Tessiner ganze 26, wobei mit Ausnahme des Kantons Jura, der knapp darüber lag, alle welschen Kantone zusammen mit Graubünden und Zug unter 40 Punkten lagen. Fast ein Drittel der Rekruten gab an, dass ein wichtiger Grund ihres Desinteresses schlechter und langweiliger Staatskundeunterricht sei. Auch die wirtschaftlichen Kenntnisse waren eher ungenügend. Nur die Hälfte wusste zum Beispiel, was ein Konsumentenpreisindex ist.²⁰

Damit zeigt es sich, dass das politische Interesse allgemein wieder im Ansteigen begriffen ist, speziell wenn es sich um umstrittene Themen wie die Armeeabschaffung oder den EWR-Beitritt handelt. Wenn sich dieses Interesse auch öfters vor allem als Korrektiv gegen "Bern" und die "Classe politique" äussert, ist das Bewusstsein der Wichtigkeit demokratischer Mitwirkung doch vorhanden. Das schwache Interesse der Jungen weist allerdings darauf hin, dass gesamthaft gesehen dieses Interesse wieder abflauen wird, wenn die Jungen ihr Desinteresse beim Älterwerden beibehalten. Eine Verbesserung könnte hier ein interessanterer und realitätsnäher gestalteter Staatskundeunterricht bringen, ein Postulat, das im übrigen in letzter Zeit mehrmals vorgebracht wurde.²¹

²⁰ Zusammenfassung der Rekrutenprüfung in: Schenk, Willy (1994): Bundespolitik interessiert die Welschen und Tessiner kaum. Tages-Anzeiger. 10. Mai. S. 11.

²¹ So zum Beispiel Langenbacher, Heinz; Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (1994): Braucht die schweizerische Aussenpolitik eine Lobby? Staatsbürger, 2. S. 21-22.

Wieder höhere Stimmbeteiligung

Politisches Interesse muss sich nicht unbedingt direkt auf das Stimmverhalten auswirken. Wenn an sich politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger nicht an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen – zum Beispiel weil sie ihren Einfluss als zu klein einschätzen oder eben weil sie mit der Politik unzufrieden sind –, kann dies die innere Kohäsion gefährden. Kleine, extremistische Splittergruppen können so ihren Einfluss vergrössern, die Politik entfernt sich immer mehr vom Volk. Im Rahmen der spätestens seit der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 aufgekommenen Staatskrisendiskussion wurde denn auch immer wieder auf die Stimmbeteiligung hingewiesen.

Interessanterweise ist die Stimmbeteiligung in letzter Zeit aber nicht gefallen, im Gegenteil: Während in der Legislaturperiode 1979-83 bei Sachentscheiden im Mittel nur 35% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger abstimmten, zeigt seit damals der Trend wieder klar aufwärts. Trotz hoher Beanspruchung durch viele Abstimmungen ist die schweizerische Demokratie momentan in einem Beteiligungshoch: 1992-93 stimmten im Schnitt 49% ab, was laut Longchamp einen neuen Rekord seit dem Beginn der Konkordanz darstellt. Etwas weniger positiv sieht es bei den Nationalratswahlen aus. Seit 1979 stagnieren die Werte etwas unter der 50%-Marke. Volksabstimmungen werden damit tendenziell wichtiger als Wahlen, bei denen in den sechziger Jahren noch rund 2/3 der Stimmbürger mitmachten. Rund 80% der Stimmbürger bezeichnen sich heute als gelegentliche Urnengänger. Die Basis von potentiell Abstimmenden ist damit relativ solid, was sich bei sehr umstrittenen Urnengängen zeigt, bei denen dieses Potential grossenteils ausgeschöpft wird.²² Gelegentlich wählen gehen hingegen nur etwa sechs von zehn.²³

Untersucht man die Stimmbeteiligung nach Altersgruppen, stellt sich der Einfluss des Alters auf die Stimmbeteiligung als recht gross heraus. Während von den 60-69jährigen nach eigenen Angaben – bei der Vox-Analyse handelt es sich um eine Nachbefragung –

²² Zum Vergleich: Stimmbeteiligung bei der EWR-Abstimmung 78,3%, bei der Armeeabschaffungsinitiative 68,6%.

²³ Daten aus Longchamp et al. (1994), S. 13.

67% abstimmen, sind es bei den 20-29jährigen nur 45%.²⁴ Junge Frauen stimmen etwa gleich oft wie junge Männer ab, ältere Frauen bis 20% weniger häufig. Die Unterschiede haben sich in den letzten zehn Jahren interessanterweise nicht verändert.

Auch der Indikator Stimmbeteiligung spricht damit nicht für eine verminderte Kohäsion der Schweiz. Im Gegenteil: die Beteiligung am staatlichen Entscheidungsprozess wird eher wieder höher. Die Stimmbeteiligung allein sagt aber noch nicht allzuviel über die Kohäsion aus. Referenden können zum Beispiel dazu verwendet werden, um als reine Misstrauenskundgebungen die Regierung potentiell handlungsunfähig zu machen. Deshalb sollen nun Indikatoren untersucht werden, die die Zufriedenheit und die Übereinstimmung mit der Regierung sowie die verschiedenen "Gräben" aufzeigen.

Stark sinkendes Vertrauen in die Regierung

Verschiedene Meinungsforschungsinstitute untersuchen schon seit Jahren die Zufriedenheit mit der schweizerischen Regierungstätigkeit. Ein Zusammenschluss der Zahlen zeigt auf, dass das Vertrauen in die Regierung tatsächlich stark sinkend ist.

Unabhängig davon, ob nach der Regierung als Ganzem, nach dem Bundesrat oder den Beamten gefragt wird, sprechen weniger als 50% der Bevölkerung ihr Vertrauen aus. Speziell der vorher recht hohe Vertrauenswert für den Bundesrat ist seit etwa 1989 richtiggehend abgestürzt.

²⁴ Dütschler, Christian (1994): Der Einfluss des Alters auf das politische Verhalten. Neue Zürcher Zeitung. 15. Februar. S. 23. Dütschler zog die Resultate der Vox-Befragungen von 1981 bis 1991 zusammen und konnte so auf die Aussagen von 20'000 Stimmbürgern abstellen. Diese Zahlen sind übrigens verglichen mit der tatsächlichen Stimmbeteiligung zu hoch (1992-93 lag die Stimmbeteiligung im Schnitt bei 49%). Dies hängt mit der Methode der Nachbefragung zusammen, bei der anscheinend regelmässig ein Teil jener, die nicht stimmten, angibt, stimmen gegangen zu sein. Im Verhältnis sollten die Zahlen aber richtig sein.

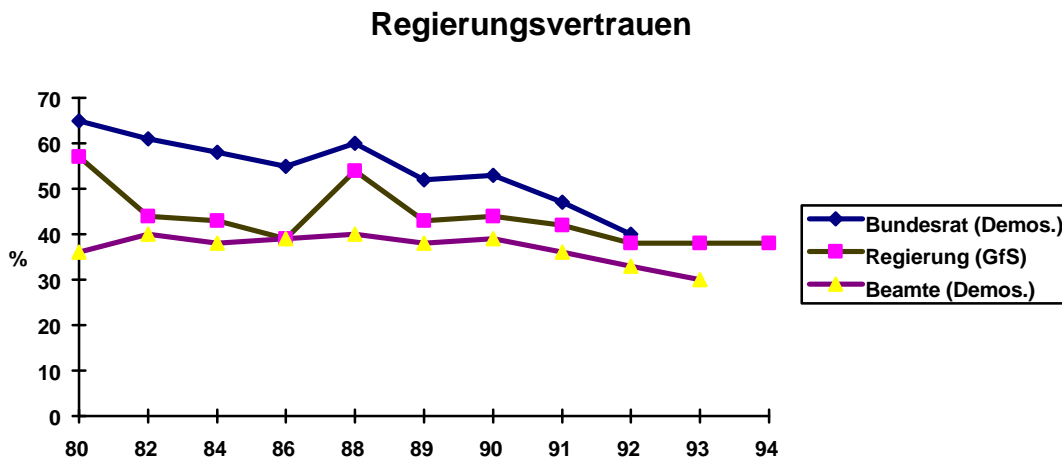


Abbildung 2: Vertrauen in die Regierung. Zusammenzug mehrerer laufender Umfragen, wobei jeweils nach der Zufriedenheit mit Bundesrat, Regierung als Ganzes und den Beamten gefragt wurde. Quelle: Longchamp, Claude; Kraut, Peter; Raymann, Ursula (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der neunziger Jahre als Herausforderungen an eine offene Staatstätigkeit. GfS-Forschungsinstitut, Adliswil. S. 34.

Die Univox-Umfrage zum Thema Staat stellt eine ähnliche Frage, nämlich jene nach der Zufriedenheit mit der Regierung. Auch hier sinken die Zustimmungswerte laufend. Nur noch 40% sind mit der Art zufrieden, wie in der Schweiz regiert wird. 18% sind unzufrieden, volle 41% sind in dieser Frage unentschieden. Wie Abbildung 3 aufzeigt, ist in letzter Zeit auch die Unzufriedenheit wieder leicht sinkend, ansteigend dafür der Anteil jener, die unentschieden sind. Immer mehr Leute wissen anscheinend nicht mehr, was sie von der Regierungstätigkeit halten sollen, oder sie interessieren sich nicht dafür.

Ebenfalls sinkendes Vertrauen zeigt die Univox-Umfrage zu den Themen Bedrohung und Verteidigung auf. Während von 1987 bis 1991 jeweils um die 60% der Befragten meinten, die Fähigkeit des Bundesrates, ausserordentliche Lagen zu meistern, sei gut oder eher gut, war diese Zustimmung 1993 kleiner. Nur noch 46% meinten, der Bundesrat würde sich in solchen Situationen sehr gut oder gut verhalten, 30% schätzten seine Problemlösungskapazität als genügend ein, 18% als schlecht.²⁵

²⁵ Riklin, Alois; Möckli, Silvano (1994): Nichtmilitärische Bedrohung und Verteidigung im Urteil der Schweizerinnen und Schweizer. (Beiträge und

Zufriedenheit mit der Regierungstätigkeit

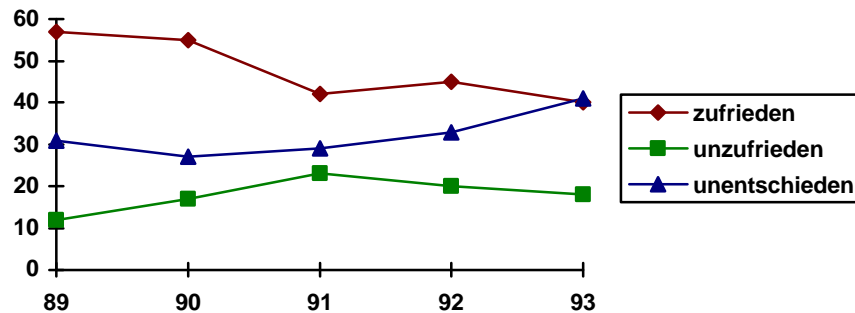


Abbildung 3: Zufriedenheit mit der Regierungstätigkeit. Quelle: Klöti, Ulrich; Schloeth, Daniel (1993): Staat 1993 (Univox-Bericht IIA): Staat. GfS-Forschungsinstitut, Zürich. S. 10.

Eine der neuesten Umfragen ist schliesslich die Vox-Analyse zu den Volksabstimmungen vom 12. Juni 1994 (Blauhelme, Kulturartikel, erleichterte Einbürgerung von Ausländern). Der zentrale Befund dieser Befragung ist ebenfalls ein stark gestiegenes Misstrauen gegenüber dem Bundesrat: Mit 52% hat mehr als die Hälfte der Bevölkerung kein Vertrauen mehr in die Landesregierung, nur ein Drittel hat noch Vertrauen. Eine Zahl zum Vergleich: Bei der Nachbefragung zur EWR-Abstimmung war der Misstrauensfaktor mit 42% noch klar unterhalb 50%.²⁶

Zeichen einer allgemeinen Glaubwürdigkeitskrise der wichtigsten Exponenten staatlichen Handelns zeichnen sich im mehrjährigen

Berichte des Instituts für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen, 216.) Institut für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen. S. 13. Da die Fragestellung 1993 gegenüber früheren Umfragen leicht geändert wurde (die Kategorien waren 1993 "sehr gut/gut", "genügend", "schlecht". Vorher hatten sie "gut/eher gut", "eher ungenügend/ungenügend" gelautet), ergeben sich allerdings gewisse Unsicherheiten bei der Interpretation dieses Resultats.

²⁶ Wernli, Boris; Sciarini, Pascal; Barranco, José (1994): Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 12. Juni 1994 (Vox, Nr. 53). GfS-Forschungsinstitut; Abteilung für Politikwissenschaft der Universität Genf. S. 45.

Trend damit doch recht klar ab. Obwohl die Umfragen nicht komplett übereinstimmen, ist in allen die Zufriedenheit mit der Regierung und deren Glaubwürdigkeit auf unter 50% abgesunken – wenn auch bei sehr hohen Unentschiedenenzahlen. Dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit der Art der Regierungsführung unzufrieden ist, ist ein alarmierendes Zeichen, würde dies doch in einem parlamentarischen Regierungssystem konsequenterweise einen Regierungswechsel nach sich ziehen.

Bevor wir nun diese Vertrauenskrise einer Überprüfung im Einzelfall unterziehen, nämlich anhand der Befolgung der Regierungsempfehlungen bei Abstimmungen, folgen einige Überlegungen zu den Gründen für diese Krise. Longchamp sieht in seiner Studie über des Regierungsvertrauen das Jahr 1989 als die grosse Bruchstelle und nennt dafür zwei markante Ereignisse: den sogenannten Kopp-Skandal mit dem erzwungenen Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp und die Fichenaffäre. Beide Ereignisse haben Fehlverhalten der Regierung aufgedeckt, und die beiden parlamentarischen Untersuchungskommissionen haben mindestens den Anschein von Verschleierungsversuchen seitens der Regierung gerügt. Longchamp sieht als weitere Gründe die sich verschlechternde Wirtschaftslage, eine stärkere Medialisierung der Politik, die damit transparenter, aber auch verletzlicher wird, populistische Kritik an Behörden und schliesslich die Integrationsdebatte.²⁷ Dem Regierungsvertrauen nicht zuträglich sind auch bundesrätliche Schwenker wie jener über den jetzt angeblich doch möglichen Bau der N9 im Wallis nach der Annahme der Alpeninitiative oder die Mitte September 1994 angekündigte und nach wenigen Tagen – oder beinahe Stunden – zurückgenommene Ankündigung, 1995 den Teuerungsausgleich auf die AHV-Renten nicht zu gewähren. Prägnant drückte der informelle "Gegenbundesrat" Nationalrat Christoph Blocher seine Unzufriedenheit über dieses bundesrätliche Verhalten aus, das zwar im Moment eher atmosphärische Folgen hat, aber mittelfristig doch zu einer weiteren Erosion des Regierungsvertrauens führen kann: "Das Volk hat bei der Alpeninitiative beispielsweise nicht über irgendein Paragräphli und auch nicht über die N9 abgestimmt. Da steckte eine ganze Philosophie über den Schwerverkehr dahinter. Das muss man akzeptieren.

²⁷ Longchamp et al. (1994), S. 37-39.

Eine negative Volksabstimmung bedeutet in der Regel einen Richtungswechsel. Doch die oberste Regierung hat das trotz der vielen Nein nicht begriffen."²⁸

Eine monokausale Erklärung des Misstrauens des Volkes machte hingegen Blochers Parteikollege, SVP-Präsident Hans Uhlmann, aus. In einem Interview zu den Resultaten der Volksabstimmungen vom 12. Juni 1994 war er der Ansicht, die Vertrauenskrise sei eine *rein aussenpolitische Krise*. "Im innenpolitischen Bereich gibt es keine Vertrauenskrise: Wir haben da zum Beispiel die Mehrwertsteuer und den Benzinzollzuschlag durchgebracht. Aber im Aussenpolitischen reagiert das Volk auf einen Druck, der von oben ausgeübt wird, mit Gegendruck."²⁹

Ob das Schweizervolk tatsächlich nur eine Unlust gegenüber Druck von oben hat oder ob die Probleme doch tiefer liegen, lässt sich anhand einer Analyse jener Volksabstimmungen aufzeigen, bei denen in den letzten Jahren den Abstimmungsempfehlungen von Bundesrat und Parlament nicht Folge geleistet wurde.

Mehrheitliche Befolgung der Empfehlungen von Bundesrat und Parlament

Nach dem bis anhin Gesagten wäre eigentlich zu erwarten, dass eine Untersuchung der Volksabstimmungen der letzten Jahre eine grössere Ablehnungsrate von bundesrätlichen und parlamentarischen Vorlagen sowie eine vermehrte Annahme von Volksinitiativen aufzeigen würde. Dies ist aber nicht der Fall. Vom 4. Dezember 1988 bis zum 25. September 1994 entschied das Volk von 62 Vorlagen nur deren 11 entgegen dem Willen des Bundesrates. Dies entspricht einer recht eindrücklichen Zustimmungsrate von 82%. Die Liste der entgegen den Empfehlungen abgelehnten Referenden

²⁸ Duttweiler, Catherine (1994): "Ich werde nie ein Politiker sein, der von der Volksgunst weggetragen wird" (Interview mit Christoph Blocher). Sonntags-Zeitung. 24. Juli. S. 5.

²⁹ Aschinger, Richard; Buess, Urs (1994): EU- und Uno-Beitritt müssen aus dem Vokabular verschwinden (Interview mit Hans Uhlmann). Tages-Anzeiger. 8. Juli.

respektive angenommenen Volksabstimmungen zeigt dabei ein uneinheitliches Bild:³⁰

- Rebbaubeschluss (1990)
- Atomkraftmoratorium (1990)
- Bundesrechtspflege (1990)
- Bundesfinanzordnung (unter anderem Mehrwertsteuer) (1991)
- EWR-Beitritt (1992)
- Entschädigungsgesetz (Parlamentsreform) (1992)
- Infrastrukturgesetz (Parlamentsreform) (1992)
- Alpeninitiative (1994)
- Kulturförderung (wobei nur das Ständemehr fehlte) (1994)
- Erleichterte Einbürgerung (wobei nur das Ständemehr fehlte) (1994)
- Blauhelme (1994)

Auf den ersten Blick scheinen diese Vorlagen recht breit gestreut zu sein und kaum einen gemeinsamen Nenner aufzuweisen. Sie entstammen verschiedensten Sachgebieten, wobei bei den meisten dieser Gebiete im gleichen Zeitraum auch für die Regierung positive Resultate registriert werden können. Eine Gemeinsamkeit lässt sich allerdings erkennen: drei dieser Vorlagen hatten eine direkte aussenpolitische Relevanz (EWR, Alpeninitiative, Blauhelme), wobei der EWR-Beitritt eine neue – integrationsfreundliche – Ära der schweizerischen Aussenpolitik hätte einläuten sollen. Im gleichen Zeitraum wurde denn auch nur eine einzige aussenpolitisch relevante Vorlage angenommen – der Beitritt zu den Institutionen von Bretton Woods –, und jene wurde vor allem mit einer *aussenwirtschaftlichen* Argumentation propagiert.

Damit drängen sich zwei Folgerungen auf: Die Vertrauenskrise gegenüber der Regierung hat (noch?) nicht auf das Abstimmungsverhalten durchgeschlagen, und die Krise ist zu einem grossen Teil eine aussenpolitische Krise. Letzteres muss speziell betont werden, wenn man – wie es in der Abstimmungspropaganda öfters geschah – die Blauhelm-Abstimmung als eine Wiederholung des Uno-Plebiszits von 1986 interpretiert.

³⁰ Eigene Aufstellung nach Politischem Jahrbuch der Schweiz und Tabelle der Volksabstimmungen der Bundeskanzlei.

Ähnliche Folgerungen zieht Longchamp in seiner schon erwähnten Untersuchung. Auch er kontrastiert das mangelnde Vertrauen mit der hohen Zustimmung zu Sachvorlagen. Als Beispiele von Vorlagen, die durch eine Vertrauenskrise potentiell schwer gefährdet waren und doch im Sinne der Regierung entschieden wurden, verweist er auf die Annahme der Mehrwertsteuer nach drei vergeblichen Anläufen, auf die Ablehnung der F/A-18 Initiative, die immerhin eine rekordverdächtige Anzahl Unterschriften auf sich vereinigte, und auf die Erhöhung der Treibstoffzölle (alle Abstimmungen 1993), die mit dem Widerspruch der Autofahrerinnen und Autofahrer die grösste denkbare Verweigerergruppe herausgefordert hatte. Diesen Widerspruch erklärt Longchamp vor allem mit der guten Informationsleistung von Regierung und Verwaltung; sie sei in letzter Zeit besser, verständlicher und glaubhafter geworden.³¹ Beim fehlenden Regierungsvertrauen seien nachhaltige Konflikte auf der Wertebene vorhanden, die sich nicht so leicht überwinden liessen, während der Bundesrat bei den einzelnen Abstimmungen seine Argumentation je länger, je besser führe.

Weiteren Aufschluss darüber, warum Regierungszufriedenheit und reales Abstimmungsverhalten so weit auseinanderklaffen und ob die Aussenpolitik im allgemeinen und Europa im besonderen tatsächlich ein Hauptgrund für den Vertrauensverlust sind, kann die sogenannte "Gräben"-Diskussion bringen. Die Bruchlinien innerhalb der Bevölkerung sollten eigentlich erklären können, warum aussenpolitische Vorlagen besonders gefährdet scheinen oder zumindest besonders hohe Wellen werfen und wer nun genau besonders grosses Misstrauen gegenüber der Regierungspolitik hegt, die sich ja in letzter Zeit gerade durch mehr oder weniger dezidierte Stellungnahmen zugunsten Europas auszeichnete.

Unterschiedliche Relevanz verschiedener Gräben

Einer der meistzitierten Indikatoren für ein mögliches Auseinanderdriften der Schweiz ist die Entstehung von verschiedenen "Gräben" zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Der bekannteste, aber lange nicht der einzige, ist der volkstümlich "Röstigraben" genannte kulturelle und politische Kontrast zwischen Deutschschweizern und Romands. Über die Gräben ist so viel

³¹ Longchamp et al. (1994), S. 51-54.

geschrieben worden, dass hier nur ansatzweise auf einige Resultate eingegangen werden kann. Immerhin weisen die verschiedenen Untersuchungen doch einige Gemeinsamkeiten auf, die im folgenden aufgezeigt werden.

Richtig ins Rollen kam die Diskussion um die schweizerischen Gräben mit der EWR-Abstimmung, die auf den ersten Blick klar auf einen Bruch zwischen den Landesteilen hinwies. Der Röstigraben ist allerdings schon länger bekannt und war nicht immer ein *Euro-pagraben*. Man könnte ihn je nach Abstimmung auch als Automobilgraben oder Umweltschutzgraben bezeichnen.

Thomas Widmer und Christoph Buri untersuchten bereits vor der EWR-Abstimmung, ob und warum die Westschweizer Europa gegenüber offener eingestellt sind.³² Als Determinanten dieser Europaoffenheit vermuteten sie die sozio-demographische Struktur, die Skepsis der Minderheit Romandie gegenüber "Bern", eine möglicherweise grössere Affinität der Romands gegenüber ihrem gleichsprachigen Nachbarn, die grössere Präsenz internationaler Organisationen in der Westschweiz und die wirtschaftliche Dominanz der Deutschschweiz. Sozio-demographische und politische Faktoren stellten sich dabei als in der Deutsch- und in der Westschweiz nicht signifikant unterschiedlich heraus.³³ Im weiteren wurden kulturelle Faktoren untersucht. Um ein eventuelles "Minderheitensyndrom" aufzeigen zu können, analysierten die Autoren 70 nationale Volksabstimmungen zwischen 1981 und 1991. Die Westschweiz unterlag dabei als Gruppe 13mal, das Tessin 12mal, die Deutschschweizer Minderheiten (zum Beispiel die Ostschweiz) hingegen nur je 5 oder 6mal, der Kanton Zürich allein 9mal. Immerhin 38 von 70 Abstimmungen waren vom Resultat her homogen.³⁴ Der Röstigraben ist damit nach Meinung der Autoren politisch relevant. Die Elemente zur Entstehung eines Minderheitensyndroms seien vorhanden, speziell da die Romands sensibler auf solche Niederlagen reagierten als zum Beispiel die ebenfalls

³² Widmer, Thomas; Buri, Christoph (1992): Brüssel oder Bern: schlägt das Herz der "Romands" eher für Europa? In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft. Bd. 32. Haupt, Bern. S. 363-388.

³³ Ebenda, S. 373.

³⁴ Ebenda, S. 376f.

öfters majorisierten Zürcher. Deshalb – dies die These der Autoren – seien die Romands eher integrationsfreundlich, da sie sich von einem föderal aufgebauten Europa ein Aufbrechen ihrer Minderheitsposition erhofften: "Unter diesem Aspekt scheinen sich die Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer als praktisch sichere Verlierer, die anderen Sprachgruppen hingegen – aus einer optimistischeren Erwartungshaltung heraus – zumindest als potentielle Gewinner eines zukünftigen EG-Beitritts der Schweiz zu sehen."³⁵ Schliesslich wurden noch andere Faktoren wie der Kontakt mit dem Ausland untersucht. Für eine grössere Offenheit der Romands gegenüber Europa oder zumindest den Nachbarn sprach ebenfalls, dass 48% der Romands die meisten Franzosen sympathisch finden, nur 9% der Deutschschweizer hingegen die Deutschen.³⁶

In Nachbefragungen zur EWR-Abstimmungen und anderen europapolitisch relevanten Abstimmungen hat sich der "Rösti-Europa-Graben" bestätigt. So betonten die Autoren der Vox-Analyse die Rolle der Deutschschweiz: "Genau genommen sind es die Deutschschweizer, welche in der Regel zuhause bleiben, die den EWR massiv verworfen haben."³⁷ Allerdings wiesen sie auch auf einige andere Konfliktlinien hin, neben der sprachlichen vor allem auf die "populistische" (misstrauische Bürger versus jene, die dem Bundesrat vertrauen).³⁸ Auch andere Kommentatoren waren der Ansicht, der Röstigraben sei nicht der einzige Graben, der die Schweizer in Integrationsfreunde und -feinde spalte. So rückten weitere Gräben in den Vordergrund, vor allem wirtschaftliche und sozio-kulturelle.

³⁵ Ebenda, S. 379.

³⁶ Ebenda, S. 380. Grossen Wert auf das Argument der besonderen Zuneigung der Romands gegenüber Frankreich legen auch andere Autoren, so zum Beispiel Hoesli, Eric (1992): Kann Europa die Schweiz sprengen? In: Sonderfall? Die Schweiz zwischen Redit und Europa. (Hg.: Leimgruber, Walter; Christen, Gabriela) Schweizerisches Landesmuseum, Zürich. S. 91-100. Hier S. 96f.

³⁷ Kriesi, Hanspeter; Longchamp, Claude; Passy, Florence et al. (1993): Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992. GfS-Forschungsinstitut; Universität Genf, Genf. S. 78.

³⁸ Ebenda, S. 75.

Das Umfrageinstitut MIS Trend und Groupe Edipresse befragten anfangs 1994 256 "Opinion Leaders" in der ganzen Schweiz zu diesem Themenkreis.³⁹ Nur 14% der Befragten sahen dabei den Sprachgraben als Hauptproblem. 61% meinten, der Stadt/Land-Gegensatz sei gewichtiger, 31% fanden, der wichtigste Graben sei jener der unterschiedlichen Ausbildung. Die Umfrage selbst zeigte allerdings noch einen weiteren Graben auf, denjenigen zwischen den Einschätzungen der Opinion Leaders und jenen des Volks: 77% der Opinion Leaders waren für einen schnellen EU-Beitritt, sogar 84% für einen Beitritt zur Uno! Allerdings glaubte nur die Hälfte der Befragten, dass sich diese Ziele vor 2000 erreichen liessen. Was den "Nouveau Quotidien" zum Kommentar veranlasste: "Comme si les faiseurs d'opinion et les décideurs doutaient de leurs capacités à faire passer le message."⁴⁰

Einen weiteren Schub von Analysen, wer nun wirklich in der Schweiz die Integrationsfreundlichen und Weltoffenen seien und wer nicht, folgte der Blauhelmabstimmung vom 12. Juni 1994. Eine Auswertung der Abstimmungsergebnisse der 381 Berner Gemeinden⁴¹ zeigt vor allem grosse Unterschiede zwischen den reichen und den armen Gemeinden. Dieser Unterschied allein erklärt laut den Verfassern 47% des Abstimmungsverhaltens. So stimmten Gemeinden mit Pro-Kopf-Reineinkommen von über 25'000 Fr. der Vorlage zu 59,6% zu, Gemeinden mit Einkommen von 12'000 bis 25'000 Fr. erreichten 44,2% ja, solche mit unter 12'000 Fr. nur noch 21,3%. Ähnliche Ergebnisse zeigten sich bei der Untersuchung der verwandten Indikatoren Bildung und Stadt/Land-Gefälle (Abstand von den Wirtschaftszentren). Zu den schon vielfach untersuchten Konflikten um den Verlust der nationalen Identität und zum Modernisierungskonflikt kommt damit laut den Autoren ein rein finanzieller Verteilungskonflikt. Tatsächlich lagen die Gemeinden mit den höchsten Nein-Stimmen-Anteilen in der Nähe des 'EMD-geschädigten' Thun. Dort sei nach dem Schema abgestimmt worden, 'wenn das EMD kein Geld für Arbeitsplätze in Thun hat, soll

³⁹ Le Nouveau Quotidien, 25. März 1994.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Vatter, Adrian; Kummer, Lorenz; Hug, Daniel (1994): Ein Blauhelm-Graben zwischen Reich und Arm. Der Bund, 15. Juni. S. 2.

es auch kein Geld für Blauhelme haben'. Damit hätten sich trotz einigen Differenzen zur EWR-Abstimmung die starken Unterschiede zwischen den Bildungs- und Einkommenschichten, zwischen Stadt und Land sowie – in abgeschwächter Form – zwischen den Sprachregionen hartnäckig gehalten. Das Fazit der Autoren: "Die Perspektiven für einen 'ausserpolitischen Machtwechsel' oder für eine Versöhnung der beiden Lager, welche die Schweiz und ihre Beziehung zur internationalen Staatengemeinschaft durch eine völlig anders gefärbte Brille wahrnehmen, müssen als düster beurteilt werden. Die direkte Demokratie hat sich damit – wenigstens im Bereich der Aussenpolitik – von einem Instrument der Integration zu einem Vehikel der Trennung entwickelt, das die Schweiz in zwei Lager spaltet. Gegenmassnahmen, welcher Art auch immer, sind jedoch äusserst heikel."⁴²

Im Rahmen der "Kleinen Zürcher Gemeindestudien" stellten Andreas Ladner und Urs Meuli die beiden immer wieder als wichtig erkannten Gräben – Deutschschweiz/Westschweiz und Stadt/Land – einander über mehrere ausserpolitische Abstimmungen hinweg gegenüber.⁴³ Dabei wählten sie die Vorlagen über die Blauhelme, den EWR, die Institutionen von Bretton Woods (Weltbank und Weltwährungsfonds), den Uno-Beitritt und die GSoA-Initiative zur Armeeabschaffung, die neben der eigentlichen Abschaffung der Armee auch eine verstärkte internationale Friedenspolitik gefordert hatte. Die Resultate sind den folgenden beiden Abbildungen zu entnehmen. Abbildung 4 zeigt auf, dass die regionalen Unterschiede nicht so gross sind, wie angenommen werden könnte. Dem schweizerischen Mittelwert von 39,2% Zustimmung zu allen Vorlagen stehen die Resultate der Deutschschweiz mit 37,6% und der Westschweiz mit 45,1% gegenüber; der Unterschied beträgt nur 7,6%. Den grössten regionalen Unterschied der Zustimmung

⁴² Ebenda.

⁴³ Ladner, Andreas; Meuli, Urs (1994): Die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 über das Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (Blauhelme). Eine Analyse der Abstimmungsergebnisse in sämtlichen Gemeinden der Schweiz. (Kleine Zürcher Gemeindestudien.) Soziologisches Institut der Universität Zürich.

erreichte die EWR-Abstimmung (32,7%), den kleinsten jene über die Uno (3,2%).⁴⁴

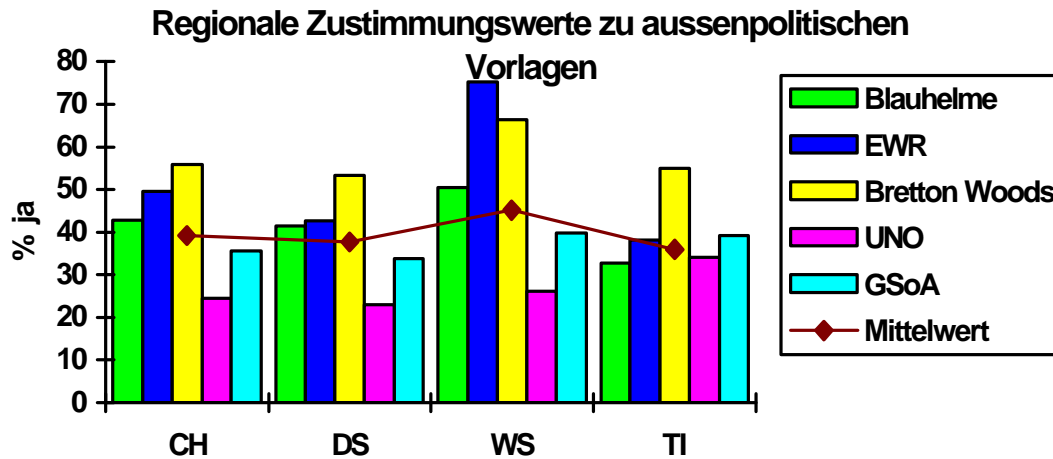


Abbildung 4: Regionale Zustimmungswerte zu ausserpolitischen Vorlagen. Quelle: Ladner, Andreas; Meuli, Urs (1994): Die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 über das Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (Blauhelme). Eine Analyse der Abstimmungsergebnisse in sämtlichen Gemeinden der Schweiz. (Kleine Zürcher Gemeindestudien.) Soziologisches Institut der Universität Zürich. S. 11. (DS = Deutschschweiz, WS = Westschweiz, TI = Tessin).

Die gleichen Abstimmungen nach Wohngebieten ausgewertet ergeben ein etwas anderes Bild (Abbildung 5). Das Stadt/Land-Gefälle ist grösser als das Gefälle Deutschschweiz/Westschweiz, nämlich 10,4%. Es ist auch sehr ausgeglichen und schwankt nur zwischen 7% bei der GSoA-Initiative und 13,3% beim EWR. Dieser Graben ist damit eine klare Konstante der schweizerischen Aussenpolitik, deutlicher sichtbar als der Röstigraben, der in Hinsicht auf die Aussenpolitik eher einen reinen "EWR-Graben" darstellt. In der Detailanalyse zeigte es sich denn auch, dass selbst in der angeblich weltöffneren Westschweiz nur eine Minderheit der Gemeinden die Blauhelmvorlage annahm, nämlich 42,3% (Deutschschweiz 7,6% der Gemeinden, Tessin 3,4%).⁴⁵ Verantwortlich dafür waren vor allem die kleinen, aber zahlreichen ländlichen Gemeinden.

⁴⁴ Ebenda, S. 12.

⁴⁵ Ebenda, S. 7f.

Stadt/Land-Gefälle bei ausserpolitischen Vorlagen

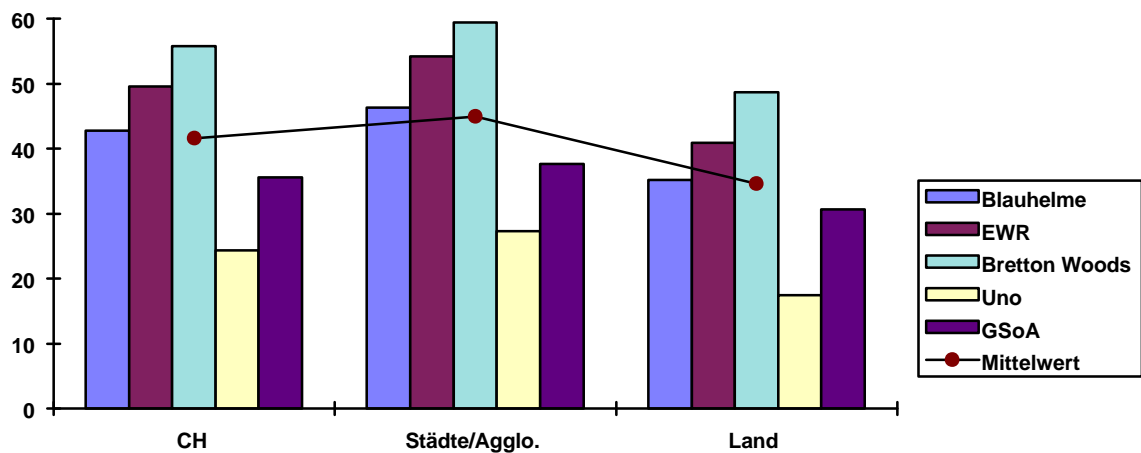


Abbildung 5: Stadt/Land-Gefälle bei ausserpolitischen Vorlagen. Quelle: Ladner; Meuli (1994) S. 12.

Die Autoren machen darauf aufmerksam, dass schon der EWR in den Städten und Agglomerationen mit rund 54% angenommen worden wäre.⁴⁶ Sie definieren als Resultat ihrer Analyse eine Art Profil der ausserpolitisch konservativen Gemeinden: "Gemeinden, die deutlich gegen die Blauhelme gestimmt haben, sind sowohl gegen eine Öffnung nach aussen als auch gegen den Wandel traditioneller Werte."⁴⁷ Eine offene Einstellung gegenüber Europa geht nach Ansicht der Autoren einher mit einer allgemein progressiven, reformfreudigen Einstellung.

Um über die Werthaltungen gegenüber Europa genaueren Aufschluss zu erhalten, führten Hans-Peter Meier-Dallach und Rolf Nef im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 28 Ende November 1992 eine Befragung bei 2000 Personen aus 12 repräsentativen Regionen durch. Eine nachträgliche Prüfung der Resultate anhand der Alpeninitiative und der Blauhelmabstimmung bestätigte ihre Resultate. Laut den Autoren werden der Stadt/Land- und der Röstigraben durch tiefgreifende Wertgegensätze und sehr unterschiedliche Vorstellungen über Europa und die Rolle der

⁴⁶ Ebenda, S. 12.

⁴⁷ Ebenda, S. 3.

Schweiz erklärbar.⁴⁸ Diese Werthaltungen lassen sich in vier verschiedene Europavisionen (siehe Abbildung 6) aufteilen: Europa der Zukunft als Marktraum (Modernisierung, wenige Grenzen), Europa als Sozialraum (soziale Gerechtigkeit), Europa als Wirtschaftsraum (Betonung der Regionen), sowie Europa als Lebensraum (ökologisches Gleichgewicht).

Den ersten Rang erhielt bei den meisten Befragten – auch bei den sonst als eher ökologiekritisch bekannten Romands – das Wunschbild eines ökologisch intakten Lebensraums Europa. Solche Wunschbilder seien aber in der Diskussion zu kurz gekommen. Doch würden nach Meinung der Autoren gerade sie die Chance eröffnen, neue Mehrheiten über die heutigen Gräben hinweg zu schaffen. Bis anhin sei jedoch statt über die Ziele nur über den Weg diskutiert worden: "Ein hartes ökologisches Profil in den EWR- und Europaverhandlungen würde in der Bevölkerung stärker honoriert als das unübersichtliche Taktieren um euroverträgliche Normen."⁴⁹

Nötig sei nun eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung mit den europapolitischen Zielen und Inhalten, was mittelfristig ermöglichen sollte, die Gräben zuzuschütten und neue Mehrheiten in den Bereichen Ökologie und soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Solange aber über die unterschiedlichen Werthaltungen und Europakonzepte nicht diskutiert wird, ist laut den Autoren die europäische Integrationspolitik nicht mehrheitsfähig.⁵⁰

⁴⁸ Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf (1994): Europabilder und die Vision des Kleinstaats Schweiz: Befürchtungen und Wünsche der Schweizerinnen und Schweizer. Nationales Forschungsprogramm 28, Synthesebericht 12. Schweizerischer Nationalfonds, Bern. Hier S. 5.

⁴⁹ Ebenda, S. 12.

⁵⁰ Presserohstoff zur NFP-28-Presskonferenz vom 29. Juli 1994, S. 2.

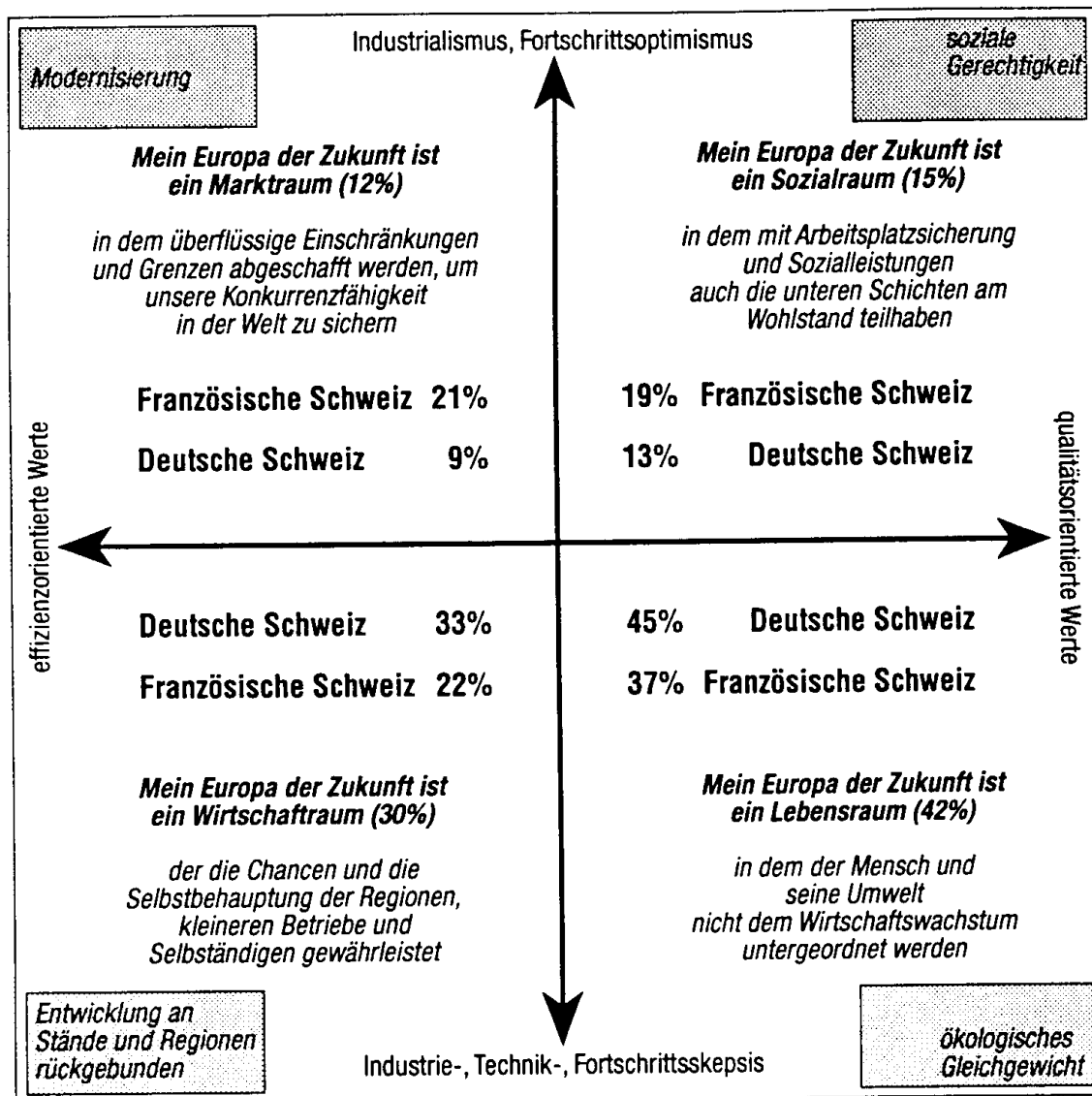


Abbildung 6: Die vier Europavisionen nach Meier-Dallach und Nef. Quelle: Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf (1994): *Europabilder und die Vision des Kleinstaats Schweiz: Befürchtungen und Wünsche der Schweizerinnen und Schweizer*. Nationales Forschungsprogramm 28, Synthesebericht 12. Schweizerischer Nationalfonds, Bern. S. 11.

Ein letzter Erklärungsansatz der verschiedenen Gräben soll schliesslich anhand der "Psychologischen Karte der Schweiz" (siehe Abbildung 7) der Marktforschungsfirma Demoscope aufgezeigt werden. Demoscope untersucht seit 1974 verschiedene Trends, jeweils aufgeschlüsselt nach Landesteilen. Sie stellt dabei für die neunziger Jahre ein Auseinanderdriften der verschiedenen Landesteile fest. Die Westschweiz werde materialistischer, hedonistischer und optimistischer, die Deutschschweiz klammere sich unsicher an

ihren Standort auf der Wertekarte im Bereich innengerichtet, leicht konservativ, die italienische Schweiz werde zunehmend konservativer.⁵¹

So sei die Westschweiz mittlerweile zu lebensbejahend, zu optimistisch und zu zukunftsorientiert, um die Igelreaktion der Deutschschweizer und vor allem auch der Tessiner noch nachvollziehen zu können. Um alle diese Trends in ihrer Gesamtheit zu erfassen, teilt Demoscope die Schweizer in zwei grundsätzliche Typen auf: die Klammerer und die Lavierer. "Die Klammerer halten sich an bewährte Werte fest und möchten in diesen kritischen Zeiten ja keine Veränderung. Die Lavierer – vor allem die jüngere Generation bis 34 – setzen ihre Intelligenz, Flexibilität und Bildung dazu ein, aus einer schwierigen Situation das Optimum herauszuholen."⁵² Die EWR-Abstimmung hat laut Demoscope diese Analyse bestätigt. Die Klammerer hätten sich – auch dank dem Ständemehr – noch einmal durchgesetzt. In der Westschweiz überwögen mittlerweile die Lavierer, im Tessin und vor allem in der Deutschschweiz seien die Klammerer noch in der Mehrzahl. Der typische Klammerer sei eine Person aus einer ländlichen Gegend, eher älter, aus einer einfacheren Berufsschicht, und er wohne weit von den Grenzregionen entfernt.⁵³ Interessant an diesem Ansatz ist, dass er alle Gräben erklärt: den Röstigraben, den Stadt/Land-Graben, jenen der Bildung und auch jenen zwischen Grenzregionen und Binnenorientierung.

⁵¹ Wyss, Werner (1993): Trend Report 93: Bricht die Schweiz auseinander? Analyse des Auseinanderdriftens der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Konsequenzen für das Marketing. Demoscope Market Research, Adligenswil. Hier S. 2.

⁵² Ebenda, S. 24.

⁵³ Ebenda.

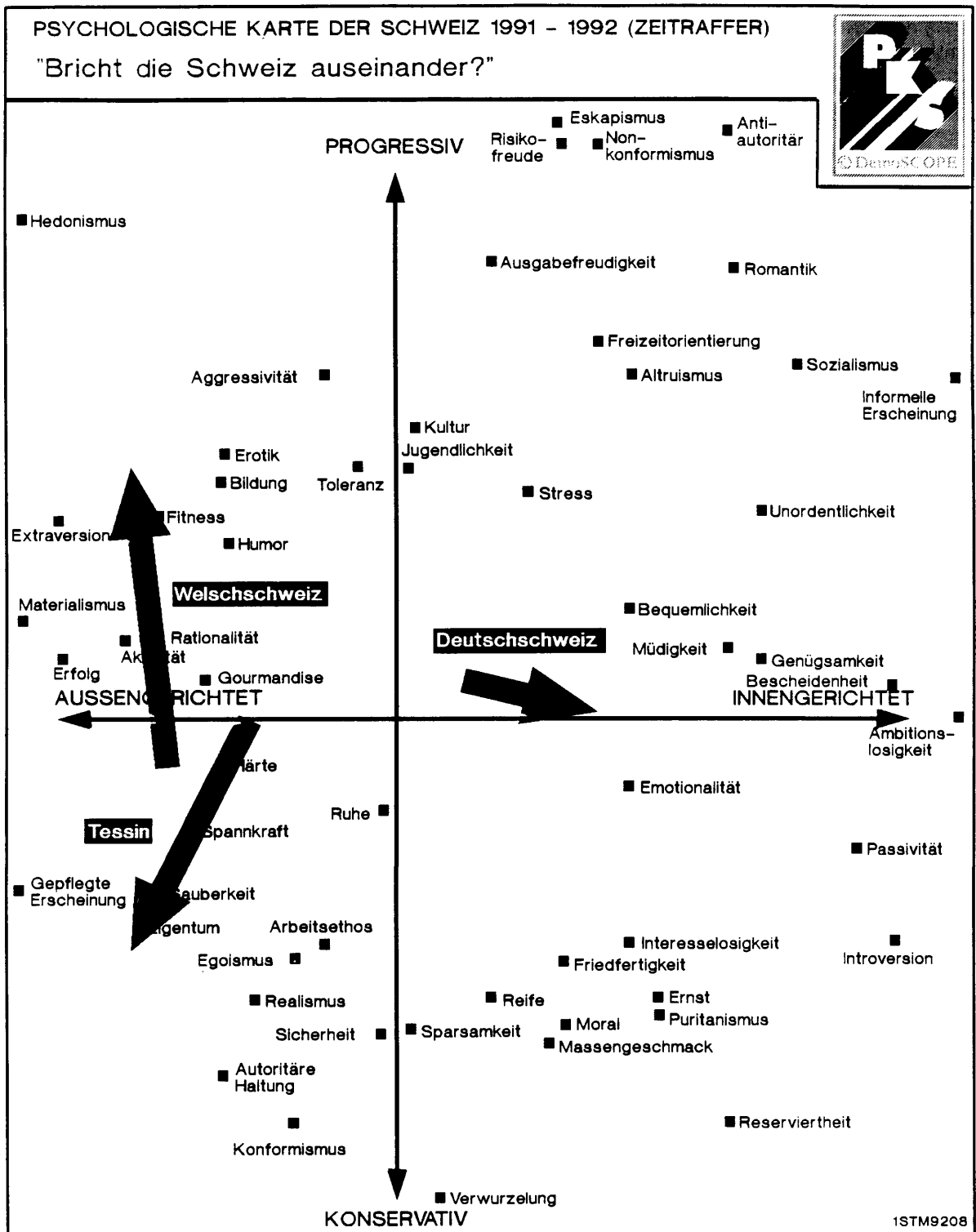


Abbildung 7: Psychologische Karte der Schweiz. Quelle: Wyss, Werner (1993): Trend Report 93: Bricht die Schweiz auseinander? Analyse des Auseinanderdriftens der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Konsequenzen für das Marketing. Demoscope Market Research, Adligenswil.

Was ist nun das Fazit aus all diesen – sich teils widersprechenden – Gräben, die sich schnittmusterartig durch die ganze Schweiz ziehen und das Land nach kulturellen, demographischen, geographischen oder anderen sozialen Kriterien unterteilen? Sicher ist, dass Gräben bestehen. Die geeinte, nach aussen abgeschlossene Schweiz des nationalen Réduits, des stachelbewehrten Igels besteht nicht mehr – falls es sie überhaupt je gegeben hat. Wie sich aber gerade in der Aussenpolitik zeigt, sind die Gräben weder unüberbrückbar tief noch verlaufen sie so eindeutig, dass sie sich in nächster Zeit zu Bruchstellen für die schweizerische Kohäsion entwickeln könnten. 7% Gefälle – über die letzten fünf aussenpolitisch relevanten Abstimmungen gemessen – zwischen Deutschschweiz und Westschweiz sowie knapp 11% zwischen Stadt und Land sind eigentlich erstaunlich wenig. Eher zu denken gibt, dass es eine gemeinsame Grundursache für die meisten Gräben zu geben scheint. Sie wird je nach Analyse als eine Art "Konservatismus", "Innenorientierung" oder "Klammerreflex" bezeichnet und ist immer durch eine starke Beharrung auf dem Althergebrachten gekennzeichnet. Ein so rigides Festhalten am Bestehenden macht eine Anpassung an internationale Verhältnisse, die stark im Fluss sind, schwierig; es droht der aussenpolitische Immobilismus. In Abschnitt 4 der Arbeit sollen deshalb einige mögliche Ansatzpunkte zur Aufweichung dieser Front aufgezeigt werden.

Fazit: Kohäsion ist (noch) nicht massiv gefährdet

Was lässt sich zusammenfassend über die nationale Kohäsion der Schweiz aussagen?

Erstens: Eine Verabschiedung des Volkes aus der Politik ist nicht auszumachen. Im Gegenteil, die allseits genannte Politikverdrossenheit scheint eher das Gegenteil zu bewirken und die Leute anzuspornen, abstimmen zu gehen. Dies zeigt sich einerseits in sehr hohen Abstimmungsbeteiligungen bei kontroversen Themen wie dem EWR-Beitritt, andererseits in einer von einem Tiefstand von 35% wieder angestiegenen Stimmbeteiligung von 49% im Durchschnitt der letzten Jahre. Andererseits ist auch das politische Interesse wieder steigend. Allerdings muss hier die Ausnahme der Jugend gemacht werden. Sowohl die Stimmbeteiligung als auch das politische Interesse dieser für die Zukunft wichtigen Gruppe sind klar tiefer.

Zweitens: Es steht schlecht um die Glaubwürdigkeit und Zufriedenheit mit der Regierung. Beide sind seit Ende der achtziger Jahre im Sinken begriffen und liegen heute klar unterhalb 50%. Diesem eigentlich alarmierenden Befund steht die Zustimmungsrates für Vorlagen der Regierung gegenüber. Sie ist mit 82% in den letzten sechs Jahren recht hoch. Dass man der Regierung per se nicht traut, heisst noch nicht unbedingt, dass man mit ihren Vorlagen nicht zufrieden ist. Einleuchtend präsentierte Sachvorlagen werden von einer gut informierten Bürgerschaft (noch) goutiert, sogar wenn sie – wie die Benzinzollerhöhung – ans Leder gehen.

Drittens: Die vieldiskutierten Gräben sind im hier interessierenden aussenpolitischen Bereich weniger tief als angenommen, verlaufen in sehr unterschiedliche Richtungen und vor allem nicht nur entlang der Sprachgrenzen. Das allen Gräben innewohnende Element des Beharrens auf Althergebrachtem und der mangelnden Reformfreudigkeit ist hingegen im Hinblick auf die in starkem Wandel begriffene europäische Umgebung eher bedenklich.

Abspaltungstendenzen oder sogar eine Sezession von einzelnen Landesteilen zu befürchten, wie es alt Bundesrat Felber tat, ist damit sicher verfrüht. Sei es aus aussenpolitischen oder anderen Gründen, die Schweiz wird in den nächsten Jahren nicht auseinanderfallen. Immerhin, die Fronten in Fragen der Aussenpolitik sind relativ starr, auch wenn sie nicht (nur) den Sprachgrenzen entlang verlaufen. Der aussenpolitischen Krise ist der anschliessende Abschnitt gewidmet.

3. Aussenpolitik als Krisenherd

Die Schweiz scheint ein besonderes Flair dafür zu haben, ihre Krisen breit auszudiskutieren. Die Welle von Krisenpublikationen um 1991 – unter dem Stichwort "700 Jahre sind genug" oder "Die Schweiz gibt es nicht" – war nicht die erste. Im Schlussbericht zum Nationalen Forschungsprogramm 21 "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität" weist Georg Kreis auf dieses Phänomen hin. Schon in den sechziger Jahren lösten die Mirage-Affäre und der einsetzende Wertewandel eine solche Welle aus: Die Expo 64 in Lausanne wurde kurzerhand zum "Trugbild Schweiz" erklärt, Karl Schmid sprach vom "Unbehagen im Kleinstaat", Max Imboden vom "Helvetischen Malaise" und Jean-Rodolphe von Salis von der "Schwierigen Schweiz". Und schon 1963 hatte Karl Barth moniert,

dass die Schweiz, wenn sie nicht aufpasse, bald zum "Dorftrottel Europas" werde.⁵⁴ Doch konnte das helvetische Malaise zumindest oberflächlich nach einigen Jahren beigelegt werden, auf jeden Fall verstummte die Kritik zum grossen Teil wieder.⁵⁵ Grundlegend neu an der heutigen Diskussion ist laut Kreis nur, dass mittlerweile nicht nur die Linke den Sonderfall in Frage stelle, sondern auch der Bundesrat.⁵⁶ Die Schweiz ist damit nicht am Ende, sondern wieder einmal in einer Krise. Die Frage nach vermehrter europäischer Integration und folglich weniger Sonderfall wäre damit vor allem ein temporäres Problem, und es wäre anzunehmen, in einigen Jahren werde sich in der Schweiz, wie anderswo auch, die Einsicht durchsetzen, dass vermehrte Zusammenarbeit mit Europa im eigenen Interesse liegt.

Für die These, dass die heutige aussenpolitische Krise bewältigt werden kann, sprechen neben dem schon genannten "historischen"

⁵⁴ Kreis, Georg (1993): Die Schweiz unterwegs: Schlussbericht des NFP 21 "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität". Basel. Hier S. 7.

⁵⁵ Hans Tschäni zeigt beispielsweise auf, dass als Antwort auf die durch die Mirage-Affäre ausgelöste damalige Staatskrise immerhin einige Parlamentsreformen zustande kamen. Das "Mirage-Parlament" von 1963 bis 1967 führte das Bundesgesetz über die Verwaltungskontrolle und die Bundesbeschlüsse über die parlamentarischen Dienste (mit denen das Sekretariat der Bundesversammlung und der Dokumentationsdienst eingeführt wurden) ein, und auch die Reorganisation des EMD sowie die Legislaturplanungen wurden damals angeregt. Die Kommission Furgler führte erstmals Hearings durch, und es wurde ernsthaft von einem Ombudsmann gesprochen. (Tschäni, Hans (1975): Demokratie auf dem Holzweg: Bemerkungen zur helvetischen Dauerkrise. Artemis, Zürich. S. 20.).

⁵⁶ Kreis (1993), S. 11. Kreis liefert ebenfalls eine Begründung, warum das schweizerische Sonderfall- und Vorbilddenken diesmal wohl endgültig in Frage gestellt wird: "Andere Gesellschaften ohne historische Frühentwicklungen (gewissermassen ohne "Gnade der frühen Geburt") haben, weil sie nicht auf scheinbare Selbstverständlichkeiten zurückgreifen konnten, moderne, das heisst den aktuellen Problemen angemessene Konzepte und Institutionen entwickelt, so dass es sogar etwas brüsk zu einer Umkehrung der Perspektive kommt: Jetzt geht es nicht mehr nur um die Frage, was das Ausland von der vorbildlichen Schweiz lernen, sondern auch um die Frage, ob sich die Schweiz nicht in dieser oder jener Sache vom Ausland inspirieren lassen könnte, zum Beispiel, da sie bezüglich der Mehrsprachigkeit ja keine Ausnahme ist." (Ebenda, S. 13).

Argument, dass lautstark lamentierte Krisen in der Schweiz nichts Neues sind, drei weitere Argumente:

Erstens: Eine ablehnende Volksmeinung zu einem grundsätzlichen Thema heisst nicht – im Gegensatz zur Meinung einiger politischer Exponenten –, dass das Thema nun einfach vom Tisch ist. Sowohl das Frauenstimmrecht als auch das Stimmrechtsalter 18 wurden erst im zweiten Anlauf eingeführt, und über die Mehrwertsteuer wurde mehrmals in kurzer Folge abgestimmt, ohne dass dadurch die Demokratie gefährdet worden wäre. Eine weitere Volksabstimmung zum Thema Europa sollte damit auch in naher Zukunft möglich sein, was allerdings noch nichts über deren Resultat aussagt.

Zweitens: Der grundlegende Wandel der Situation in Europa, wie er 1989 durch den Zusammenbruch des Kommunismus ausgelöst wurde, ist auch von anderen Ländern noch nicht bewältigt worden. Die Diskussionen, wie Europa – und die Welt – in Zukunft aussehen sollen, werden auch andernorts noch sehr heftig geführt. Die Schweiz hat allerdings den Nachteil, dass sie diesen Dialog aus einer Position des Rückstandes beginnen musste, waren doch die meisten anderen westeuropäischen Länder schon vor 1989 aussenpolitisch enger vernetzt (sei dies als EG- oder mindestens als Uno-Mitglieder) als die integral neutrale Schweiz.

Die Neutralität bringt uns zum dritten Argument für eine Lösbarkeit der aussenpolitischen Krise: Sie – respektive die mindestens politischen internationalen Organisationen gegenüber sehr restriktive schweizerische *Auslegung* der Neutralität – ist nämlich der Grund, dass die Europadiskussion in der Schweiz im Gegensatz zu jener in vielen anderen Ländern überhaupt noch sehr jung ist. Bis zu den ersten klaren Stellungnahmen des Bundesrates für eine Öffnung gegenüber Europa⁵⁷ war es mit Ausnahme des misslunge-

⁵⁷ Ein erster Ansatz für eine stärkere Integration war neben dem noch sehr vorsichtigen Integrationsbericht von 1988 der ergänzende Integrationsbericht vom 26. November 1990. Darin heisst es unter anderem: "In dieser Sicht [nämlich im Hinblick auf eine aktivere Teilnahme am Prozess der europäischen Integration] können wir unsere Beteiligung am EWR als wichtigen Beitrag der Schweiz zu einer europäischen Integrationsidee betrachten. Dieser Beitrag könnte sich längerfristig und unter geeigneten Umständen in einer Zugehörigkeit der Schweiz zur EG verwirklichen." (Bundesrat, Schweizerischer (1990): Informationsbericht des Bundesrates

nen Uno-Intermezzos von 1986 offizielle schweizerische Politik, möglichst wenig über Aussenpolitik zu diskutieren und vor allem die Unabhängigkeit zu betonen. Während andere europäische Länder schon der EG angehörten oder im Rahmen der Uno eine recht aktive Aussenpolitik betrieben – wie Österreich oder Schweden – und dort Aussenpolitik auch für das Volk zu etwas Selbstverständlichem wurde, blieb sie bei uns die Domäne einiger weniger Spezialisten.

Der Glaubwürdigkeit einer aktiven Aussenpolitik nicht förderlich war dabei die wenig klare Position des Bundesrates, der seit 1989 in Sachen Europa seine europapolitische Marschrichtung immer wieder geändert hat. Roger de Weck zeichnete diesen Slalomlauf anfangs dieses Jahres exemplarisch nach: Innerhalb einer Fünfjahresfrist, so de Weck, habe die Schweiz sieben verschiedene Positionen eingenommen. Nacheinander habe es geheissen:

- Verhandeln, um souverän zu bleiben;
- beitriffähig werden, um nicht beitreten zu müssen;
- den EWR-Vertrag unterzeichnen, um der EG nicht beizutreten;
- den EWR als Trainingslager für den Beitritt nutzen;
- dem EWR beitreten, aber die Option EG bloss offenhalten;
- dann, nach dem 6. Dezember 1992: alle Optionen offenhalten, bilateral verhandeln;
- und schliesslich die jetzige Position: bis 1995/96 bilateral, später multilateral verhandeln.⁵⁸

Sozusagen als achten Schritt könnte man schliesslich noch das momentan gültige "strategische Ziel" des EU-Beitritts im Bericht zur Aussenpolitik nennen.⁵⁹Nur schon diese kurze Aufstellung

über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom 26. November 1990. Bundeskanzlei, Bern. Kap. 22, Teil 2).

⁵⁸ de Weck, Roger (1994): Schweizer Innenbild – Schweizer Aussenpolitik: Mitten in Europa sind wir Eidgenossen vom Willen zur Ohnmacht beseelt: Ein Plädoyer gegen den Stillstand. Tages-Anzeiger. 20. Januar. S. 10-11.

⁵⁹ "In Anbetracht der Bedeutung, die der umfassenden und gleichberechtigten Teilnahme der Schweiz am europäischen Integrationsprozess zukommt, ist der Beitritt zur EU das strategische Ziel der Integrationspolitik. Diese Zielsetzung ergibt sich aus der Tatsache, dass die Schweiz in Europa tief verwurzelt und mit diesem eng verbunden ist." (Bundesrat, Schweizerischer (1994): Bericht über die Aussenpolitik der

zeigt, dass auch der Bundesrat selber bei diesem Thema noch nicht zu innerer Geschlossenheit gefunden hat.

Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass die radikale Neuausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik von vornehmer Zurückhaltung auf aktive Mitarbeit vom Stimmvolk ganz einfach noch nicht nachvollzogen werden konnte.⁶⁰ Der Stimmbürger braucht etwas länger als zwei bis drei Jahre, um den Paradigmenwechsel von politischer Abschottung zur aktiven Mitarbeit beim Aufbau eines gemeinsamen Europas mitzumachen.

Aussenpolitik: Ein "neues" Thema in der direkten Demokratie

Dass die Aussenpolitik in der Schweiz ein recht neues Thema – und damit noch entwicklungsfähig – ist, zeigt auch eine Aufstellung der aussenpolitisch relevanten Volksabstimmungen seit 1970:

Ausländerrecht (inklusive Antirassismusklausel als Grenzfall zwischen Ausländer- und Menschenrechtspolitik)	14
Aussenwirtschaft (ohne Zollabkommen, inklusive Bretton Woods, Neat, Alpeninitiative)	8
Aussenpolitik im engeren Sinn ⁶¹	7
Total:	29

Nur knapp 15% der Abstimmungen (bei einem Total von über 200 Plebisziten von 1970 bis heute) waren im weitesten Sinne aussenpolitisch bedeutungsvoll – wobei die Abstimmungen über das Ausländerrecht meist unter rein innenpolitischen Gesichtspunkten

Schweiz in den neunziger Jahren. Bundesblatt I 1994 153-242. Hier S. 184)

⁶⁰ Es wird auch öfters vergessen, dass die Schweiz eines der wenigen Länder ist, in denen das Stimmvolk einen direkten Einfluss auf die Aussenpolitik hat und deshalb an die Information der Öffentlichkeit besonders hohe Anforderungen gestellt werden.

⁶¹ Freihandelsabkommen 1972, IDA-Darlehen 1976, Staatsvertragsreferendum 1977, Uno-Beitritt 1986, GSoA-Initiative 1989, EWR 1992, Blauhelme 1994.

beurteilt wurden – und nur 3% im engeren Sinne. Ähnlich klar zeigt sich die marginale Rolle der Aussenpolitik, wenn man nur die Volksinitiativen berücksichtigt. Seit 1945 wurden insgesamt 146 Volksinitiativen eingereicht. Bis 1973 war keine einzige davon von direkter aussenpolitischer Relevanz.⁶² Seit 1965 wurden 9 Überfremdungsinitiativen eingereicht, die aber wie erwähnt vom Stimmbürger eher als innenpolitische Vorlagen perzipiert wurden. Im weiteren wurden drei Initiativen zur Rüstung und Rüstungskontrolle lanciert sowie fünf "echte" aussenpolitische Initiativen: die Initiative über das Staatsvertragsreferendum von 1973, die GSoA-Initiative von 1989 (zumindest ihr friedenspolitischer Teil), die Alpeninitiative von 1994, die EWR-Initiative (1993 eingereicht) und die Anti-EU-Initiative von Lega und SD (eingereicht Anfang 1994).⁶³ Dies sind etwa 3% "echte" aussenpolitische Initiativen. Aussenpolitik ist damit eindeutig – was Volksentscheidungen betrifft – ein sehr junges Feld mit "Wachstumspotential". Aussenpolitik ist für viele Stimmbürger erst seit den späten achtziger Jahren (Uno-Beitritt) oder sogar erst seit den frühen neunziger Jahren (EWR und EU) ein Thema. Die erfolgreichste aussenpolitische Organisation der Schweiz – wenn sie auch Aussenpolitik primär ablehnt -, die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns), wurde bezeichnenderweise erst nach 1990 massenwirksam.

Fazit: Auch die Aussenpolitik gefährdet die Kohäsion (noch) nicht

Somit scheint es auch unter dem Gesichtspunkt der "ausserpolitischen Krise" verfrüht, eine akute Gefahr für den längerfristigen Zusammenhalt der Schweiz zu prognostizieren. Fünf Jahre aussenpolitische Aktivierung der Schweiz seit dem epochalen Wandel von 1989 sind eine zu kurze Zeit, um daraus Rückschlüsse auf eine angeblich total verfahrenene Situation zu ziehen. Jener Teil

⁶² Ein Grenzfall sind die Chevallier-Initiativen von 1956, die das Militärbudget zugunsten von AHV und "internationaler Solidarität" kürzen wollten.

⁶³ Alle Angaben wurden einer Aufstellung aller Volksinitiativen und -abstimmungen der Bundeskanzlei entnommen.

der Bevölkerung, der manchmal als erzkonservativer, europafeindlicher Block bezeichnet wird, hat noch nicht genug Zeit gehabt, sich auf die neue Situation einzustellen. Nachdem 40 Jahre lang die Devise galt, dass möglichst grosse Unabhängigkeit mit möglichst wenig politischer Verflechtung der beste Weg für die Schweiz sei, sind fünf Jahre nicht übermässig aktiver und kohärenter Aufklärungsarbeit eine sehr kurze Periode – eine zu kurze, um eine Bewusstseinsänderung zu erreichen. Doch was nun? Wie sollen die zementierten Positionen aufgebrochen werden, wie kann dem Schweizer Stimmbürger, der Schweizer Stimmbürgerin die bundesrätliche Position näher gebracht werden, dass eine aktivere Aussenpolitik auch im *eigenen Interesse*⁶⁴ liege?

4. Ein baldiger Wandel der aussenpolitischen Einstellungen?

Zwar ist die nationale Kohäsion der Schweiz durch die sehr unterschiedlichen Meinungen zur Europafrage noch nicht akut gefährdet, die Gräben sind noch nicht unüberwindbar tief. Doch was sind mögliche Vorgehensweisen, um den gewünschten neuen Konsens in

⁶⁴ Das eigene Interesse in Form des neuen aussenpolitischen Ziels "Interessenwahrung" wird denn auch vom Bundesrat im Bericht zur Aussenpolitik prominent als eine Art 'Überziel' definiert: "Die Interessenwahrung ist nicht nur Ziel und Mittel der Aussenpolitik, sondern ihre primäre Aufgabe, ein alles durchdringendes Motiv, gewissermassen Rechtfertigung und Beweggrund jeglicher aussenpolitischen Aktivität." (Bundesrat, Schweizerischer (1994): Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. BBl I 1994 153-242. Hier S. 159). Diese Begriffsverwendung durch den Bundesrat wirkt allerdings vor allem wie ein Versuch, die Nützlichkeit der Aussenpolitik gegenüber dem schweizerischen Volk in schon fast beschwörender Art zu betonen. Jürg Martin Gabriel setzt in seiner Kritik der aussenpolitischen Konzeption ebenfalls ein Fragezeichen hinter diesen Terminus. Für ihn ist die Interessenwahrung vor allem ein Ordnungsprinzip, das dem Bundesrat zur Lösung von Zielkonflikten dient: Gibt es solche Konflikte, entscheidet das Eigeninteresse. Dieses zu definieren sei allerdings nicht immer leicht. Deshalb sei der Begriff "genaugenommen eine Leerformel oder Worthülse, und deshalb nicht ganz unproblematisch". (Gabriel, Jürg Martin (1994): Neutralität für den Notfall: Der Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Beiträge und Berichte, 221. Institut für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen. S. 13).

Richtung Europa⁶⁵ zu schaffen? Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, die Vielzahl der Vorschläge für die Auflösung des aussenpolitischen Patts aufzuzeigen. Eines ist jedoch vielen von ihnen gemeinsam: sie enthalten in irgendeiner Form Anregungen zum Thema Informationspolitik. Wenn es gelingt, so die Überlegung, einen relativ kleinen Teil der heute konservativ stimmenden Bevölkerung – vor allem der deutschschweizerisch-ländlichen – von den Vorteilen der europäischen Integration zu überzeugen, würde sich das europapolitische Gewicht zugunsten der Befürworter verschieben und sich eine europafreundliche Eigendynamik anbahnen. So zeigten Karl W. Haltiner und Kurt R. Spillmann in der Studie "Öffnung oder Isolation der Schweiz?" die Trends der aussen- und sicherheitspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz auf und kamen zum Schluss, dass die Gruppe jener, die am aussenpolitischen Status quo in der Schweiz festhalten wollen, 40% nicht mehr übersteige und damit bereits in der Minderheit sei. Die Mehrheit sei an sich für eine Intensivierung der internationalen Kooperation der Schweiz, sie sei sich allerdings über den einzuschlagenden Kurs noch nicht einig. Während die grössere Gruppe, ebenfalls an die 40%, sich die Integration in die europäischen Institutionen vorstellen könne – wenn sie unumgänglich wird –, tendiere eine Minderheit von rund einem Viertel für eine "weiche", nicht-integrative Art der Kooperation. Diese Minderheit plädiert laut Haltiner / Spillmann "für eine 'solidarische' Schweiz – eine Schweiz, die ihre Neutralitätsposition aufgibt oder zumindest stark abschwächt, sich aber dennoch bei institutionellen Bindungen vor allem in Europa zurückhält und sich in weltöffener, aber unverbindlicher Art für friedliche Konfliktlösungen und mehr materielle Gerechtigkeit einsetzt."⁶⁶ Die Trennschärfe dieser beiden Einstellungen sei allerdings nicht sehr gross, und hier könnten sich mittelfristig neue

⁶⁵ Der Autor stimmt dabei mit der bundesrätlichen Position überein, dass die Zukunft der Schweiz, gerade auch in sicherheitspolitischer Hinsicht, nur in einer aktiven Mitarbeit innerhalb der Europäischen Union und den anderen europäischen Institutionen liegen kann.

⁶⁶ Haltiner, Karl W.; Spillmann, Kurt R. (1994): Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, 32. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH Zürich. S. 70.

Mehrheiten bilden. Nur führe die Uneinigkeit der beiden Integrationsgruppen vorderhand noch dazu, dass die an sich eine Minderheit darstellende, aber sehr geschlossene Gruppe der Autonomisten eine starke innenpolitische Machtposition halte: "Aus diesen Gründen dürfte es künftig zwar nicht aussichtslos, aber auch nicht einfach sein, in der Schweiz für konkrete aussen- und sicherheitspolitische Öffnungsvorhaben Mehrheiten an der Urne zu finden."⁶⁷

Die grosse Bedeutung der Informationspolitik und vor allem auch der Überzeugungsarbeit wurde vom Bundesrat selbst betont. So heisst es im Bericht zur Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren, dass die schweizerische Aussenpolitik unter Einbezug von Parlament, interessierten Organisationen und "vor allem" dem Souverän umgesetzt werde: "In diesem Sinn wird die innenpolitische Abstützung der Aussenpolitik zur vordringlichen Aufgabe der neunziger Jahre."⁶⁸ Dies will der Bundesrat dadurch erreichen, dass er

- den aussenpolitischen Apparat vermehrt als Dienstleistungsbetrieb reorganisieren,
- die Information der Bevölkerung über aussenpolitische Aktivitäten verbessern,
- den Dialog und Konsultationen zwischen Bundesrat und Kantonen fördern
- und konsultative ausserparlamentarische Kommissionen bilden will.

Die von Bundesrat Cotti bei seinem Amtsantritt als Aussenminister angekündigte aussenpolitische Informationsoffensive⁶⁹ hat

⁶⁷ Ebenda, S. 72.

⁶⁸ Bundesrat, Schweizerischer (1994): Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. Anhang: Bericht zur Neutralität. BBl I 1994 153-242. Hier S. 162.

⁶⁹ So plant laut "Cash" das Integrationsbüro die Förderung einer 'europhilen Stimmung' mittels einer fünfjährigen Kampagne (siehe Cash, 16.4.93), und auch Cotti hat die Wichtigkeit einer umfassenden Information wiederholt betont. So bemerkte er am 4. Mai 1993 in Freiburg: "Regierung, Parlament, Parteien, Medien, Verbände und Vereine haben ihre politische Verantwortung wahrzunehmen, indem sie ihren Beitrag leisten zur Bewusstseinsbildung über die unausweichliche Notwendigkeit der Öff-

allerdings noch keine grossen Auswirkungen gezeitigt. Im Gegenteil scheint zumindest ein Teil der Landesregierung auf Abwarten zu tendieren: So forderte Bundesrat Arnold Koller ausdrücklich, "... die längerfristig angelegte Beitrittsfrage – in welcher Form auch immer – in der öffentlichen Diskussion nun eher ruhen [zu] lassen. Wir müssen, wenn wir aus der heutigen lähmenden Polarisierung herauskommen wollen, an der Eurofront einen 'Burgfrieden' schliessen."⁷⁰ Die dadurch frei werdenden Energien sollten dazu benützt werden, Brücken zwischen Befürwortern und Gegnern zu bauen. Im Hintergrund könnte dann wohl auch der immer wieder zitierte durch die Absonderung der Schweiz erzeugte 'Leidensdruck' seine Arbeit tun. Ähnlich argumentiert derzeit auch ein Teil der Parteien. Mit Blick auf die Nationalratswahlen 1995 wollen zumindest CVP und FDP keine klare Stellungnahme gegenüber der EU abgeben; man werde bis zum Vorliegen der Resultate der bilateralen Verhandlungen "keine Phantomdiskussionen"⁷¹ vor den Wahlen führen, heisst es. Allerdings wird die Europafrage, allen Anstrengungen zum Trotz, sie zu unterdrücken, von selbst wieder in das politische Rampenlicht treten; spätestens dann, wenn die 1993 eingereichte EWR-Initiative diskutiert wird. Die gesetzliche Frist für die Stellungnahme des Bundesrates zur Initiative der Jugendbewegung "Geboren am 7. Dezember 1992" läuft nämlich am 2. September 1995 ab, zwei Monate vor den Nationalratswahlen.⁷² Auch ist es mittlerweile erklärte Absicht von SVP und SPS, die Europadiskussion – allerdings unter unterschiedlichen Vorzeichen – wieder anzuheizen.

nung unseres Landes auf Europa und die Welt, je früher desto besser" (Rede Bundesrat Cottis am 4. Mai 1993. In: documenta 2/1993, S. 9). Real verwirklicht wurden bis heute der Aufbau eines Referentendienstes im EDA (EDA-Pressemitteilung vom 8. Juli 1994) und die Neugestaltung des EDA-Informationmagazins "Die Schweiz und die Welt".

⁷⁰ Koller, Arnold (1994): Die Bedeutung des Europarechtes für die Schweiz: Festansprache aus Anlass des 30jährigen Bestehens des Instituts für Europarecht an der Hochschule St. Gallen. 15. September 1994. S. 14.

⁷¹ So FDP-Präsident Franz Steinegger am Tag nach dem EU-Votum in Schweden. (Stuber, Andreas; Tuor, Mario (1994): Europaziele bleiben verschleiert. Der Bund, 15. November. S. 9.)

⁷² Ebenda.

Obschon der Bundesrat im Moment eher zurückhaltend ist, wünschen sich verschiedene andere Initianten eine Lobby für die Aussenpolitik. So äusserte sich zum Beispiel Georg Kreis in diese Richtung,⁷³ die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik zeigte einige Vorschläge auf,⁷⁴ und bereits im August 1993 wurde die Agos (Arbeitsgemeinschaft für eine offene Schweiz) gegründet. Allerdings hat sich bis jetzt die Wirtschaft nicht bereit erklärt, grössere Beiträge für eine solche Informationstätigkeit zur Verfügung zu stellen, womit Resultate wohl erst mittelfristig zu erwarten sind. Ausserdem ist es an sich schwierig, Einstellungen durch Information – oder je nach Standpunkt: Propaganda – zu ändern.⁷⁵ Immerhin gibt es ein erfolgreiches Beispiel: Mindestens bei vielen Jungen hat die intensive Umweltschutzdiskussion gewisse Erfolge und den Beginn einer Verhaltensänderung gebracht. Vielleicht sollte das Integrationsbüro seine geplante Europasensibilisierungskampagne nach dem Muster der Umweltkampagne des Buwal anlegen.

Trotz der kleinen Wahrscheinlichkeit, bei einer aussenpolitischen Kampagne schnelle Resultate zu erreichen, scheint dies doch der erfolgversprechendste Weg zu sein. Denn eine Einschränkung der

⁷³ Kreis, Georg (1994): Eine Lobby für die Aussenpolitik? Staatsbürger, 2/1994. S. 23.

⁷⁴ Langenbacher, Heinz; Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (1994): Braucht die schweizerische Aussenpolitik eine Lobby? Staatsbürger, 2/1994. S. 21-22.

⁷⁵ Die aussenpolitische Information in der Schweiz hat Laurent Goetschel detailliert analysiert. Er betont vor allem die Wichtigkeit emotional ansprechender Information neben reiner Sachinformation: "Neben der Bedeutung kognitiver Informationsleistungen gilt es aber zu berücksichtigen, dass die Relativierung oder Veränderung gefühlsmässig verankerter Werte, wie dies für den 'Sonderfall-Mythos' der Fall ist, Informationsleistungen bedingen, die durch ihren gleichfalls emotionalen Gehalt die Gefühlsebene der Informationsempfänger ansprechen." Er gibt allerdings auch zu bedenken, dass die Behörden in der Unterscheidung zwischen nüchterner und emotionaler Information subtiler als zum Beispiel eine politische Gruppierung vorgehen müssten. (Goetschel, Laurent (1994): Zwischen Effizienz und Akzeptanz: die Information der Schweizer Behörden im Hinblick auf die Volksabstimmung über den EWR-Vertrag vom 6. Dezember 1992. Haupt, Bern. S. 86).

demokratischen Rechte des Volkes in der Aussenpolitik – sei dies durch den Entzug des Referendums für bestimmte Vorlagen oder durch den Verzicht auf das Ständemehr bei aussenpolitischen oder allen Vorlagen – hätte im Moment an der Urne keine Chance und wäre auch aus staatspolitischen Gründen problematisch. Immerhin gibt es einige interessante Ansätze wie zum Beispiel die Neufassung des Ständemehrs durch eine Gewichtung der Kantonsstimmen nach der Kantonsgrösse.⁷⁶ Um aber eine Reform der direkten Demokratie in die Wege zu leiten, muss zuerst das Vertrauen des Volkes in die Regierung wieder steigen. Dazu könnte eine klare Linie des Bundesrates zur Europafrage – gepaart mit kompetenter und glaubwürdiger Information – ebenfalls behilflich sein.⁷⁷

Wie die in dieser Arbeit zitierte Befragung über Europavisionen⁷⁸ aufzeigt, muss auch die inhaltliche Diskussion verbreitert werden.

⁷⁶ Siehe dazu zum Beispiel Möckli, Silvano (1994): Direkte Demokratie – am toten Punkt? Ein St. Galler Politologe möchte das "Weideland des Munis" neu abstecken. Tages-Anzeiger, 6. September. S. 2. Interessante Lösungsansätze in dieser Richtung – so verschiedene Varianten zur Beschränkung des Referendums – zeigen unter anderem auf: Borner, Silvio; Brunetti, Aymo; Straubhaar, Thomas (1994): Die Schweiz im Alleingang. Verlag NZZ, Zürich. Speziell S. 111-141. Die Autoren betonen die Notwendigkeit einer Reform der direkten Demokratie, sprechen aber nicht von möglichen Szenarien, wie solche Reformvorschläge heute mehrheitsfähig gemacht werden könnten. Schliesslich schlagen mehrere Exponenten ein sogenanntes "konstruktives Referendum" vor, bei dem die Gruppierung, die das Referendum ergreift, auch gleich einen Gegenvorschlag liefern müsste. Die Berner Kantonsverfassung enthält bereits eine ähnliche Klausel.

⁷⁷ Der Bundesrat setzte Ende Juni 1994 eine Sondersitzung zum Thema 'politischer Vertrauensverlust' an. Er meinte darauf zur Presse, dass er sich der Bedeutung der "kohärenten Zusammenarbeit" zwischen Bundesrat und Regierungsparteien bewusst sei und betonte die Notwendigkeit der Intensivierung der bundesrätlichen Kommunikationsstrategie. (NZZ, 24. Juni 1994, S. 13). Bundesrat Villiger rief beinahe gleichzeitig dazu auf, in Befolgung einer schon jahrhundertealten Gewohnheit Europa gegenüber weniger auf die Tradition der Abschottung und mehr auf die ebenso schweizerische Tradition der Offenheit zu setzen. Die Schweiz könne es sich nicht leisten, eine Insel in Europa zu werden, und müsse mit der bewährten Zusammenarbeit mit anderen weiterfahren. (Ansprache von Bundesrat Kaspar Villiger vor der Generalversammlung der Basler Handelskammer. In: NZZ, 27. Juni 1994, S. 15).

⁷⁸ Siehe S. 37.

Nicht nur der Weg nach Europa ist wichtig, sondern vor allem das Endziel: Wie soll dieses Europa einmal aussehen? Über die von Meier-Dallach / Nef identifizierten Visionen von Europa als ökologisch sensibilisierten und in möglichst eigenständige Regionen gegliederten Lebensraum könnten neue Mehrheiten geschaffen werden. Hier ist im übrigen – neben anderen gesellschaftlichen Gruppierungen – auch die aussen- und sicherheitspolitische Forschung aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten und ihre Forschungsergebnisse in möglichst allgemeinverständlicher Form publik zu machen. Dadurch muss breiten Kreisen die Möglichkeit geschaffen werden, sich möglichst objektiv über die Chancen und Gefahren der europäischen Einigung zu informieren.

Die europapolitischen Gräben sind (noch) nicht so tief, als dass sie sich nicht mehr zuschütten liessen, die Kohäsion ist noch nicht unrettbar gefährdet. Die Geschwindigkeit des europäischen Einigungsprozesses ist allerdings hoch, ab 1. Januar 1995 sind alle anderen neutralen Staaten Europas Mitglieder der EU. Allzuviel Zeit für Information, Diskussion und Konsensfindung im "schweizerischen Tempo" bleibt nicht mehr.

Auswahlbibliographie

Borner, Silvio; Brunetti, Aymo; Straubhaar, Thomas (1994): Die Schweiz im Alleingang. Verlag NZZ, Zürich.

Bundesrat, Schweizerischer (1990): Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel: Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bundesblatt 1990 III 847-904.

Bundesrat, Schweizerischer (1994): Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren. Anhang: Bericht zur Neutralität. Bundesblatt 1994 I 153-242.

Buri, Christoph; Haltiner, Karl W.; Spillmann, Kurt R. (1991): Sicherheit 1991. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, 18. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, Zürich.

Cotti, Flavio (1994): Die Schweiz und Europa – Grundsätzliche Bemerkungen zu einer (noch) offenen Frage. *documenta*, 2/1994. S. 8-9.

de Weck, Roger (1994): Schweizer Innenbild – Schweizer Aussenpolitik: Mit-ten in Europa sind wir Eidgenossen vom Willen zur Ohnmacht beseelt: Ein Plädoyer gegen den Stillstand. *Tages-Anzeiger*. 20. Januar. S. 10-11.

Dütschler, Christian (1994): Der Einfluss des Alters auf das politische Verhalten. *Neue Zürcher Zeitung*. 15. Februar. S. 23.

- Gabriel, Jürg Martin (1994): Neutralität für den Notfall: Der Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren. Beiträge und Berichte, 221. Institut für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen.
- Goetschel, Laurent (1994): Zwischen Effizienz und Akzeptanz: die Information der Schweizer Behörden im Hinblick auf die Volksabstimmung über den EWR-Vertrag vom 6. Dezember 1992. Haupt, Bern.
- Haltiner, Karl W. (1992): Zwischen Verharren und Aufbruch: Nationale Identität heute. Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1992. S. 11-31.
- Haltiner, Karl W.; Spillmann, Kurt R. (1994): Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, 32. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, Zürich.
- Hoesli, Eric (1992): Kann Europa die Schweiz sprengen? In: Sonderfall? Die Schweiz zwischen Reduit und Europa. (Hg.: Leimgruber, Walter; Christen, Gabriela) Schweizerisches Landesmuseum, Zürich. S. 91-100.
- Klöti, Ulrich; Schloeth, Daniel (1994): Univox-Bericht IIA/1993: Staat. GfS-Forschungsinstitut; Forschungsstelle für politische Wissenschaft der Universität Zürich. (erscheint jährlich)
- Koller, Arnold (1994): Die Bedeutung des Europarechtes für die Schweiz: Festansprache aus Anlass des 30jährigen Bestehens des Instituts für Europarecht an der Hochschule St. Gallen. 15. September 1994.
- Kreis, Georg (1993): Die Schweiz unterwegs: Schlussbericht des NFP 21 "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität". Helbing und Lichtenhahn, Basel.
- Kreis, Georg (1994a): Eine Lobby für die Aussenpolitik? Staatsbürger, 2/1994. S. 23.
- Kreis, Georg (1994b): Wer ist das Schweizervolk? Noch ein Nachwort zum jüngsten Urnengang. Neue Zürcher Zeitung. 11. Juli. S. 15.
- Kriesi, Hanspeter; Longchamp, Claude; Passy, Florence et al. (1993): Analyse des votations fédérales du 6 décembre 1992. GfS-Forschungsinstitut; Universität Genf.
- Ladner, Andreas; Meuli, Urs (1994): Die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 über das Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (Blauhelme). Eine Analyse der Abstimmungsresultate in sämtlichen Gemeinden der Schweiz. (Kleine Zürcher Gemeindestudien.) Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Langenbacher, Heinz; Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (1994): Braucht die schweizerische Aussenpolitik eine Lobby? Staatsbürger, 2/1994. S. 21-22.

- Leimgruber, Walter (1992): Die Schweiz zwischen Isolation und Integration. In: Sonderfall? Die Schweiz zwischen Reduit und Europa. (Hg.: Leimgruber, Walter; Christen, Gabriela) Schweizerisches Landesmuseum, Zürich. S. 19-33.
- Longchamp, Claude (1991): Politisch-kultureller Wandel in der Schweiz. In: Staatsbürger oder Untertanen? (Hg.: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.) Lang, Frankfurt am Main. S. 49-101.
- Longchamp, Claude; Kraut, Peter; Raymann, Ursula (1994): Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der neunziger Jahre als Herausforderungen an eine offene Staatstätigkeit. GfS-Forschungsinstitut, Adliswil.
- Meier-Dallach, Hans-Peter (1988): Die Schweiz zwischen Traditionalität und Modernität. Zur politischen Kultur der Schweiz. In: Die Schweiz. (Hg.: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) (Kohlhammer Taschenbücher. Der Bürger im Staat, 1083.) Kohlhammer, Stuttgart. S. 100-128.
- Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf (1990): Nationale Identität – ein Fass ohne empirischen Boden? Cultur Prospectiv, Zürich.
- Meier-Dallach, Hans-Peter; Nef, Rolf (1994): Europabilder und die Vision des Kleinstaats Schweiz: Befürchtungen und Wünsche der Schweizerinnen und Schweizer. Nationales Forschungsprogramm 28, Synthesebericht 12. Schweizerischer Nationalfonds, Bern.
- Melich, Anna (Hg.) (1991): Les valeurs des Suisses. Lang, Bern.
- Möckli, Silvano (1994): Direkte Demokratie: Ein Vergleich der Einrichtungen und Verfahren in der Schweiz und in Kalifornien, unter Berücksichtigung von Frankreich, Italien, Dänemark, Irland, Österreich, Liechtenstein und Australien. (St.Galler Studien zur Politikwissenschaft, 16). Haupt, Bern.
- Riklin, Alois; Möckli, Silvano (1994): Nichtmilitärische Bedrohung und Verteidigung im Urteil der Schweizerinnen und Schweizer. (Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen, 216/1994). (erscheint jährlich)
- Stämpfli, Regula (1992): Politische Kultur im Wandel: Eine Sekundäranalyse der Qualitativstudie. Forschungszentrum für politische Wissenschaft der Universität Bern. Unveröffentlichte Studie.
- Tschäni, Hans (1975): Demokratie auf dem Holzweg: Bemerkungen zur helvetischen Dauerkrise. Artemis, Zürich.
- Vatter, Adrian; Kummer, Lorenz; Hug, Daniel (1994): Ein Blauhelm-Graben zwischen Reich und Arm. Der Bund, 15. Juni. S. 2.
- Wernli, Boris; Sciarini, Pascal; Barranco, José (1994): Vox-Analyse der Abstimmungen vom 12. Juni 1994. Vox-Analysen. GfS-Forschungsinstitut; Abteilung für politische Wissenschaften der Universität Genf.

Widmer, Thomas; Buri, Christoph (1992): Brüssel oder Bern: schlägt das Herz der "Romands" eher für Europa? In: Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft, 32. Haupt, Bern. S. 363-388.

Wyss, Werner (1993): Trend Report 93: Bricht die Schweiz auseinander? Analyse des Auseinanderdriftens der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Konsequenzen für das Marketing. DemoSCOPE Market Research, Adligenswil.

Sicherheitspolitische Öffnung im Dienste einer neuen nationalen Leitidee ?

Ein Essay zur Lage nach dem 12. Juni 1994

von Mauro Mantovani

Ausgangslage: Blockierte Öffnung nach dem Blauhelm-Nein

1994 war ein *Annus horribilis* aus der Sicht der Befürworter einer sicherheitspolitischen Öffnung der Schweiz. Im Januar hatte die Nato ihre Partnerschaft für den Frieden offiziell verabschiedet, eine Initiative, die zur Vollmitgliedschaft führen kann, aber nicht muss, die jedenfalls aber den Rahmen für eine individuell zu gestaltende Kooperation mit der einzigen relevanten Sicherheitsorganisation in Europa schafft. Dieser Friedenspartnerschaft traten bis im Herbst praktisch alle KSZE-Staaten bei. Auch die offizielle Schweiz hatte die Initiative anfänglich begrüsst und gleichzeitig ihre Neutralitätskonzeption so modifiziert, dass sie auch eine Teilnahme ermöglicht. Im Vorfeld des Referendums gegen das Blauhelmgesetz begann indessen die Einschätzung zu überwiegen, dass die von der Partnerschaft eröffnete Beitrittsperspektive die Abstimmungsvorlage gefährden könnte. Die alsbald einsetzende offizielle Stille zu diesem Thema vermochte freilich nicht zu verhindern, dass am 12. Juni der Souverän mit einer deutlichen Mehrheit von 57% der Stimmenden die Blauhelmvorlage ablehnte. Dieses Ereignis kontrastierte in drastischer Weise mit der gleichentags erfolgten überraschend deutlichen Zustimmung des österreichischen Nachbarn zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union, bei der das Thema Sicherheit – wenn auch unausgesprochen – wesentlich mitgespielt haben soll. Die ebenfalls positiven Referenden der skandinavischen Neutralen über den Beitritt zur EU im November rundeten das Bild einer sicherheitspolitisch isolierten Schweiz insofern ab, als sich damit die übrigen westlichen Neutralen des kalten Krieges zum Fernziel einer Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU bekannt haben.

Mit dem Nein zu einem schweizerischen Blauhelmbataillon war nicht nur ein wesentliches Element entfallen, das in die Friedenspartnerschaft der Nato hätte eingebracht werden können, sondern es fielen auch die innenpolitischen Voraussetzungen für eine Teilnahme an diesem Programm dahin. Keine Partei und am wenigsten der Bundesrat wird sich vor den Wahlen im Herbst 1995 oder einem möglichen GATT-Referendum dem Vorwurf aussetzen wollen, den „Volkswillen“ vom 12. Juni 1994 zu missachten, so dass es auch nächstes Jahr schwerlich zur Unterzeichnung einer Partnerschaftserklärung durch die Schweiz kommen dürfte. Es besteht daher aller Grund zur Annahme, dass 1995 zu einem weiteren *Annus horribilis* bezüglich einer sicherheitspolitischen Öffnung der Schweiz werden wird. Vor dem Hintergrund dieser faktisch bloc??kierten Möglichkeiten einer sicherheitspolitischen Öffnung verstehen sich die folgenden Überlegungen.

Ultra posse nemo obligatur ?

Wenn während des kalten Krieges die Verteidigungsfähigkeit des neutralen Kleinstaates in Zweifel gezogen wurde, so pflegte die Antwort darauf zu lauten: Das Neutralitätsrecht verpflichtet keinen Staat, mehr zu leisten, als ihm billigerweise zugemutet werden kann – *ultra posse nemo obligatur*.¹ Auch nach dem kalten Krieg bezweifelt niemand, dass die Schweiz für die militärische Sicherung ihres Territoriums einen im internationalen Vergleich sehr hohen Aufwand zu betreiben bereit ist. Als Stabilitätsbeitrag gilt die Vermeidung eines strategischen Vakuums in Mitteleuropa aber nicht mehr gleich viel.

Seit dem Umbruch von 1989/91 lautet die Frage vielmehr: Ist der *ausserhalb* der Landesgrenzen erbrachte Stabilitätsbeitrag, die „ausgreifende“ Komponente der Sicherheitspolitik, hinlänglich im Sinne der genannten „Zumutbarkeit“? Bei unvoreingenommener Betrachtung muss diese Frage für die Schweiz verneint werden. Denn massgeblich kann nicht der Hinweis darauf sein, dass ihre

¹ In diesem Sinne z. B. Gustav Däniker, *Dissuasion. Schweizerische Abhaltestrategie heute und morgen*, Frauenfeld 1988, S. 174.

„ausgreifenden Komponente“ anerkanntermassen² von hoher Qualität ist. Der Beitrag der Schweiz an die internationale Stabilität wird vielmehr von ihren relevanten Nachbarn nach seiner *relativen* Höhe beurteilt, das heisst danach, wie er sich im Verhältnis zur europäisch und global „bedeutenden wirtschaftlichen Stellung“³ der Schweiz ausnimmt. Die diesbezügliche Erwartungshaltung unserer Nachbarn orientiert sich also stets an den Leistungen von Staaten vergleichbarer Grössenordnung und entbehrt damit natürlich nicht einer subjektiven Komponente, etwa dann, wenn die Ablehnung der Blauhelmvorlage und das Abseitsstehen von institutionalisierter Kooperation als Negativsignale, mithin die Neutralität der Schweiz als wenig nützlich beurteilt werden.

Diese externen Erwartungen sind nicht nur durch die seit bald einem Jahr unbeantwortete Einladung der Nato zu einer Friedenspartnerschaft gestiegen, sondern auch im Hinblick auf den KSZE-Vorsitz der Schweiz von 1996. Die Schweiz will sich im Hinblick darauf verstärkt in jenen Bereichen engagieren, in denen sie eine anerkannte Kompetenz besitzt. Konkret gemeint sind Bemühungen „um den Ausbau der Konfliktprävention und des Krisenmanagements der KSZE sowie um eine bessere Arbeitsteilung mit anderen sicherheitspolitischen Organen und Gremien in Europa“.⁴ Ob die Schweiz, die den wichtigsten sicherheitspolitischen Organen und Gremien gerade *nicht* angehört, für die letztgenannte Aufgabe besonders prädestiniert ist, muss allerdings fragwürdig erscheinen.

Nun kann aber die Erwartungshaltung des benachbarten Auslandes gewiss nur *ein* Faktor in den Überlegungen eines souveränen Staates sein, auch wenn dieser, wie die Schweiz, daran interessiert

² Die Relevanz der in diesem Zusammenhang jeweils genannten Äusserungen leidet allerdings unter der Einschränkung, dass diese zumeist als Ausdruck diplomatischer Höflichkeit interpretiert werden können. Vgl. z. B. den Artikel von Ricardo Jagmetti, Richtige Antwort auf neue Herausforderungen, in NZZ Nr. 272, 21.11.94, wo von einer „hochgestellten Persönlichkeit“ der Uno die Rede ist, die den schweizerischen Beitrag zur Friedensförderung mit den Worten „global acceptance and quality“ kommentiert habe.

³ Bericht [des Bundesrates] über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren, Anhang: Bericht zur Neutralität vom 29. November 1993, S. 19.

⁴ In diesem Sinne Staatssekretär Kellenberger, vgl. NZZ Nr. 234, 7.10.94.

sein muss, dass die durch die wachsende wirtschaftliche (Inter-)dependenz gebotenen Verhandlungen mit ebendiesen Nachbarn in einem günstigen Klima stattfinden.

Ein souveräner Staat wird folglich auch seinen „ausgreifenden“ Stabilitätsbeitrag nicht primär nach Rücksichten dieser Art gestalten, sondern vielmehr nach Massgabe seiner Definition der *nationalen Interessen*, das heisst im wesentlichen gemäss seiner Einschätzung der Bedrohungslage. Der Grad der *militärischen* Bedrohung der Schweiz ist nun aber auf absehbare Zeit hinaus kaum geeignet, die Forderung nach einem grösseren „ausgreifenden“ Engagement gemeinhin als plausibel erscheinen zu lassen. Denn die militärische Stabilität des Umfeldes der Schweiz wird von einer Reihe von Staaten und ihren Zusammenschlüssen gewährleistet und ist insofern ein klassisches *Kollektivgut*, von dessen Genuss die Schweiz nicht auszuschliessen ist, auch wenn für sie nur geringe Anreize bestehen, ihren Anteil an der Aufrechterhaltung dieser Stabilität auch nur schon beizubehalten.

Sieht man einmal von der theoretischen, aber wenig plausiblen Möglichkeit eines wirtschaftlich-militärischen Junktims in den Verhandlungen mit der EU ab, so dürfte der Druck auf die Schweiz hinsichtlich eines Ausbaus ihres sicherheitspolitischen Engagements in den nächsten Jahren kaum von aussen kommen. Umso mehr rückt dadurch ein interner Druck, der sich aus dem zentralen nationalen Interesse an einer staatlichen und gesellschaftlichen Kohäsion der Schweiz ergibt, in den Vordergrund der Betrachtung.

Neuprofilierung schweizerischer Leitideen

Im internationalen Auftreten eines Staates widerspiegeln sich seine *Leitideen*. Daniel Frei unterschied einmal drei „Sendungsgedanken“, die die Schweiz seit dem 18. Jahrhundert weltweit verbreitet und zur Nachahmung empfohlen habe.⁵ Er nannte sie die Idee des *republikanisch-demokratischen Vorkämpfertums*, den Gedanken der *völkerversöhnenden föderalistischen Eintracht*, die Idee der *humanitär-karitativen Neutralität* einschliesslich des *Grundsatzes der friedlichen Streitbeilegung*. Diese Leitideen stellen einen Teil des schweizerischen Selbstverständnisses oder Nationalbe-

⁵ Daniel Frei, *Neutralität oder Kalkül?* Frauenfeld/Stuttgart 1967, S. 90ff.

wusstseins dar: „Die Sendungsgedanken mehrten den Stolz der einzelnen, diesem Staat anzugehören, und sie festigten damit den inneren Zusammenhalt der Nation in Zeiten der Anfechtung der nationalen Existenz von aussen.“

Diese althergebrachten Leitideen haben unverkennbar und kontinuierlich an Bedeutung verloren: die beiden ersten Prinzipien sind – jedenfalls theoretisch – zur *Communis opinio* der für die Schweiz relevanten Staatenwelt geworden und im Begriffe, sich auch praktisch – soweit im Sinne der Handlungsfähigkeit zweckmässig – durchzusetzen. Auch hat das ausländische Interesse am dritten Prinzip, auf dem das *sicherheitspolitische* Profil der Schweiz beruht, nachgelassen: Für humanitär-karitatives Wirken besitzt unser Land längst keine besonders günstige Ausgangslage oder gar eine Monopolstellung mehr, das Entwicklungspotential von Mechanismen der friedlichen Streitbeilegung scheint zudem ausgeschöpft. Kurzum, die schweizerischen Leitideen sind in der Wahrnehmung der Aussenwelt weitgehend verblasst und drohen von einem negativen Image unseres Landes im Ausland gänzlich verdrängt zu werden. Falls dieser unumkehrbar scheinende gegenläufige Prozess andauert, kann er langfristig nicht ohne negative Rückwirkungen auf den Kernbereich des Nationalbewusstseins, mithin auf die nationale Kohäsion bleiben. Weil die Schweiz in ihrer kulturellen Vielfalt keinen Nationalstaat im klassischen Sinne darstellt, ist für sie die Aufgabe, ihre Rolle in der Welt nach dem grossen Umbruch neu zu definieren, von ungleich vitalerer Bedeutung als für andere Staaten, denen dies nicht weniger schwerfällt.

Trotz ihres Bedeutungsschwundes besteht sicherlich kein Anlass, die bisherigen drei Leitgedanken durch *eine* völlig neue Idee zu ersetzen. Dennoch gilt es, das Spektrum der genannten Leitideen so zu *modifizieren*, dass daraus wieder eine profiliere schweizerische Sicherheitspolitik resultieren könnte. Die Modifizierung von nationalen Leitideen wiederum lässt sich natürlich nicht dekretieren, sondern muss durch ein langfristig ausgerichtetes Handeln geschaffen werden, das von einem Dialog zwischen den wichtigen gesellschaftlichen Kräften begleitet wird. Dieser dialektische Prozess wird im Falle der Schweiz umso langwieriger und beschwerlicher sein, als politisches Handeln und Leitideen ja nicht nur von einer Elite getragen werden sollen.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich als *erstes* Kriterium bei der zukünftigen Ausgestaltung der „ausgreifenden“ Sicherheitspolitik die Frage, ob das betreffende Engagement zur Herausbildung einer neu konturierten Leitidee beitrage. Zwei weitere Kriterien lassen sich aus der Analyse des in der Blauhelmabstimmung artikulierten Volkswillens ableiten.

Lehren aus dem Blauhelm-Nein: zwei weitere Kriterien für zukünftiges Handeln

Der Souverän hat die Aufstellung von Blauhelmtruppen abgelehnt. Kombattante Beiträge an die internationale Stabilität sollen nach dem Willen einer Mehrheit von Volk und Ständen nicht zum Bestandteil der „ausgreifenden Komponente“ der Sicherheitspolitik werden. Man wird nicht umhin können, dieses Votum zu respektieren. Aus der Analyse der Beweggründe für dieses Nein können nun aber *zwei weitere Kriterien* abgeleitet werden, die ein zukünftiger Vorstoss erfüllen muss, wenn er denn Aussicht auf Erfolg haben soll; die beiden zusätzlichen Kriterien lauten: *doppelte Nützlichkeit und Neutralitätskompatibilität*.

1. Kriterium: Doppelte Nützlichkeit

Bei jeder Aktivität ausserhalb der Landesgrenzen muss ein *direkter* Nutzen für die Schweiz erkennbar sein, das heisst es muss jedermann einleuchten, dass der Einsatz der betreffenden Mittel den Sicherheitsinteressen der Schweiz entspricht. Die Aktivität muss es sodann der Schweiz ermöglichen, eine *sichtbare* Funktion wahrzunehmen. Die begrenzten Ressourcen zwingen zu einem fokussierten Engagement und zur Suche nach „Marktnischen“, welche insbesondere dann gegeben sind, wenn die Schweiz eine spezifische Expertise einzubringen hat oder gar einen komparativen Vorteil auf einem bestimmten Gebiet ausnützen kann.

Der direkte Nutzen wäre also idealerweise doppelter Natur. Ist er gemeinhin erkennbar, so dürfte das Kostenargument, welches das Schicksal der Blauhelmvorlage mitentschieden hat, von untergeordneter Bedeutung sein. Entscheidend ist nur, dass der Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zum zu erwartenden Ertrag erscheint. Im Sinne der Wahrung budgetpolitischer Flexibilität wäre es zudem wünschenswert, wenn das finanzielle Engagement dosiert werden könnte.

2. Kriterium: Neutralitätskompatibilität

Jede zukünftige Aktivität hat der Selbstwahrnehmung der Schweiz als einer *neutralen* Nation Rechnung zu tragen. Die neue Neutralitätsdoktrin vom November 1993 verschafft den Bundesbehörden zwar einen theoretisch fast uneingeschränkten Handlungsspielraum,⁶ doch kontrastiert sie scharf mit dem Neutralitätsempfinden des Soveräns, und damit mit den tatsächlichen politischen Handlungsmöglichkeiten. Die Europadiskussion der letzten Jahre und die Blauhelmabstimmung dürften auf ein im Volk vorherrschendes Empfinden schliessen lassen, wonach Neutralität weder erlaubt, bewaffnetes Militärpersonal zu Einsätzen oder Übungen ins Ausland zu entsenden noch Organisationen beizutreten, die bereits jetzt oder in Zukunft substantielle Befugnisse auf sicherheitspolitischem Gebiet wahrnehmen. Die schweizerische Neutralität wird eben weiterhin als eine humanitär-karitative perzipiert und geniesst als nationales Identitätsmerkmal noch immer den Beifall von etwa vier Fünftel der Bevölkerung. Gerade weil die Zustimmung zur Neutralität durch den strategischen Umbruch von 1989/91 nur unwesentlich abgenommen hat,⁷ dürfte es zumindest mittelfristig unrealistisch sein, eine *formelle* sicherheitspolitische Statusänderung der Schweiz anstreben zu wollen.

Dem steht nun aber gegenüber, dass es die intellektuelle Redlichkeit gebietet, langfristig – namentlich im Kontext des erklärten Ziels der EU-Mitgliedschaft – auch nominell auf die Neutralität zu verzichten. Vorläufig stünden der politischen Führung zur Verfolgung dieses Fernziels allerdings nur vergleichsweise geringe Mittel zu Gebote, die namentlich im Bereich der Anpassung der offiziellen

⁶ Vgl. dazu etwa Jürg Martin Gabriel, Neutralität für den Notfall: Der Bericht des Bundesrates zur Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren, Beiträge und Berichte des Instituts für Politikwissenschaft der Hochschule St. Gallen, Nr. 221 (1994), oder Mauro Mantovani, Neutralität und schweizerische Staatsräson, in: Die Zukunft der Neutralität in Europa. Beitreten oder Trittbrettfahren?, hg. von Günther Bächler, Chur-Zürich 1994, S. 73-85.

⁷ Der Aussage „Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten“ stimmten 1989/90 89%, 1990/91 79% und 1993 wieder 82% der Befragten zu. Vgl. Karl Haltiner / Kurt R. Spillmann, Öffnung oder Isolation der Schweiz?, Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Nr. 32, Zürich 1994, S. 11.

Rhetorik liegen: Der Bundesrat könnte einerseits die verringerte Bedeutung der alten Leitideen, einschliesslich des Bedeutungsverlustes der Neutralität, aktiver kommunizieren, und gleichzeitig die Aktionen der transatlantischen Staatengemeinschaft zur Sicherung beziehungsweise Förderung des Friedens etwas öfter und mit etwas weniger Distanz kommentieren. Dieses psychologische Instrument wäre freilich nur gezielt und in „homöopathischen Dosen“ einzusetzen. Der Bundesrat könnte ferner die militärische Verwundbarkeit der Schweiz offen eingestehen und daraus die Notwendigkeit einer verbindlichen militärischen Kooperation mit dem Ausland ableiten. Insbesondere dieses letztere rhetorische Mittel würde sich also gegen die verbleibenden Nachteile einer auf den völkerrechtlichen Kern reduzierten Neutralität wenden.

Selbst bei konsequenter Befolgung kann diese Strategie natürlich nicht ausreichen, um die Neutralität im Bewusstsein der Bevölkerung zu erschüttern, weil nun einmal auf absehbare Zeit hinaus keine zwingende Notwendigkeit besteht, einem Bündnis beizutreten. Es wird einstweilen also darum gehen müssen, nach sicherheitspolitisch relevanten Tätigkeitsfeldern Ausschau zu halten, die vom Volk als neutralitätskompatibel perzipiert werden.

Vorschlag eines konkreten Tätigkeitsfeldes

Sind die genannten Voraussetzungen – doppelte Nützlichkeit und Neutralitätskompatibilität – erfüllt, so dürfte ein entsprechendes Engagement auch kommunizierbar sein, auch wenn es, wie postuliert, den Umfang der bisherigen „ausgreifenden“ sicherheitspolitischen Komponente übersteigt. Sucht man nach einem Tätigkeitsfeld für die Schweiz, das zugleich die genannten Bedingungen erfüllt und zur Modifizierung und Neuprofilierung der schweizerischen Leitideen beiträgt, so drängt sich die *nukleare Hinterlassenschaft der Sowjetunion* auf. Sie stellt mit ihrem Bedrohungspotential wohl auf Jahrzehnte hinaus die grösste Herausforderung für die westeuropäische Sicherheitspolitik dar. Auf militärischer Ebene geht es um die Entsorgung von Nuklearwaffen, auf ziviler Ebene um die Sanierung von Kernkraftwerken.

Konkret drohen auf unabsehbare Zeit hinaus die Gefahr des Einsatzes oder der Veruntreuung von Kernwaffen und Spaltmaterial in Bürgerkriegssituationen, der unkontrollierte Abfluss von Nuklear-technologie und Fachpersonal in Drittweltstaaten oder in die

Hände terroristischer Gruppen sowie eine fortschreitende ökologische Verwahrlosung des nuklearindustriellen Komplexes auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Kernkraftwerke sowjetischer Bauart, seit dem Unfall von Tschernobyl zum Inbegriff für die Störungsanfälligkeit von Grosstechnologie geworden, sind in sieben Staaten Ostmittel- und Osteuropas in Betrieb; sie gefährden nicht nur die Sicherheit ihrer Nachbarländer, sondern auch die politische Akzeptanz der Kernenergienutzung überall auf der Welt.⁸

Ein Hilfsprogramm für die GUS sollte eine Garantie für die Zahlung der Gehälter der in den sensitiven Nuklearanlagen Beschäftigten enthalten, ebenso die Übertragung von technischem Gerät für die Sicherheitsüberwachung und schliesslich die Unterstützung für die russischen Wissenschaftler, selbst solches Gerät für den mittelfristigen Einsatz zu entwickeln. Um nicht in dunklen Kanälen der Bürokratie zu versickern, müsste die Finanzhilfe an eine doppelte Bedingung geknüpft sein: sie müsste *spezifischen* Projekten zugute kommen und die vollständige *Kontrollbefugnis* über diese Projekte erwirken.⁹

Auf diesem weiten Felde könnte die Schweiz mit grosszügiger materieller Hilfe aufwarten, und damit den oben genannten Kriterien genügen:

Zunächst dient die Verhinderung von desaströsen Ereignissen der geschilderten Art in allererster Linie der dortigen Bevölkerung, sie stellt die *Conditio sine qua non* dar für eine gedeihliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung der gesamten Region. Da aber auch Westeuropa von den Auswirkungen einer nuklearen Katastrophe nicht verschont bliebe, liegt die Sicherung der Kernkraftwerke offenkundig auch im Sicherheitsinteresse der Schweiz. Die Furcht vor einem neuerlichen „Tschernobyl“ ist in der Bevölkerung unerschwellig noch vorhanden und dürfte durch die bisher bekannt gewordenen (und weitere absehbare) Fälle von Nuklearschmuggel in Mitteleuropa wieder im Zunehmen begriffen sein.

⁸ Vgl. z.B. Karl-Heinz Kamp, *Managing Nuclear Reduction in CIS: A German View*, *European Security* vol. 3, 1/1994, S. 82-94.

⁹ In diesem Sinne etwa Harald Müller, *In Russland wird das Spaltmaterial nur lückenhaft überwacht*, *FAZ* Nr. 196, 24.8.94.

Die *Marktnische* ist durch den bisher völlig unbefriedigenden Mittelzufluss von westlicher Seite gegeben: Russland hat – im Verhältnis zu den dort zu lösenden Aufgaben – die weitaus geringste Hilfe von den G 24 erhalten.¹⁰ Die Schweiz hätte also die Aussicht, bereits mit relativ geringen Mitteln – die allerdings den 1994 für die Sicherheit russischer Kernkraftwerke gesprochenen Betrag von 200'000 Fr.¹¹ deutlich übersteigen müssten – verhältnismässig grosse Wirkung zu erzielen. Zudem könnten auch innerhalb dieses Aufgabenbereiches wieder punktuelle Schwergewichte gesetzt werden, indem etwa *einzelne* Kernanlagen mit Schweizer Hilfe saniert würden. Die Schweiz besitzt Erfahrung beim Nachrüsten solcher Anlagen, ausserdem könnte damit ein neues Wirkungsfeld für Schweizer Atomspezialisten geschaffen werden, die wegen fehlender Aufträge in das Ausland abzuwandern drohen. Dass ein nationales Interesse der Schweiz in diesem Punkt mit einem partikulären Anliegen der schweizerischen Nuklearindustrie zusammenfällt, darf nicht als Vorwand für fundamentale Opposition missbraucht werden.¹²

Ein *komparativer Vorteil* der Schweiz gegenüber anderen Staaten ergäbe sich allenfalls daraus, dass einflussreiche Kreise in Russland in einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber den Gegnern des kalten Krieges verharren und nur beschränkt kooperationsbereit sind. Mit ihrem Neutralitätsstatus, dessen Ansehen mit zunehmender geographischer Entfernung zuzunehmen scheint, könnte unser Land gerade bei den entscheidenden politischen und militärpolitischen Instanzen einen Grad an Unbedenklichkeit geniessen, der solche Widerstände zu überwinden vermag.

¹⁰ Die beschränkte Bereitschaft des Westens zur Hilfe in diesem Bereich erklärt sich einerseits natürlich durch die neue Priorität der „innenpolitischen Agenda“, andererseits durch den Hinweis darauf, dass das fragliche Waffenarsenal Russlands einstmals in konfrontativer Absicht angehäuft worden war (vgl. Karl-Heinz Kamp, A. 8). Das letztere Argument gilt aus schweizerischer Optik freilich nicht in demselben Masse.

¹¹ NZZ Nr. 221, 22.9.94.

¹² So geschehen in der Sitzung des Nationalrates vom 4. März über die Zusammenarbeit mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten (Amtliches Bulletin der Bundesversammlung. Nationalrat 1993, S. 108-130).

Andererseits wäre wohl unbestreitbar, dass ein Engagement im Bereich der nuklearen Sicherheit in keinem Widerspruch zu einem wie auch immer verstandenen Neutralitätsstatus unseres Landes stünde. Dient die Betonung der Neutralität der Zielsetzung, die innenpolitische Unterstützung für eine Aktion zu sichern, so mag es sogar angehen, dass das Engagement mit dieser Etikette versehen wird. Auch wäre ein mit dem völkerrechtlichen Status der Schweiz in Verbindung gebrachtes Engagement geeignet, dem benachbarten Ausland vorzuführen, dass Neutralität wieder im sicherheitspolitischen „Interesse von ganz Europa“ liegt.

Aus allen diesen Gründen wäre die Sicherung von Nuklearanlagen in der GUS voraussichtlich in der Schweizer Bevölkerung selbst in schwieriger finanzpolitischer Lage mehrheitsfähig, mithin referendumsbeständig. Aller Voraussicht nach wäre dies ein Feld, auf dem sich innenpolitisch eine Allianz zweier politischer Lager ergäbe, die in anderen Fragen gewöhnlich nicht an demselben Strang ziehen, nämlich der sicherheitspolitisch und der ökologisch sensibilisierten Bürger unseres Landes. Dass die Umweltzerstörung seit Jahren die Hauptsorge des Volkes darstellt, darf als empirisch erhärtet gelten.¹³ Es scheint sogar so zu sein, dass in absehbarer Zukunft *einzig* ökologische Vorlagen eine gesicherte Unterstützung des Souveräns geniessen dürften.¹⁴

Wer akzeptiert, dass die zentrale Empfehlung an die schweizerische Politik lautet, „... drei Risikobilder möglichst frühzeitig zusammenzuführen: die subjektive Wahrnehmung der Bevölkerung, dasjenige, was die politischen Entscheidungsträger für richtig und wichtig halten (subjektives Elitebild) und die objektiven Risikoana-

¹³ Vgl. z. B. Hans-Peter Meier-Dallach, Rolf Nef, Risiko und innere Sicherheit in der Wahrnehmung der Bevölkerung. Eine Gesamtsicht für die Schweiz. Bericht zu einem Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei und des Schweizerischen Wissenschaftsrates, September 1994, S. 12.

¹⁴ Meier-Dallach / Nef (vgl. A. 13) unterscheiden im Meinungsbild der Schweizer Bevölkerung vier Lager, in deren Denken die folgenden Begriffe zentral sind: Modernisierung / Aussenorientierung, Selbststeuerung / Autonomie, soziale Gerechtigkeit, Ökologie. Dabei ist einzig das letztgenannte Lager im Stande, sich mit allen anderen Lagern zu verbünden (S. 83f).

lysen“,¹⁵ für den könnte die Sicherung von Nuklearanlagen in der GUS einen Weg darstellen.

Fazit

Das auf einem überparteilichen Konsens beruhende neue Tätigkeitsfeld der Schweiz, die *ökologische Hilfestellung bei der Bewältigung des nuklearen Erbes der GUS*, könnte sich aufgrund der obigen Überlegungen längerfristig zu einem Instrument entwickeln, mit dem die sicherheitspolitische Leitidee „humanitär-karitative Neutralität“ zu einer „humanitär-ökologisch wirksamen Neutralität“ modifiziert würde.

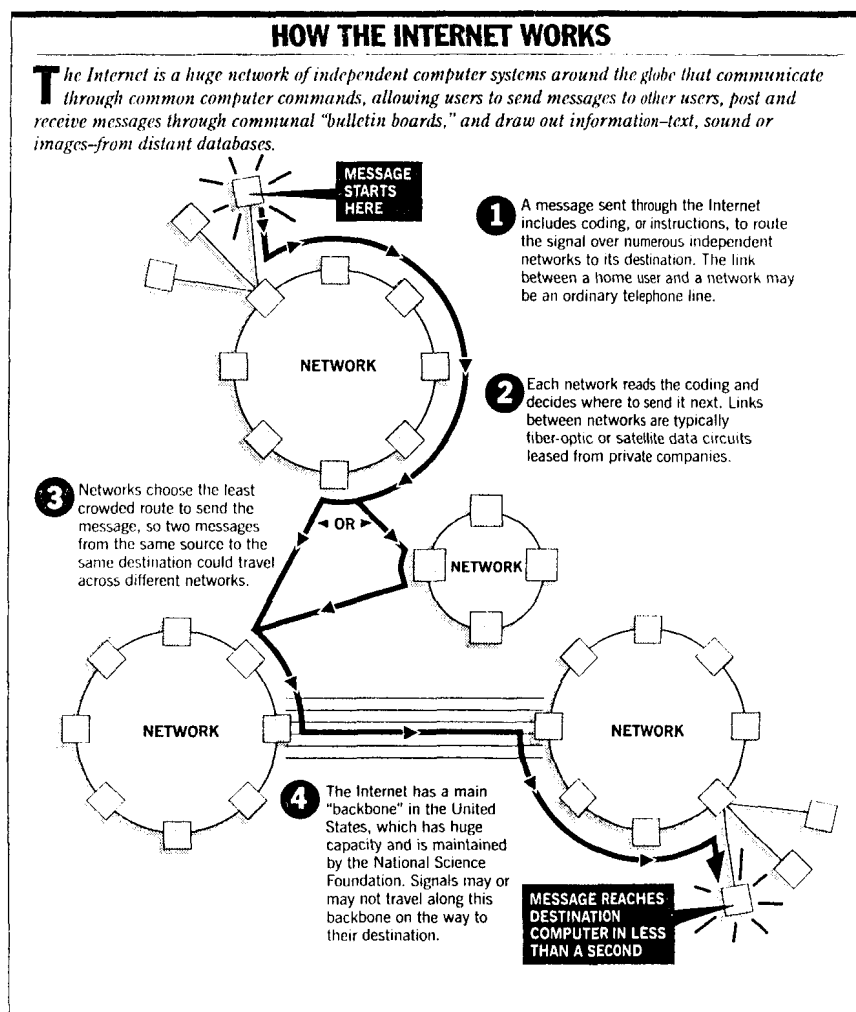
Die Neutralität würde damit eine ambivalente Behandlung erfahren: Einerseits müssten ihre kriegsvölkerrechtlichen Auflagen Anlass zu expliziter Kritik sein, andererseits fiele dem Begriff der Neutralität *vorübergehend* die Funktion eines innenpolitischen Vehikels zu, mit dem der dialektische Prozess des Ausbaus der „ausgreifenden“ sicherheitspolitischen Komponente und der Ausformung einer modifizierten nationalen Leitidee in Gang gesetzt werden könnte. In dieser Weise behandelt, könnte Neutralität noch einmal von Nutzen sein für die Schweiz.

¹⁵ Meier-Dallach / Nef (vgl. A. 13), S. IX. Die beiden Autoren gehen gar so weit, zu sagen: „Die Bewährung oder die Rekonstruktion der Schweiz aus der Fähigkeit, die Risikofrage zu beantworten, kann – wie Anzeichen andeuten – ein neuer Ansatz in der Politik werden.“ (S. 81).

Ein elektronisches Netzwerk als Dienstleistung für Forschungsinstitute im KSZE-Raum

von Kurt R. Spillmann und Thomas Köppel

Die Informationsrevolution ist nicht mehr nur ein Schlagwort, sie wird immer mehr zur täglichen Realität. Sie macht auch nicht vor der sicherheitspolitischen Forschung halt, und so wird es immer selbstverständlicher, dass Forscher an ganz unterschiedlichen Forschungsinstitutionen auf elektronischem Weg zusammenarbeiten.



Grafik 1: Die Funktionsweise des Internet. Quelle: Washington Post Syndicate.

Einen grossen Anteil an dieser Entwicklung hat das "Internet". Das früher vor allem von Informatikern und der Armee benutzte, welt-

umspannende Netzwerk begann vor zwei bis drei Jahren buchstäblich zu explodieren. Die "Cyberspace" wurde nicht mehr nur von Universitäten und Regierungsstellen dominiert, auch Nichtregierungsorganisationen, private Forschungsinstitute, kommerzielle Anbieter und Einzelpersonen begannen das Potential der weltweiten Vernetzung zu nutzen. Während noch Ende 1988 weniger als 100'000 Computer über das Internet erreichbar waren, wurde 1993 bereits die Zweimillionengrenze überschritten, und mittlerweile sind gegen vier Millionen Computer am Netz. Zwei Millionen stellen alleine die Vereinigten Staaten, die Schweiz rangiert mit 47'000 verbundenen Computern und einer Wachstumsrate von fast 25% im ersten Halbjahr 1994 weltweit an 11. Stelle. Da jeder Computer, speziell bei grösseren Organisationen, mehrere Benützer haben kann, rechnet man mit bereits über 30 Millionen Benützern des Internets. Wachstumsraten von mehreren hundert Prozent pro Jahr sind für das Internet nichts Aussergewöhnliches.

Die sicherheitspolitische Forschung macht sich diese Möglichkeiten in steigendem Masse zunutze. Das Internet bietet gegenüber dem konventionellen Informationsaustausch per Post oder Telefon / Telefax verschiedene Vorteile. Ein wichtiger Vorzug ist die Geschwindigkeit des Datenaustausches. Das Internet erlaubt, in einer schnellebigen Welt – und gerade die Sicherheitspolitik wird von Tag zu Tag mit neuen Situationen konfrontiert – sehr rasch miteinander zu kommunizieren. Diese Kontakte beschränken sich nicht auf das einfache Austauschen von elektronischen Briefen. Es ist heute Forschern aus unterschiedlichen Weltgegenden möglich, praktisch simultan an derselben Studie zu arbeiten, die verschiedenen Zwischenberichte innerhalb von Minuten hin und her zu schicken und am gleichen Dokument Korrekturen vorzunehmen. Informationen können durch das Internet beinahe in Echtzeit beschafft werden; die Resolutionen des Uno-Sicherheitsrates sind spätestens am Folgetag ihrer Verabschiedung im vollen Wortlaut auf einem Grossrechner der Vereinten Nationen verfügbar und können ohne Abtippen in die eigene Forschungsarbeit integriert werden. Auch andere Organisationen wie etwa KSZE, Nato und WEU publizieren auf diesem Weg ihre Pressemitteilungen. Wenn eine Forschungsarbeit abgeschlossen ist, kann die Wartezeit bis zur Publikation massiv verkürzt werden. Die Arbeit wird elektronisch publiziert, das heisst in geeigneter Form irgendwo im Internet auf einem Rechner gespeichert. Jedermann – oder auch eine

beschränkte Benutzergruppe – erhält so Zugriff auf die Studie, kann sie auf den eigenen Rechner transferieren und ausdrucken. Wenn dies aus Gründen des Urheberrechts nicht erwünscht ist, können in der gleichen Form Abstracts oder Hinweise auf die Arbeit veröffentlicht werden.

Neben der Geschwindigkeit des Datenaustausches eröffnet das Internet auch neue Kontaktmöglichkeiten. Während es früher aus infrastrukturellen, politischen oder auch finanziellen Gründen oft unmöglich war, mit Kollegen zum Beispiel in Osteuropa zu kommunizieren, hat das Internet die meisten dieser Probleme gelöst. Eine elektronische Mitteilung zu schicken ist günstiger als zu telefonieren oder einen Telefax zu schicken. Das Internet ist beinahe weltumspannend und hält sich nicht an geographische oder politische Grenzen. Die Verbindungen sind oft auch zuverlässiger als herkömmliche Mittel. So ist es meist einfacher, Institutionen in Russland per Internet zu erreichen als über die normalen, häufig überlasteten Telefonleitungen.

DEFSEC-Netzwerk koordiniert Informationsaustausch

Im April 1994 organisierten die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, EMD, EDA, die Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen (Deutschland), das United Nations Institute for Disarmament Research in Genf und das George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen die Konferenz "Institutes and the Security Dialogue", um die Kooperation zwischen Forschungsinstituten in Ost und West zu diskutieren. Auch an dieser Konferenz zeigte sich das grosse Interesse der an die 200 vertretenen Institutionen am elektronischen Datenaustausch. Eine Arbeitsgruppe befasste sich in der Folge mit den praktischen Aspekten einer solchen Kooperation, und seit Herbst 1994 existiert unter dem Namen *Academic Defense and Security Network* (DEFSEC-NET) ein offenes Netzwerk von interessierten Stellen aus verschiedenen Ländern.

Kern von DEFSEC ist eine Koordinations- und Informationsaustauschstelle, die neue Interessenten informiert, die verschiedenen Informationsangebote koordiniert, Ausbildungsdokumentationen erstellt und Training anbietet. Koordination und Dokumentation sind dabei der springende Punkt. Das Internet ist schon durch seine immense Grösse und durch zum Teil noch etwas antiquierte

Zugriffsmöglichkeiten für Neuanfänger relativ schwierig zu durchschauen, das Auffinden einer bestimmten Information kann manchmal der Suche nach der sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen gleichen. Im Gegensatz zur gut organisierten Welt von Post und Telefon bestehen im Internet praktisch keine Adress- und nur wenige Ressourcenverzeichnisse. Dank den bereits bestehenden Publikationen "DEFSEC-Handbook" und der "DEFSEC-List" und im Aufbau begriffenen strukturierten Zugängen (siehe die Zugriffsadressen auf Seite 73) hat der interessierte Forscher nun die Möglichkeit, nach bestimmten Kriterien sehr gezielt zu suchen, und im DEFSEC-eigenen Diskussionsforum mit Fachkollegen Neuigkeiten auszutauschen.

Die Koordinationsstelle wird von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Nato Integrated Data Service in Brüssel betrieben. Neben der Ausstattung der Stelle mit Eigenmitteln ist eine erste finanzielle Unterstützung durch das EMD in Aussicht gestellt worden, und auch einige Computerhersteller zeigen sich bereits an DEFSEC interessiert.

Für nächstes Jahr ist die Intensivierung dieser Informations- und Beratungstätigkeit vorgesehen, und die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse will mittelfristig als "Clearinghouse" für alle Arten von sicherheitspolitisch relevanter Information in elektronischer Form dienen. Neben einer Verbesserung des Zugriffssystems auf die verschiedenen Datenquellen wird ebenfalls die Veröffentlichung eines Konferenzkalenders, in Zusammenarbeit mit UNIDIR die Erstellung eines elektronischen Forschungsverzeichnisses sowie eine Plattform für Dienstleistungsaustausch im sicherheitspolitischen Bereich in Aussicht genommen.

DEFSEC ist eine offene Initiative, und die Beteiligung weiterer Institutionen ist ausdrücklich erwünscht. Mittelfristiges Ziel ist es, alle sicherheitspolitisch relevanten, öffentlich zugänglichen Daten – Berichte, Pressecommuniqués, Datenbanken – für die Forschung, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, die Medien und die interessierte Öffentlichkeit auf elektronischem Weg zugänglich zu machen. Auf diesem Weg sollte es auch möglich sein, den sicherheitspolitischen Diskurs weiteren Kreisen gegenüber zu öffnen.

Als erhoffte sicherheitspolitische Wirkung dieser internationalen Vernetzung von Institutionen und Fachleuten wird eine grössere Transparenz, eine intensivierete Kommunikation über alle Grenzen hinweg und damit letztlich ein Beitrag zugunsten der internationalen Stabilität und des Friedens angestrebt.

DEFSEC – das aktuelle Angebot

Das "Academic Defense and Security Network" besitzt zwei Zugangsstellen. Für Benutzer von Gopher lautet die Adresse

`gopher.nato.int`,

für das World Wide Web (wie zum Beispiel das populäre "Mosaic"-Programm)

`http://ezinfo.ethz.ch/ETH/D-REOK/fsk/fsk_homepage.html`.

Bereits können alle Uno-Resolutionen, Nato-Pressecommuniqués, wichtige Dokumente von KSZE und Europarat, die wichtigsten internationalen Verträge und Studien verschiedenster Forschungsinstitutionen abgerufen werden.

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse bietet auf dem World Wide Web ausserdem eine Liste der schweizerischen sicherheitspolitischen Forschungsprojekte, eine Chronologie der sicherheitspolitisch relevanten Ereignisse in der Schweiz sowie wichtige offizielle Dokumente zur Sicherheitspolitik an.

Weitere Informationen, wie die Bezugsquellen von "DEFSEC-List" und "DEFSEC-Handbook", sind bei der DEFSEC-Koordinationsstelle erhältlich:

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
DEFSEC
c/o Thomas Köppel
ETH Zentrum SES
8092 Zürich

E-Mail: `postmaster@sipo.reok.ethz.ch`
Fax: +41 1 364 00 69

Kurzangaben über die Autoren

Thomas Köppel, lic. phil. I, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.

Dr. **Mauro Mantovani** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Oberassistent an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.

Prof. Dr. **Kurt R. Spillmann** ist Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.

Dr. **Günther Unser** ist akademischer Oberrat am Institut für politische Wissenschaft der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen.

Chronologie

Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik von Dezember 1993 bis November 1994

zusammengestellt von Christoph Breitenmoser unter Mithilfe von Martin Arnet

6. Dezember 1993

Die Schweiz verzichtet auf ein Verbot der *Kurdischen Arbeiterpartei (PKK)*. Der Bundesrat will aber mit "verschärften Massnahmen" (Einreisesperren, Beschlagnahmung von Propagandamaterial) gegen die PKK und die mit ihr liierten militanten Organisationen vorgehen.

8. Dezember

Im Abchasienkonflikt wird eine *Expertenkommission unter der Leitung des Genfer Staatsrechtprofessors Giorgio Malinverni* im Rahmen der Uno-Friedensverhandlungen ein neues Autonomiestatut für Abchasien erarbeiten, wie der Uno-Sonderbeauftragte Edouard Brunner bekanntgibt.

9. Dezember

Vertreter der Bezirksanwaltschaft Zürich fordern an einer Medienkonferenz, bei der sie Einzelheiten über den Schlag gegen einen libanesischen Drogenring bekanntgeben, den Einsatz der *Armee zur Bewachung der Delinquenten*.

12. Dezember

Auf Einladung des russischen Präsidenten Boris Jelzin verfolgt eine 16köpfige Delegation von *schweizerischen Wahlbeobachtern* den Verlauf der russischen Parlamentswahlen.

13. Dezember

Bundesrat Kaspar Villiger hält in Interviews der Forderung der Zürcher SVP nach Notrecht zur Bekämpfung der Drogenkriminalität, wobei nötigenfalls auch die *Armee zur Bewachung von Drogenhändlern* einzusetzen sei, entgegen, dass die Armee kein Instrument der Justiz und auch keine Bundes-Sicherheitspolizei sei.

15. Dezember

Nach siebenjährigen Verhandlungen kommt die Uruguay-Runde des *Gatt* in Genf zu einem Abschluss, der eine umfassende Liberalisierung des weltweiten Warenaustausches zwischen den 117 Signatarstaaten vorsieht.

15. Dezember

Das Eidgenössische Militärdepartement eröffnet das Vernehmlassungsverfahren zu einem total revidierten *Kriegsmaterialgesetz (KMG)*. Der Revisionsentwurf betrifft insbesondere die Bewilligungspflicht und die Bewilligungskriterien für die Ausfuhr von Kriegsmaterial.

16. Dezember

Wie eine EMD-interne Abklärung ergibt, hat der Unterstabschef Nachrichtendienst, Divisionär Peter Regli, beim *Uranfund in Kemptthal* (28. September 1993) "korrekt gehandelt". Es wird kein strafbares Handeln festgestellt.

21. Dezember

In seinem Rechenschaftsbericht hält der abtretende Bundesanwalt Willy Padrutt fest, dass in der *Bundesanwaltschaft* "Kehrtwendung und Neuorientierung vollzogen sind". Gleichzeitig warnt er vor "schleichendem Rechtsextremismus".

22. Dezember

Der Bundesrat wählt mit Amtsantritt am 1. April 1994 die Tessiner Staatsanwältin Carla del Ponte zur neuen Bundesanwältin. Sie wird nach der Reorganisation der *Bundesanwaltschaft* Chefin des geplanten Bundesamtes für innere Sicherheit werden.

22. Dezember

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zum Bundesgesetz über *Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht*. Damit soll eine effizientere Bekämpfung von Missbräuchen erreicht werden.

22. Dezember

Der Bund baut sein Engagement für *friedenserhaltende Aktionen* aus: 1994 sollen der Uno und der KSZE 23,7 Millionen Franken zur

Verfügung gestellt werden. Überdies ist ein Kontingent von 100 Wahlbeobachtern für Südafrika vorgesehen. Weiter wird die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien (Unomig) mit einem einmaligen Beitrag von 1 Million Franken unterstützt.

22. Dezember

Der Bundesrat schickt den Entwurf zum *Exportkontrollgesetz für Dual-use-Güter* in die Vernehmlassung, das Geschäfte mit ABC-Waffen und Raketen verbietet und die Ausfuhr jener Güter, die zivil wie auch militärisch genutzt werden könnten, einer einheitlichen Oberaufsicht unterstellt.

22. Dezember

Der Bundesrat beschliesst, einem Ersuchen der Nato um Gewährung von *Überflugrechten für Awacs-Flugzeuge*, die bei der Überwachung des Luftraumes von Bosnien-Herzegowina zum Einsatz gelangen, für sechs Monate befristet stattzugeben.

23. Dezember

Die Schweiz ratifiziert das *Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE*, das für zwischenstaatliche Streitigkeiten ein allgemeines Vergleichsverfahren vorsieht, dem sich keine Vertragspartei entziehen kann. Daneben ist ein freiwilliges Schiedsverfahren vorgesehen. Genf wird Sitz des Vergleichs- und Schiedsgerichtshofes.

7. Januar 1994

Der angebliche Einsatz von *PC 7-Flugzeugen* durch die mexikanische Armee gegen die aufständischen Chiapas-Indios im Süden Mexikos veranlasst die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW), ein sofortiges Exportverbot dieser Flugzeuge zu fordern. Das EMD verweist auf die Revision des Kriegsmaterialgesetzes.

7. Januar

Eine Arbeitsgruppe der beiden Aussenpolitischen Kommissionen der Eidgenössischen Räte skizziert ihre Vorstellungen, wie das Parlament besser in die *Aussenpolitik* einbezogen werden kann. Die bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union bilden eine

"erste Bewährungsprobe bezüglich Konsultationen mit dem Bundesrat".

11. Januar

Das *Referendum gegen das Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen* (Blauhelme) ist mit 89'609 gültigen Unterschriften zustande gekommen.

12. Januar

Der Bundesrat verabschiedet eine Vorlage zur Schaffung einer *Zentralstelle zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens* und eröffnet gleichzeitig das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf eines Gesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei.

12. Januar

Der Bundesrat beschliesst, *zusätzliche Wirtschaftsmassnahmen gegen Libyen* in Kraft zu setzen. Die Massnahmen entsprechen der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Verordnung über die Verstärkung der Sanktionen gegen Libyen.

14. Januar

Die "Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik" stellt ihr aus eigener Initiative verfasstes Diskussionspapier *"Sicherheitspolitik und Armee nach 1995"* vor. Darin plädiert die Arbeitsgruppe für eine Konzentration der Armee auf ihre "ureigenen Aufgaben" (Schutz vor äusserer Gewalt und Einsatz von Gegengewalt) und fordert eine (Teil)-Professionalisierung.

15. Januar

Wie das Eidgenössische Finanzdepartement mitteilt, wurden an der Schweizer Grenze 1993 im Vergleich zum Vorjahr 55 Prozent mehr Asylbewerber und Arbeitsuchende bei der *illegalen Einreise* aufgegriffen. Gesamthaft wurden 6'124 Personen angehalten.

15. Januar

Künftig soll mehr als ein Mitglied aus demselben Kanton in die Landesregierung gewählt werden können. Der Bundesrat schickt im Auftrag der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates

einen entsprechenden Vorschlag zur Aufhebung der *Kantonsklausel* in die Vernehmlassung.

16. Januar

Am Treffen zwischen US-Präsident Bill Clinton und dem syrischen Staatschef Hafez al-Assad in Genf leisten Teile des Bereitschaftsregimentes Inf Rgt 31, das Flughafen-Bataillon 1 sowie verschiedene Detachements von Spezialisten (Festungswachtkorps, Luftraumüberwachung etc.) *Aktivdienst*. Gesamthaft sind 800 Armeeangehörige aufgeboten.

21. Januar

Die Schweizer Demokraten und die Lega dei Ticinesi reichen mit 106'879 Unterschriften ihre Initiative "*EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!*" ein. Sie setzen einen Gegenpol zu der Anfang September 1993 eingereichten Volksinitiative "für unsere Zukunft im Herzen Europas".

26. Januar

Die Zahl der verurteilten *Dienstverweigerer* in der Schweiz nimmt laufend ab: 1993 waren es noch 409 gegenüber 788 im Rekordjahr 1984. 268 Dienstpflichtige machten ethische Gründe geltend.

2. Februar

Die Verantwortung für die Koordination der *bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU)* wird Staatssekretär Jakob Kellenberger, Chef der Politischen Direktion im Departement für auswärtige Angelegenheiten, übertragen. Der Bundesrat ernennt ihn zum Koordinator im Nebenamt.

2. Februar

Der Bundesrat beschliesst, dass die Schweiz die Resolution 827 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die Statuten des internationalen Ad-hoc-Tribunals für *Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien* "autonom anwendet".

3. Februar

Die *Ausfuhr von Schweizer Rüstungsmaterial* stabilisierte sich: 1993 erreichte der Wert der exportierten Rüstungsgüter 260,2

Millionen Franken. Der Anteil an den Gesamtausfuhren betrug 0,28 Prozent.

4. Februar

Anlässlich des Treffens der für *Drogenfragen* zuständigen Minister von 25 europäischen Ländern (Pompidou-Gruppe) in Strassburg wird eine intensivere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Drogenhandels beschlossen.

10. Februar

Wie der Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, Urs Scheidegger, in der *Asylstatistik 1993* bekanntgibt, nahm die Zahl der Asylsuchenden gegenüber dem Vorjahr um 38 Prozent zu. Fast die Hälfte aller Asylsuchenden stammte aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die Anerkennungsquote stieg namentlich wegen des hohen Anteils von Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina von 4,5 auf 14,7 Prozent.

16. Februar

Im Fall der Ermordung des iranischen Oppositionellen *Kazem Rajavi* im waadtländischen Coppet vom 24. April 1990 gelangt die Schweiz an den "Conseil d'Etat", das höchste französische Verwaltungsgericht. Frankreich habe internationale Verpflichtungen verletzt, indem es anfangs Jahr zwei höchstwahrscheinlich an der Tat beteiligte mutmassliche iranische Terroristen nicht auslieferte, sondern in den Iran abschob.

20. Februar

Die Schweizer Stimmberechtigten nehmen die *Alpeninitiative* an. Dem Volksbegehren, das innert zehn Jahren ein Verbot des alpenquerenden Gütertransitverkehrs auf der Strasse verlangt, wird mit 954'433 gegen 884'448 Stimmen (51,9 zu 48,1 Prozent) zugestimmt.

21. Februar

Acht Jahre nach Inkrafttreten der *Luftreinhalteverordnung* sind die darin verankerten Ziele nur teilweise erreicht. Handlungsbedarf besteht namentlich bei den Ozonvorläuferstoffen wie dem Stickoxid. Hier gelte es, "die aus gesundheitlicher und ökologischer Sicht besorgniserregende Luftbelastung abzubauen", fordert Bundesrätin

Ruth Dreifuss, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern.

25. Februar

Ein Initiativkomitee, dessen Urheber schwergewichtig aus dem Kanton Aargau stammen, lanciert eine eidgenössische Volksinitiative "*für eine Regelung der Zuwanderung*". Gefordert werden die Begrenzung des Ausländeranteils auf 18 Prozent, ein härteres Vorgehen bei Straffälligkeit und eine Unterbindung finanzieller Anreize für Asylbewerber.

28. Februar

Die Studie "*Öffnung oder Isolation der Schweiz: Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*" der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich kommt zum Schluss, dass eine Mehrheit des Schweizervolkes (82 Prozent) an der Neutralität festhalten will. Ein Nato-Beitritt wäre heute ohne Chancen: Nur 18 Prozent würden dazu ihre Zustimmung erteilen. 37 Prozent der Befragten stehen für einen "verhaltenspragmatischen Öffnungskurs" ein, im Gegensatz zu 39 Prozent "Autonomisten", die am aussenpolitischen Status quo festhalten möchten.

8. März

Die Debatten im National- und im Ständerat über den *aussenpolitischen Bericht* des Bundesrates ergeben keine Klärung in der Frage eines Beitritts zur Europäischen Union (EU) als strategisches Ziel der schweizerischen Aussenpolitik.

8. März

Beim Bahnhof Zürich Affoltern entgleisen und explodieren fünf *SBB-Zisternenwagen* eines Benzinzuges infolge Materialschadens.

10. März

Nach dem Ständerat verabschiedet auch die grosse Kammer die für die *Armee reform* notwendigen Gesetzesgrundlagen. Somit kann das Reformprojekt "Armee 95" auf den 1. 1. 1995 realisiert werden.

11. März

Der Bund will auf Wunsch der Kantone die Bemühungen zur *grenzüberschreitenden Zusammenarbeit* verstärken und die Stände bei der Aussenpolitik vermehrt miteinbeziehen. Die Verwirklichung von "Mini-EWR" sei jedoch ausgeschlossen, erläutert Aussenminister Flavio Cotti.

14. März

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft und den Entwurf zu einem "*Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit*". Darin wird die Tätigkeit der Politischen Polizei geregelt.

16. März

Die Eidgenössischen Räte verabschieden die neuen *Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht*, die in den Bereichen Vorbereitungshaft, Ausschaffungshaft, Rayonverbot und Durchsuchungsrecht Verschärfungen bringen.

18. März

Die neu geschaffene *Konferenz der Kantonsregierungen (KDK)* tagt erstmals in Bern. Namentlich die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik steht im Zentrum des Informationsaustausches.

20. März

Zwölf *Wahlbeobachter* sind im Rahmen der Beobachtermission der Vereinten Nationen zur Überwachung der Präsidentschafts-, Parlaments- und Gemeinderatswahlen in El Salvador (Onusal) im Einsatz.

22. März

Die Vereinigten Staaten von Amerika fordern die Schweiz auf, sich an der Nato-Initiative "*Partnerschaft für den Frieden*" zu beteiligen, wie Bundesrat Flavio Cotti nach einem Treffen mit dem US-Aussenminister Warren Christopher in Washington mitteilt.

23. März

Auf Ersuchen des Uno-Generalsekretärs beschliesst der Bundesrat, *Brigadier Peter Arbenz als Generalinspektor* der Uno-Blauhelm-

truppen in Ex-Jugoslawien (Unprofor) zur Verfügung zu stellen. Die Mission beginnt anfangs April 1994 und ist zunächst auf sechs Monate beschränkt.

24. März

Laut der Studie "Sophia" des Lausanner Marktforschungsinstituts M.I.S. und der Westschweizer Mediengruppe Edipresse wünscht die grosse Mehrheit der *"schweizerischen Meinungsführer"* den Beitritt zu den Vereinten Nationen (84 Prozent) respektive zur Europäischen Union (77 Prozent). Allerdings glaubt nur knapp die Hälfte der Befragten, dass das Volk ihrer angestrebten Öffnung in absehbarer Zeit folgen wird.

25. März

Unter dem Patronat von Bundesrat Arnold Koller einigen sich Vertreter der Kantone Bern und Jura auf ein "freundeidgenössisches Vorgehen" zur Lösung der *Juraproblematik*. Eine paritätisch zusammengesetzte "Assemblée interjurassienne" soll zum permanenten Forum des Dialogs zwischen dem Kanton Jura und den südjurassischen Bezirken des Kantons Bern werden.

27. März

Auf Einladung des Vorsitzenden des ukrainischen Parlamentes verfolgt eine Delegation von 13 *schweizerischen Wahlbeobachtern* im Rahmen einer KSZE-Mission den Verlauf der dortigen Parlamentswahlen.

1. April

Die Überwachungsstelle für die Ausfuhr von Waffen und Hochtechnologie in die ehemaligen Länder des Ostblocks (Cocom) wird unter dem Arbeitstitel *"Neues Forum"* weiterbestehen. Die Waffenexportkontrolle bleibt das vorrangige Ziel der Organisation, bei der auch die Schweiz volles Mitglied ist.

2. April

Das Bundesamt für Polizeiwesen gelangt in einer Studie zum Schluss, dass in der Schweiz *Kriegsverbrecher aus Ex-Jugoslawien* strafrechtlich verfolgt werden können.

4. April

Unter der Vermittlung des *Uno-Sonderbeauftragten Edouard Brunner*, Schweizer Botschafter in Paris, unterschreiben die Konfliktparteien Georgien und Abchasien in Moskau ein Friedensabkommen.

14. April

Im Rahmen weltweiter Ermittlungen gegen Angehörige der kolumbianischen Drogenmafia werden bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich rund 150 Millionen Dollar beschlagnahmt. Es handelt sich um die bisher grösste bekanntgewordene *Geldwäschereiaffäre* in der Schweiz.

15. April

In Marrakesch wird die Uruguay-Runde des *Gatt* anlässlich einer Ministerkonferenz abgeschlossen. Gemäss Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz ist das Abkommen "für die Schweiz als eine Aussenhandelsnation par excellence von grösster Bedeutung".

20. April

Der Bundesrat beantragt dem Parlament den Erlass von Vollzugsbestimmungen zur Durchsetzung des *Chemiewaffenübereinkommens*. Es ist das erste umfassende und verifizierbare Abrüstungsabkommen, das eine ganze Kategorie von Massenvernichtungswaffen verbietet.

21. April

Der Bundesrat unterbreitet den Eidgenössischen Räten einen Rahmenkredit von 3,9 Milliarden Franken für die Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 1995-1998. Die Botschaft basiert auf dem gleichentags veröffentlichten *Bericht über die Nord-Süd-Beziehungen*, einem Leitbild, das die wichtigsten Probleme der Entwicklungspolitik in der Gegenwart und Zukunft aufführt.

22. April

Das *Schweizerische Katastrophenhilfekorps (SKH)* führt unter dem Namen "Duezero" im Raum Grenchen/Wangen an der Aare erstmals eine grossangelegte, fünftägige Einsatzübung durch.

26. April

Die dreitägige Konferenz *"Institutes and the Security Dialogue"*, die von EMD und EDA gemeinsam organisiert wird, setzt sich zum Ziel, die praktische Zusammenarbeit zwischen sicherheitspolitischen Forschungsinstituten und Stiftungen in Europa und Nordamerika zu fördern. Dazu treffen sich 200 Wissenschaftler aus rund 30 KSZE-Ländern in Zürich.

26. April

100 *Wahlbeobachter* überwachen im Rahmen der United Nations Observer Mission in South Africa (Unomsa) die ersten allgemeinen Wahlen in Südafrika. Die Schweiz stellt das grösste Kontingent aller beteiligten Nationen.

27. April

Ein aus den Vorstehern von EDA, EJPD und EMD bestehender *Sicherheitsausschuss des Bundesrates* soll künftig Fragen der inneren und äusseren Sicherheit vorberaten. Unterstützt wird der neue Ausschuss von einer *interdepartementalen Lenkungsgruppe*, die strategische Führungsinformationen bereitstellt. Beide Gremien werden vorerst für eine Probezeit von fünf Jahren geschaffen.

27. April

Der Bundesrat lehnt die Initiative "für eine Jugend ohne Drogen" als "zu restriktiv" ab und stellt den Beitritt zu einem Uno-Abkommen zurück, das die Bestrafung des Konsums fordert. Diesen *"drogenpolitischen Mittelweg"* will er Mitte 1995 in Form eines Verfassungsartikels zur Diskussion stellen.

7. Mai

An ihrer Frühjahrstagung in Zürich beschäftigt sich der Schweizerische Arbeitskreis Militär und Sicherheitspolitik (Sams) mit dem Thema *"Wieviel darf unsere Armee kosten?"*.

9. Mai

Die neutralen Staaten Finnland und Schweden unterzeichnen in Brüssel mit der Nordatlantischen Allianz (Nato) ein Rahmenabkommen über die Teilnahme am Programm *"Partnerschaft für den Frieden"*.

17. Mai

Gemäss Beschluss der EU-Aussenminister sollen *bilaterale Verhandlungen* mit der Schweiz in den Bereichen Personenverkehr, Forschung, landwirtschaftliche Erzeugnisse, technische Handelshemmnisse und öffentliche Aufträge "so bald als möglich" aufgenommen werden. Die Verkehrsverhandlungen werden jedoch zurückgestellt, bis die noch bestehenden Unklarheiten über die konkrete Umsetzung der Alpeninitiative ausgeräumt sind.

17. Mai

Laut dem Jahresbericht der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) wandte die Schweiz im vergangenen Jahr 1,22 Milliarden Franken (0,34 Prozent des BSP) für die *Entwicklungshilfe* auf.

19. Mai

Gemäss dem vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) vorgestellten Bericht "*Zur Lage der Umwelt in der Schweiz*" hat die Schweiz ihre "Pionierrolle im Umweltschutz" verloren. Neue Anstrengungen seien vor allem bei Lenkungsabgaben und der internationalen Zusammenarbeit nötig.

24. Mai

Die Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte fordert gesetzliche Grundlagen für die *Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei und militärischen Nachrichten- und Sicherheitsdiensten*. Gemeinsame Aktionen dieser beiden Dienste seien nicht zulässig.

25. Mai

Der polnische Präsident Lech Walesa weilt zu einem Staatsbesuch in der Schweiz. Im Zentrum der Gespräche stehen wirtschaftliche Fragen. Polen ist mit 311 Millionen Franken grösster Empfänger von *schweizerischer Osthilfe*.

26. Mai

Bundesrat Flavio Cotti kritisiert in Paris anlässlich der Eröffnung der *Konferenz zum Stabilitätspakt für Europa* (Balladur-Initiative), dass der Minderheitenschutz nicht mehr als das wichtigste Ziel des Paktes erscheine.

30. Mai

Der Nationalrat genehmigt als Zweitrat die Totalrevision des *Zivilschutzgesetzes* und die Teilrevision des *Schutzbautengesetzes*. Wichtigste Neuerungen sind die Gleichstellung der Katastrophen- und Nothilfe mit dem Schutz bei bewaffneten Konflikten, die Reduktion der Zahl der Dienstpflichtigen um 140'000 auf 380'000 und die Herabsetzung der oberen Altersgrenze der Dienstpflicht vom 60. auf das 52. Jahr.

31. Mai

Bundesrat Kaspar Villiger antwortet auf eine Interpellation von Ständerat Rolf Büttiker (FDP), dass die *Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV)* durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe von EMD und Bundeskanzlei "bezüglich Straffung und Schwergewichtsbildung" untersucht werde.

6. Juni

Der Bundesrat leitet das Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des *Asylgesetzes* ein. Dabei sollen Asylbewerber aus Kriegsgebieten künftig den Sonderstatus "Schutzsuchender" erhalten, um schneller und unbürokratischer Zuflucht zu finden.

9. Juni

Die Volksinitiative "*EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk!*" der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi ist mit 101'335 gültigen Unterschriften zustande gekommen.

12. Juni

Das Schweizer Stimmvolk lehnt das *Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen* (Blauhelme) mit 1'203'870 (57,2 Prozent) Nein-Stimmen zu 898'925 (42,8 Prozent) Ja-Stimmen ab.

15. Juni

Aussenminister Flavio Cotti weilt zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch bei seinem russischen Amtskollegen Andrei Kozyrew in Moskau. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Aspekte der *Sicherheit in Europa*, namentlich die Rolle der KSZE, die Partnerschaft für den Frieden und die Beurteilung des Stabilitätspaktes.

15. Juni

Der Bundesrat beurteilt die Politik der Schweiz gegenüber *Juden im Zweiten Weltkrieg* als "unhaltbare rassistische Diskriminierung" und spricht sein "tiefes Bedauern" aus, dass als Folge daraus Tausende von Flüchtlingen in Nazi-Vernichtungslagern ermordet wurden.

16. Juni

In Bern findet eine vom Genfer "Programme for Strategic and International Security Studies" organisierte zweitägige internationale Expertenkonferenz zum Thema "*Facing the 21st Century: An Agenda for Action*" statt. Die Position der Schweiz in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld wird dabei aus unterschiedlicher Sicht beleuchtet und diskutiert.

16. Juni

Der Ständerat heisst das *Bundesgesetz über kriminalpolizeiliche Zentralstellen* gut. Damit werden die Rechtsgrundlagen für die Zentralstelle zur Bekämpfung der Drogenkriminalität und die Zentralstelle gegen das organisierte Verbrechen im Bundesamt für Polizeiwesen geschaffen.

20. Juni

Der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte Odilo Guntern warnt bei der Präsentation seines ersten Tätigkeitsberichtes "vor einer im Zeichen der Verbrechensbekämpfung riskierten Schwächung des *Datenschutzes*". Insbesondere kritisiert er die starke Beschneidung des Einsichtsrechts im neuen Bundesgesetz über die Zentralstellendienste im Bundesamt für Polizeiwesen.

22. Juni

Der Bundesrat leitet das *Bundesgesetz über den Zivildienst* an das Parlament weiter. Der zivile Ersatzdienst dauert 15 Monate. Er steht Dienstpflichtigen offen, die darlegen können, dass sie den Militärdienst mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können.

22. Juni

Von der verhängten Verschärfung der *Uno-Sanktionen gegenüber Haiti* (Resolution 917) nimmt der Bundesrat Kenntnis und beschliesst, diese autonom anzuwenden.

23. Juni

Der Bundesrat schlägt dem Parlament vor, die Asyl-Initiative der Schweizer Demokraten *"für eine vernünftige Asylpolitik"* für ungültig zu erklären, da sie im Widerspruch zu zwingendem Völkerrecht stehe und fundamentale Menschenrechte verletze.

Die Initiative *"gegen die illegale Einwanderung"* der SVP empfiehlt der Bundesrat zur Ablehnung.

Ebenfalls zur Ablehnung empfiehlt der Bundesrat die Initiative *"für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik"* von SP, Gewerkschaften und Friedensorganisationen.

27. Juni

Bundesrat Arnold Koller stellt an einer Medienkonferenz die Grundsätze und den Zeitplan für eine Totalrevision der *Bundesverfassung* vor. Den Vorentwurf einer nachgeführten und punktuell erneuerten Verfassung sowie eigentliche Reformvorschläge in den Bereichen "Volksrechte" und "Justizreform" will das EJPD 1995 präsentieren. Bei positiver Aufnahme wird die Botschaft 1996 dem Parlament zugeleitet.

27. Juni

Die im Rahmen der Uno-Friedensmission "Minurso" seit September 1991 in der Westsahara im Einsatz stehende Sanitätseinheit *Swiss Medical Unit* kehrt in die Schweiz zurück.

29. Juni

Die desolante Lage des Bundeshaushaltes und die damit verbundene Sorge um die Finanzierung notwendiger Vorhaben im sozialpolitischen Bereich betrachtet der Bundesrat als die Hauptursache einer Verunsicherung beim Stimmbürger und des *Vertrauensschwundes* in die politischen Institutionen. Zu dieser Schlussfolgerung gelangt er in seiner Lagebeurteilung nach dem dreifachen Nein vom 12. Juni.

29. Juni

Der Bundesrat bestätigt die Disponibilität der Schweiz, das Amt des Vorsitzenden der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* 1996 zu übernehmen. Die formelle Entscheidung wird im Dezember 1994 anlässlich des KSZE-Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Budapest getroffen.

29. Juni

Unmittelbar beim Bahnhof Lausanne entgleist ein *SBB-Güterzug mit hochgiftigen und explosiven Chemikalien*. Über 1'000 Personen müssen evakuiert werden.

4. Juli

Das Referendumskomitee gegen die neuen *Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht* reicht unter Führung der Asylkoordination Schweiz bei der Bundeskanzlei über 75'000 Unterschriften ein.

5. Juli

Die drei Bundesratsparteien FDP, CVP und SP stellen ein gemeinsames Konzept *"für eine kohärente Drogenpolitik"* vor. Sie fordern die ärztlich kontrollierte Drogenabgabe für Schwerabhängige.

7. Juli

Nach dreijähriger Untersuchungszeit erhebt die Zürcher Bezirksanwaltschaft in der grössten *Bestechungsaffäre* der Schweiz Anklage gegen den ehemaligen Leiter der Abteilung Wirtschaftswesen der kantonalen Finanzdirektion, Raphael Huber, und sieben weitere Beteiligte.

18. Juli

20 Angehörige des *Festungswachtkorps* werden für zehn Wochen zur Bewachung der diplomatischen Vertretung der Türkei in Bern eingesetzt. Dieser "subsidiäre Einsatz" der Festungswächter ist eine Entlastung für die mit dieser Aufgabe betraute Stadtpolizei Bern.

22. Juli

Der Vorbereitungsausschuss der künftigen *Welthandelsorganisation (WTO)* entscheidet sich für das Centre Rappard in Genf als

Sitz der Nachfolgeinstitutionen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt).

29. Juli

Die jüngsten aussenpolitischen Vorlagen wurden laut der Nationalfonds-Studie "*Europabilder und die Vision der Schweiz*" des Zürcher Institut cultur prospectiv abgelehnt, "weil sie die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigten". Gefordert sei eine grössere Gewichtung des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit in der Aussenpolitik.

1. August

Bei einem *Brandanschlag* wird das Gebäude der Baselbieter Fremdenpolizei in Liestal völlig zerstört und Aktenmaterial beschädigt.

10. August

Im Zusammenhang mit der *tödlichen Schiesserei bei der türkischen Botschaft* in Bern vom 25. Juni 1993 wird das Verfahren gegen die Botschaftsangehörigen von der Anklagekammer des Berner Obergerichts "aus prozessualen Gründen" eingestellt.

23. August

Koordinierte Repression gegen Dealer und Hilfsmassnahmen für Drogenabhängige soll die offene Drogenszene am Letten "ausdünnen". Auf dieses Ziel einigen sich die *Drogendelegationen des Bundesrates, des Zürcher Regierungsrates und des Zürcher Stadtrates* an ihrer ersten gemeinsamen Koordinationssitzung in Bern. Auch ein Assistenzdienst-Einsatz der Armee zur Entlastung der zivilen Behörden kommt zur Sprache.

26. August

Der Bundesrat heisst die Neustrukturierung des Militärdepartementes "*EMD 95*" gut. Die als "helvetisiertes Teilstreitkräfte-Modell" bezeichnete Lösung sieht eine Kompetenzenverteilung zwischen Generalstabschef, Chef Heer (ehemals Ausbildungschef), Chef Flieger- und Fliegerabwehrtruppen sowie Chef Support vor. Von der Zusammenfassung der militärischen Produktions- und Unterhaltsbetriebe erhofft man sich einen markanten Rationalisierungseffekt.

1. September

Die Berner Justizbehörden teilen mit, dass sie im Fall *Werner K. Rey* definitiv kein Auslieferungsgesuch an die Bahamas stellen werden. Das Prozedere sei zu teuer und habe wenig Erfolgchancen.

3. September

Die jurassischen Autonomisten des *Mouvement Autonomiste Jurassien* beschliessen an ihrer Delegiertenversammlung in Moutier, das Ziel der Wiedervereinigung des *Juras* fallenzulassen. Die probernische *Force Démocratique* zeigt sich gleichentags an ihrer Versammlung in Tavannes zu einem Friedensschluss bereit.

5. September

In Kairo findet die achttägige *Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung* (ICPD) der Vereinten Nationen statt. Die Schweizer Delegation wird von Bundesrätin Ruth Dreifuss angeführt. Dabei wird ein Aktionsplan verabschiedet, der eine Stabilisierung der Weltbevölkerung bis Mitte des kommenden Jahrhunderts ermöglichen soll.

5. September

Der *Rechtsextremist* Marcel Strebel, ehemaliger Führer der Patriotischen Front, wird in einer Schiesserei mit der Schwyzer Kantonspolizei bei Brunnen verletzt.

5. September

Die Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen vier Führungskräfte der Von Roll AG und den Direktor der Handelsfirma Uldry SA wegen *illegaler Waffenexporte* in den Irak mit Bauteilen für die sogenannte "Superkanone". Das Bundesgericht hat über einen Bundesstrafprozess zu entscheiden.

8. September

Bundesrat Arnold Koller ordnet eine Administrativuntersuchung an betreffend der "Pannen" im Fall des mutmasslichen ruandischen Kriegsverbrechers *Félicien Kabuga*, Hauptaktionär der für ihre Aufrufe zu Massakern bekannten Radiostation "Mille Collines". Dieser hielt sich trotz einer verwaltungsinternen Weisung, die ihn

zur "unerwünschten Person" erklärte, für einen Monat in der Schweiz auf.

12. September

Mit einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe, ergänzt durch eine Alpentransitabgabe und ein Programm zur Förderung des kombinierten Verkehrs, will der Bundesrat den *Alpenschutzartikel* der Bundesverfassung konkretisieren und damit gleichzeitig die bilateralen Verhandlungen mit der EU deblockieren.

13. September

Bundesrat Arnold Koller unterzeichnet in Moskau mit dem russischen Innenminister Jerin zwei Memoranda, welche die Bekämpfung des *organisierten Verbrechens* und der illegalen Abwanderung russischen Kapitals in die Schweiz erleichtern sollen.

18. September

Die Schweiz will die Zusammenarbeit mit *Südafrika* stark ausbauen. Bundesrat Flavio Cotti unterzeichnet in Kapstadt eine Absichtserklärung, die als Beitrag für das Entwicklungsprogramm in Südafrika in den Jahren 1995-1999 rund 80 Millionen Franken vorsieht.

18. September

Vier Personen werden in Genf und Locarno unter dem Vorwurf der Komplizenschaft mit dem in Frankreich inhaftierten *Terroristen "Carlos"* in Haft genommen. Insbesondere wird ihnen die Beteiligung an Morden und Mordversuchen zur Last gelegt.

19. September

Die Schweiz beteiligt sich an der Staatenkonferenz zum *Biologiewaffenübereinkommen* (BWC) in Genf. Beraten wird über eine Ergänzung des Übereinkommens aus dem Jahr 1972 mit einem neu zu schaffenden Verifikationssystem.

24. September

In Zürich findet das von staatspolitischen Organisationen getragene Kolloquium *"Sicherheitspolitik der Schweiz: nationale und*

europäische Perspektiven" statt. Im Mittelpunkt stehen die Themen Aussenpolitik, Armee und innere Sicherheit.

25. September

Mit 1'132'326 Ja-Stimmen (54,6 Prozent) zu 939'738 Nein-Stimmen (45,4 Prozent) sprechen sich die Schweizer Stimmberechtigten für das *Antirassismusgesetz* aus.

27. September

Die Grosse Kammer heisst als Zweitrat die Einrichtung einer *Zentralstelle gegen das organisierte Verbrechen* gut. Das Einsichtsrecht in die Datenbanken wird dabei eingeschränkt. Der Datenschutzbeauftragte hat sicherzustellen, dass die Rechte der Bürger gewahrt bleiben.

30. September

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten stellt der Administration der Europäischen Union für die Stadt Mostar (Bosnien-Herzegowina) einen *Rechtsberater* zur Verfügung.

3. Oktober

Im Rahmen der friedenserhaltenden Operation der Vereinten Nationen in Georgien (Unomig) kommen zusätzlich drei *Militärbeobachter* zum Einsatz. Gesamthaft sind nun fünf schweizerische Militärbeobachter dort stationiert.

3. Oktober

Auf Ersuchen der Drogendelegation Zürich stimmt der Bundesrat dem Einsatz von 25 Angehörigen des *Festungswachtkorps* zu, die von Anfang November 1994 bis Ende März 1995 die Aussenbewachung des Gefängnisprovisoriums Waid in Zürich sicherstellen werden.

3. Oktober

Der Bundesrat passt die *Sanktionen gegenüber Rest-Jugoslawien* den jüngsten Beschlüssen des Uno-Sicherheitsrates (Resolutionen 942 und 943) an.

4. Oktober

Im Rahmen des vom Uno-Hochkommissar für Menschenrechte aufgestellten "Aktionsplans für Ruanda" reisen zwei *Menschenrechtsbeobachter* nach Ruanda ab.

5. Oktober

Bei den Beratungen über das neue *Militärgesetz* spricht sich der Nationalrat für den Ordnungsdienst und den Assistenzdienst aus. Gestrichen wird die Ombudsstelle für die Armee. Abgelehnt wird weiter ein Antrag der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, den *Auftrag der Armee* "in Berücksichtigung des Nein zu den Blauhelmen" neu zu formulieren, indem unterschieden wird zwischen dem "klassischen Auftrag" (Kriegsverhinderung und Verteidigungsbereitschaft) und "zudem subsidiären Aufgaben" wie Hilfestellungen an zivile Behörden oder friedensfördernde Beiträge im internationalen Rahmen.

6. Oktober

In Bern wird der Verein "*Forum Ost-West*" (FOW) gegründet. Er dient der "Verselbständigung und dem Ausbau der im Rahmen des Schweizerischen Ost-Instituts (SOI) begonnenen Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa".

12. Oktober

Italien ratifiziert als zwölfter Mitgliedstaat der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) die Konvention von Stockholm (Abkommen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten). Damit kann der *Vergleichs- und Schiedsgerichtshof in Genf* ab Anfang Dezember seine Funktion aufnehmen. Der Genfer Gerichtshof ist die erste KSZE-Institution mit Sitz in der Schweiz.

14. Oktober

Sechs *Wahlbeobachter* reisen in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, um im Rahmen der Langzeitmission der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) den Verlauf der Parlamentswahlen vom 16. Oktober zu verfolgen.

14. Oktober

Brigadier Peter Arbenz, *Generalinspektor der United Nations Protection Force (Unprofor)*, berichtet in Bern zum Abschluss seines Jugoslawien-Mandats über seine Eindrücke und skizziert Vorschläge zu einem umfassenden Inspektionssystem.

17. Oktober

Die Schweiz stellt den Vereinten Nationen für ihre Mission in Moçambique (Unomoz) 16 *Wahlbeobachter* für die ersten allgemeinen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 27./28. Oktober 1994 zur Verfügung.

19. Oktober

In seinem ersten *Jahresbericht über die Zusammenarbeit mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten* zieht der Bundesrat eine positive Bilanz der bisherigen Hilfe. Sie wird als eine "Investition in die Schweizer Zukunft" bezeichnet.

25. Oktober

Dem Uno-Hochkommissar für Menschenrechte wird ein *Untersuchungsbeauftragter* für die Uno-Operation zum Schutz der Menschenrechte in Ruanda zur Verfügung gestellt.

25. Oktober

In Bern findet das Seminar "*Menschenrechte im Dienst von Sicherheit und Frieden*" der Zentralstelle für Gesamtverteidigung statt.

27. Oktober

In Olten wird ein Aktionskomitee mit dem Namen "*Gatt vors Volk!*" gegründet. Die Initianten wollen eine obligatorische Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Gatt/WTO erreichen.

28. Oktober

Sechs *Wahlbeobachter* reisen in die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ab, um den zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen vom 30. Oktober zu beobachten.

31. Oktober

Die Europäische Union (EU) ist bereit, mit der Schweiz Verhandlungen über *bilaterale Abkommen* in den Bereichen freier Personenverkehr, Forschungszusammenarbeit, Landwirtschaft, Anerkennung von Warentests und -kennzeichen sowie öffentliche Aufträge zu beginnen. Dies beschliessen die Aussenminister der zwölf EU-Staaten in Luxemburg.

1. November

Die *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* wählt zwei Schweizer Journalisten an die Spitze von *Langzeitmissionen*: Hanspeter Kleiner übernimmt für sechs Monate die Leitung der Mission in Sarajewo. Andreas Kohlschütter führt für vier Monate die KSZE-Mission in Kiew.

2. November

Bundesrat Flavio Cotti und der Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Mario Frick, unterzeichnen in Bern die Anpassungen und Gemeinsamen Erklärungen des *schweizerisch-liechtensteinischen Vertragsverhältnisses* im Hinblick auf die Teilnahme Liechtensteins am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

4. November

Der Schweizerische Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften (Sams) führt in Sigriswil seine zweitägige Herbsttagung zum Thema "*Die junge Generation und Sicherheitspolitik*" durch.

9. November

Die namentlich von Drogenfachleuten getragene Volksinitiative "*für eine vernünftige Drogenpolitik*" wird bei der Bundeskanzlei mit 107'000 Unterschriften eingereicht. Das Volksbegehren verlangt eine Legalisierung des Konsums und einen vom Staat kontrollierten Verkauf von Drogen.

9. November

Bei der Visumserteilung für den mutmasslichen ruandischen Kriegsverbrecher *Félicien Kabuga* sind "administrative Fehler, aber keine strafrechtlich relevanten Handlungen" begangen worden. Dies teilt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement

mit. Der verantwortliche Direktor des Bundesamtes für Ausländerfragen, Alexandre Hunziker, tritt aus gesundheitlichen Gründen auf Ende Jahr zurück.

11. November

Unter dem Vorsitz von alt Bundesrat René Felber tritt in Moutier die *Assemblée interjurassienne*, die aus je neun Vertretern des Kantons Jura und des Berner Juras besteht und eine Lösung des Jura-Problems anstreben soll, zur ersten Sitzung zusammen.

14. November

In einer grossangelegten einwöchigen *Armeestabsübung* mit Beteiligung des Armeestabes sowie der Stäbe der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, des Gebirgsarmeekorps 3, der Territorialdivision 9 und der Territorialbrigaden 10 und 12 werden die neuen Stabsstrukturen der Armee 95, das Armeeleitbild 95 und die Operative Führung 95 erstmals einem praktischen Testlauf unterzogen.

16. November

In Basel wird der *Rechtsextremist* Jürg Künzli, Gründer der Neonazi-Organisation "Volkssozialistische Partei", verhaftet. An seinem Wohnort wird umfangreiches nationalsozialistisches Propagandamaterial sichergestellt.

21. November

Bundesrat Arnold Koller nimmt in Neapel an der dreitägigen *Konferenz der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des internationalen Verbrechens* teil. Er ruft zu einem entschlossenen Kampf gegen die Korruption auf.

21. November

Die seit der Annahme der Alpeninitiative blockierten *Verkehrshandlungen zwischen der Schweiz und der EU* sollen ab Frühjahr 1995 wieder aufgenommen werden. Dies beschliessen die EU-Verkehrsminister in Brüssel.

Forschungsprojekte

Sicherheitspolitische Forschung 1994

Die folgende Liste von Forschungsprojekten umfasst Arbeiten zur Sicherheitspolitik, die an schweizerischen Institutionen laufen oder kürzlich abgeschlossenen wurden. Die Projekte sind nach den Namen der beteiligten Forscher alphabetisch geordnet. Die Liste beruht auf einer Umfrage, die die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich im Oktober 1994 durchführte. Die Umfrage wurde mit dem Schweizerischen Informations- und Daten-Archivdienst für die Sozialwissenschaften (Sidos), Neuchâtel, koordiniert. Die vorliegende Liste wurde Sidos zur Eingabe in den gesamtschweizerischen Datenbestand übergeben.

Eine Kopie dieser Erhebung in elektronischer Form ist auf dem *Internet* verfügbar. Die Adresse für jeden WWW-Reader (z.B. Mosaic) lautet:

http://ezinfo.ethz.ch/ETH/D-REOK/fsk/fsk_homepage.html

Autoren:	Allan, Pierre (Leitung); Kläy, Dieter; Stahel, Albert; Tjulin, Ivan
Titel:	Analyse du conflit afghan dans la perspective soviétique et du point de vue de ses diverses implications
Kurzbeschreibung:	Thèmes principaux: Conflit afghan 1979, guérilla, relations entre grande et petite puissance, modèle dynamique de simulation sur ordinateur, relations armée/parti communiste, politique militaire soviétique et russe, l'Afghanistan et l'Asie centrale, le conflit afghan à la fin de l'URSS et ses implications pour la Russie actuelle.
Zeitraum:	de mars 94 à décembre 96
Art des Projekts:	initiative personnelle
Stand:	en cours
Abschlussstermin:	décembre 1996

Kontaktadresse: Dieter Kläy
Militärische Führungsschule
Steinacherstrasse 101 b
8804 Au
Tel. 01 782 11 22
Fax 01 781 30 77

Publikation: livre de documents en préparation pour l'été 1995

Autor: Braun, Herbert und Spillmann, Kurt R. (Leitung);
Dufour, Michel; Peter, Thomas

Titel: Umfassende Risikoanalyse Schweiz

Kurzbeschreibung: *Der Auftrag:* Der Bundesrat wies im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz auf die Notwendigkeit einer laufenden Beurteilung der Chancen und Gefahren hin (S. 29) und stellte eine regelmässige Untersuchung dieser komplexen Abläufe und Wechselwirkungen in Aussicht (S. 58). Verschiedene parlamentarische Vorstösse nahmen diese Absichtserklärung auf und verlangten eine periodische Gesamtbeurteilung der sicherheitspolitisch relevanten Risiken. In diesem Zusammenhang nahm der Bundesrat im Frühling 1991 eine Kommissionsmotion mit folgendem Inhalt entgegen: „Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einmal je Legislatur einen Bericht vorzulegen, in dem er die Entwicklung der wichtigsten Gefahren beurteilt, welche die Sicherheitspolitik beeinflussen. Er berücksichtigt dabei sowohl die existentiellen als auch die machtpolitisch bedingten Gefahren und gibt an, welche Mittel er in den einzelnen Bereichen der Sicherheitspolitik einsetzen will.“

Die Zentralstelle für Gesamtverteidigung rief 1992 eine Arbeitsgruppe ins Leben, welche die methodischen Grundlagen für eine sicherheitspolitische Gesamtbeurteilung abklärte.

Mit der „Risikoanalyse“ soll ein Beitrag zur periodischen Berichterstattung über die sicherheitspolitische Lage der Schweiz geleistet werden. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit unter den zuständigen Fachstellen des Bundes verstärkt werden, um die knappen Mittel bedürfnisorientiert einzusetzen und alle Synergie-Möglichkeiten auszuschöpfen.

Ziele:

Im Rahmen des Projektes „Umfassende Risikoanalyse Schweiz“ sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Erstellen einer aufdatierten Übersicht über die wichtigsten Chancen und Gefahren, welche die kollektive Sicherheit der Schweiz, das heisst des Staates und der Gesellschaft, im europäischen Umfeld in den kommenden Jahren beeinflussen können, und Abschätzung der Entwicklungstendenzen;
- Erstellen einer Übersicht über Art und Ausmass der Verwundbarkeit und der Schwachstellen der schweizerischen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft;
- Konfrontation der Chancen und Gefahren samt ihren Wechselwirkungen mit dem „System Schweiz“ und daraus Ableitung des sicherheitspolitischen Handlungsbedarfs;
- Aufbau eines sicherheitspolitischen Kommunikationsnetzes in der Bundesverwaltung.

Zeitraum: 1992-96
Art des Projekts: Ressortforschung der öffentlichen Hand
Stand: laufend
Abschlussstermin: Dezember 1996
Kontaktadresse: Dr.sc.nat. Herbert Braun
Zentralstelle für Gesamtverteidigung
3003 Bern
Tel. 031 324 40 16

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH Zentrum
8092 Zürich
Tel. 01 632 40 25
Fax 01 363 91 96

Autoren: Bureau Kellerhals + Haefeli AG (Leitung); Centre interdépartemental d'Etude des Terrains Instables CETI
Titel: Réalisation d'une carte d'Aléas liés aux mouvements de terrain au 1/25'000 (Feuille No 1247 Adelboden)
Kurzbeschreibung: Une légende a été élaborée par le Service hydrologique et géologique national, dans le but d'encourager une harmonisation des levés de cartes de dangers en Suisse. Cette légende a été mise à l'épreuve dans dif-

férentes régions de Suisse.

But de la carte: permettre une planification à l'échelle régionale ou nationale. Établissement de deux cartes de base au 1/10'000 et carte synthétique des dangers naturels au 1/25'000.

Zeitraum: 1990-93

Art des Projekts: Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles

Stand: terminé

Abschlussstermin: décembre 1993

Kontaktadresse: Olivier Lateltin

Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles

c/o Service hydrologique et géologique national (OFEFP)

3003 Berne

tél. 031 324 77 63

fax 031 324 76 81

Publikationen: Bollinger, D.; Noverraz, F.; Tripet, J.P.: Die kartographische Darstellung der Bodenbewegungsgefahren als Planungsgrundlage: Ein Beitrag zur Vereinheitlichung der Gefahrenaufnahmen in der Schweiz. Interpraevent, Tagungspublikationen. Band 3, 1992. Seiten 191-200.

Bollinger, D.; Noverraz, F.; Bonnard, Ch.; Kellerhals, P.: Die Vereinheitlichte Darstellung von Bodenbewegungsgefahren. Journée internationale IDNDR de la prévention des catastrophes naturelles. Bern, 1993.

Autoren: Centre d'Études des Risques Géologiques (Leitung); Schweizerischer Erdbebendienst; Geologisches Institut der ETHZ; Centre de recherches scientifiques fondamentales et appliquée CRSFA

Titel: Macrozonage séismique en Suisse: application régionale dans le canton du Valais

Kurzbeschrieb: Grâce à l'utilisation d'un système d'information géographique, les principaux facteurs servant à la détermination du danger de tremblements de terre sont établis et représentés sous forme de plans multiples. L'influence de la nature du sous-sol sur l'amplification des séismes est analysée et une carte de macrozonage sismique d'une partie du canton du Valais est en voie d'élaboration

Zeitraum: 1994-96
Art des Projekts: Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles
Stand: en cours
Abschlussstermin: décembre 1996
Kontaktadresse: Olivier Lateltin
Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles
c/o Service hydrologique et géologique national (OFEFP)
3003 Berne
tél. 031 324 77 63
fax 031 324 76 81

Autoren: Coronas, Fernando; Gabriel, Jürg Martin (Betreuung)
Titel: Raymond Aron's Theory of International Relations
Kurzbeschreibung: Systematische Darstellung, Analyse und Kritik der Theorie der Internationalen Beziehungen von Raymond Aron, insbesondere im Vergleich mit den (hauptsächlich) amerikanischen Schulen der Realisten, Neorealisten und Strukturalisten; die Grundhypothese (Ausgangshypothese) lautet, dass Arons Theorie die Schwachpunkte der realistischen und strukturalistischen Ansätze aufzeigt und Wege zu ihrer Ergänzung weist.
Zeitraum: 1919-1989
Art des Projekts: Dissertation
Stand: laufend
Abschlussstermin: Dezember 1996 (geplant)
Kontaktadresse: Fernando Coronas
Hochschule St. Gallen
Bodanstr. 4
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 24 36
E-mail: fcoronas@sgcl1.unisg.ch

Autoren: Diethelm, Robert; Gabriel, Jürg Martin (Betreuung)
Titel: Die Haltung der Schweiz zu friedenserhaltenden Operationen
Kurzbeschreibung: Untersuchung der Entwicklungen im Instrumentarium der friedenserhaltenden Operationen interna-

tionaler Organisationen (Völkerbund, Uno, KSZE etc.). Darstellung der unterschiedlichen Haltungen der Schweiz und Analyse der Gründe für diese sich wandelnden Ansichten.

Zeitraum: 1920-1994
Art des Projekts: Dissertation
Stand: laufend
Abschlussstermin: Dezember 1996 (geplant)
Kontaktadresse: Robert Diethelm
Hochschule St. Gallen
Bodanstr. 4
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 24 37
E-mail: rdiethelm@sgcl1.unisg.ch

Autor: Dinkel, Fredy (Leitung); Höltschi, Urs
(Projektleitung); Pohl, Christian; Ros, Matjaz; Steiner, Kathy; Weber, Andrea
Titel: Ökologische Bewertung des Militärbetriebs in der Schweiz
Kurzbeschreibung: Als Grundlage für fundierte Diskussionen über die Umweltauswirkungen der militärischen Landesverteidigung in der Öffentlichkeit und zur gezielten Optimierung innerhalb der Armee wird eine ökologische Bewertung des Militärbetriebs in der Schweiz gemacht. Als Vergleichsgrösse dient die gesamte Schweiz. Aus dieser Bewertung wird der militärische Beitrag an die gesamten Umwelteinwirkungen, aufgeschlüsselt nach Umweltproblemen und -bereichen, ersichtlich.
Art des Projekts: private Initiative
Stand: laufend
Abschlussstermin: Mai 1996
Kontaktadresse: Kathy Steiner
amö - Arbeitsstelle Militarismus und Ökologie
Postfach 6386
8023 Zürich
Tel. 01 241 29 35
Fax 01 241 29 26

Autoren: FNP Sottostazione Sud delle Alpi (Leitung); Institut de botanique systématique-géobotanique de l'Université de Lausanne

Titel: Valutazione delle conseguenze degli incendi Boschivi in funzione della pianificazione antincendio

Kurzbeschreibung: Relevés phytosociologiques en tenant compte des sols, typologie forestière, géographie, régime des feux, statistiques

Zeitraum: 1994-96

Art des Projekts: Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles

Stand: en cours

Abschlussstermin: Dezember 1996

Kontaktadresse: Olivier Lateltin
Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles
c/o Service hydrologique et géologique national (OFEFP)
3003 Berne
tél. 031 324 77 63
fax 031 324 76 81

Autor: Friedli, Richard

Titel: Le Conflit du Rwanda

Kurzbeschreibung: Analyse plurifactorielle et approche systématique. Facteurs historiques, facteurs économiques, facteurs démographiques, facteurs religieux, facteurs géopolitiques, les médias, la psychologie de masse

Zeitraum: 1990-94

Art des Projekts:

Stand: en cours

Abschlussstermin: novembre 1995

Kontaktadresse: Prof. Dr. Richard Friedli
Université Portes de Fribourg
Science des Religions
Rte. d'Englisberg 9
1763 Granges-Paccot
Tel. 037 26 44 32

Autoren: Gasteyer, Curt; Orifici, Davide

Titel: La Diplomatie préventive dans la CSCE - reconnaissance et alerte des conflits, missions de longue durée

- Kurzbeschrieb:** Le projet cherchera dans une première phase, avant la présidence attendue de la Suisse à la CSCE, de trouver les paramètres et les critères de la diplomatie préventive comme elle a été exercée jusqu'à nos jours. Pendant la présidence suisse de la CSCE, le projet analysera les missions de longue durée et les actions de diplomatie préventive dans leur niveaux opérationnels, organisateurs et politico-structurels. Des tables rondes avec des experts et diplomates/politiciens directement impliqués dans ces domaines chercheront de combiner la recherche à la pratique avec un apprentissage mutuellement bénéfique. Dans la troisième phase, il s'agira d'évaluer la présidence suisse à la CSCE et les politiques que la Suisse pourra poursuivre à l'étranger au-delà de cette même présidence.
- Zeitraum:** 1992-aujourd'hui
- Art des Projekts:** initiative personnelle
- Stand:** en projet
- Abschlussstermin:** printemps 1997
- Kontaktadresse:** Davide Orifici
Programme d'études stratégiques et de sécurité internationale
Institut Universitaire de hautes études internationales
132, rue de Lausanne
C.P. 36
1211 Genève 21
tél. 022 731 17 30
fax 022 738 35 82
e-mail: orifici@barton.unige.ch
- Publikationen:** aucun, sauf une description plus détaillée du projet (disponible sur demande)
-

- Autoren:** Gasteyger, Curt; Orifici, Davide
- Titel:** Peace-keeping in the Former Soviet Union: a challenge for the international community
- Kurzbeschrieb:** Le projet a l'intention d'examiner les pratiques russes appelées „opération de maintien de la paix“ (OMP) que la Russie exerce dans „l'étranger proche“. Ces opérations sont différentes de celles conduites sous le drapeau des Nations Unies. La Russie ne joue pas seulement le rôle d'une partie tiers neutre mais aussi

celui de partie intéressée et influençant les événements. La recherche a comme but d'analyser ces opérations de maintien de la paix d'une façon comparative avec des visites sur le terrain et de suggérer de nouvelles stratégies et politiques tant pour la Russie que pour „l'Occident“ afin d'améliorer l'impact sur les pays objet des ces OMP.

Zeitraum: 1992-1997
 Art des Projekts: initiative personnelle
 Stand: en projet
 Abschlussstermin: printemps 1997
 Kontaktadresse: Davide Orifici
 Programme d'études stratégiques et de sécurité internationale
 Institut Universitaire de hautes études internationales
 132, rue de Lausanne
 C.P. 36
 1211 Genève 21
 tél. 022 731 17 30
 fax 022 738 35 82
 e-mail: orifici@barton.unige.ch
 Publikationen: aucun, sauf une description plus détaillée du projet (disponible sur demande)

Autoren: Geographisches Institut der Universität Bern (Leitung); Abteilung Hydrologie, Bern; Bundesamt für Wasserwirtschaft
 Titel: Abschätzung von Bemessungshochwassern in der Schweiz
 Kurzbeschreibung: Régionalisation des données ponctuelles de crues dans 88 bassins versants pour l'ensemble du territoire suisse par différentes méthodes: taxonomie régionale, études géostatistiques, fonctions de transfert.
 Zeitraum: 1991-93
 Art des Projekts: Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles
 Stand: terminé
 Abschlussstermin: décembre 1993
 Kontaktadresse: Olivier Lateltin
 Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles

- c/o Service hydrologique et géologique national
(OFEFP)
3003 Berne
tél. 031 324 77 63
fax 031 324 76 81
- Publikationen: Düster, H.; Weingartner, R.: Prozessorientierte Gewinnung von Gebietskenngrößen zur hydrologischen Charakterisierung von Einzugsgebieten. Deutsche Gewässerkundliche Mitteilungen, Heft 5/6, 1993. S. 122-127.
Düster, H.; Weingartner, R.: Eine GIS-orientierte Raumbewertung als Basis zur Hochwasserabschätzung. Journée internationale IDNDR de prévention des catastrophes naturelles. Bern, 1993.
-
- Autoren: Geologisches Institut ETH (Leitung); Schweizerischer Erdbebendienst; Centre d'Études des Risques Géologiques
- Titel: Integrierte Auswertung von seismischen und bodenspezifischen Parametern: Risikokarten im Kanton Obwalden
- Kurzbeschreibung: Grâce à l'utilisation d'un système d'information géographique, les principaux facteurs servant à la détermination du danger de tremblements de terre sont établis et représentés sous forme de plans multiples. L'influence de la nature du sous-sol sur l'amplification des séismes a pu ainsi être démontrée et une carte de macrozonage sismique du canton d'Obwald a été réalisée.
- Zeitraum: 1991-93
- Art des Projekts: Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles
- Stand: terminé
- Abschlussstermin: décembre 1993
- Kontaktadresse: Olivier Lateltin
Comité national suisse IDNDR de prévention des catastrophes naturelles
c/o Service hydrologique et géologique national (OFEFP)
3003 Berne
tél. 031 324 77 63
fax 031 324 76 81

Publikationen: Schindler, C.; Beer C.; Mayer-Rosa, D.; Rüttener, E.; Wagner, J.J.; Jacquet, J.M.; Frischknecht, C.: Earthquake hazard assessment in the canton Obwalden using a geographic information system. In: Journée internationale IDNDR de la prévention des catastrophes naturelles. Bern, 1993.

Autor: Hättenschwiler, Pius
 Titel: Forschungsprojekte zur Ernährungssicherung (Informatik-Modelle): Entscheidungsunterstützungssystem Rationenplanung (DSS-RAP); Informationssystem Lagebeurteilung der Nahrungsmittelverfügbarkeiten (IS-LAG); Ernährungssicherungsstrategie Angebotslenkung (ESSA)

Kurzbeschreibung: *Rechtliche Grundlage:* Um dem Auftrag nach Landesversorgungsgesetz (SR 531) vom 8.10.1982 gerecht zu werden, ist dem Entscheidungsträger (Bundesrat) in allfälligen Versorgungsengpässen im Bereich der Nahrungsmittel entsprechende Entscheidungsunterstützung zu bieten, um allfällig erforderliche Bewirtschaftungsmassnahmen in Kraft zu setzen.
Ziele und Strategie: Mit Hilfe von geeigneten Krisenmanagement-Tools sind die Verfügbarkeiten an Nahrungsmitteln (Ist-Zustand, Prognose), die Angebotslenkung (landw. Produktion, Importe usw.) und die Nachfragelenkung (Lebensmittelrationierung) innert nützlicher Frist zu dokumentieren und zu planen.
Forschungsobjekt: Entwicklung von Informatik-Modellen, die, abgestützt auf aktuellste Daten (Kulturflächen, Tierbestände, Vorräte, Bevölkerung usw.), dem Fachspezialisten in interaktiven Prozessen angebots- und nachfrageseitig zu den gesuchten Lenkungsmassnahmen verhelfen. Da es sich um Instrumente eines Krisenmanagements handelt, sind die Entscheidungsunterstützungen einerseits so rasch wie möglich zu bieten, andererseits sind für die Informatik-Systeme Rückfallstufen bezüglich Stromversorgung einzubauen.
Fragestellungen: Wie kann die Bevölkerung in einem allfälligen Nahrungsmittel-Versorgungsengpass kurz-, mittel- und langfristig ausreichend und gleichmässig mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen

ernährt werden?
Theoretischer Bezugsrahmen: Sektorstatistik, Sektorrechnung, sektorale Modelle, Systemoptimierung, Systemsimulation

Zeitraum: Gegenwart und nähere Zukunft (3-6 Jahre)

Art des Projekts: Ressortforschung der öffentlichen Hand

Stand: laufend

Abschlussstermin: Dezember 1996

Kontaktadresse: Dr. Pius Hättenschwiler
 Universität Freiburg
 Institut für Informatik
 Regina Mundi, Rue Faucigny 2
 CH - 1700 Fribourg

Publikationen: Hättenschwiler, Pius; Moresino, Marco: Ernährungssicherung neu orientiert. In: Schweiz. Landw. Forschung, Heft 1/2, 32. Jahrgang, 1993.
 Hättenschwiler, Pius: Ernährungssicherung in der Schweiz. In: Die Grüne, Schweizerische Landwirtschaftliche Zeitschrift, Nr. 49, 3.12.1993.

Autoren: Hostettler, Bruno (Leitung); Peter, Thomas; Bähler, Fritz; Kauffmann, Rémy

Titel: Handbuch zur Katastrophen- und Nothilfe des Zivilschutzes

Kurzbeschreibung: Im Zivilschutz-Leitbild des Bundesrates vom 26. Februar 1992 hat der Zivilschutz einen zusätzlichen Hauptauftrag erhalten: Er leistet in Zusammenarbeit mit den dafür vorgesehenen Einsatzdiensten Hilfe bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen sowie anderen Notlagen. Um die Aufgaben der Katastrophen- und Nothilfe zu konkretisieren, hat das Bundesamt für Zivilschutz die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen eingeleitet. Im Zentrum steht folgende Leitfrage: Bei welchen Ereignissen sollen die begrenzten Mittel des Zivilschutzes eingesetzt werden, um der Bevölkerung im Falle von Katastrophen und Notlagen möglichst effizienten Schutz und Hilfe zu bieten? Gesucht ist ein systematisches Gedankenmodell, das zur Optimierung der Einsatzplanung bei Katastrophen und Notlagen beitragen kann. Folgende Vorgehensschritte sind geplant;

- Erarbeitung einer gesamtschweizerischen Übersicht über Katastrophen und Notlagen in der

- Schweiz (Risikobereiche „Natur“, „Technik“ und „Gesellschaft“)
- Aufzeigen von Möglichkeiten und Massnahmen zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen
 - Gegenüberstellung von ermittelten Katastrophen und Notlagen auf der einen Seite und vorhandenen Mitteln und Massnahmen des Zivilschutzes auf der andern Seite
 - Beurteilung einzelner Massnahmen und Massnahmenkombinationen bezüglich Kostenwirksamkeit
 - Erarbeitung von Grundlagen für die Umsetzung des Gedankenmodells bis auf Stufe Einsatz- und Planungsunterlagen der Zivilschutzorganisationen
- Zeitraum: 1992-1996
- Art des Projekts: Eigenprojekt der Institution
- Stand: laufend
- Abschlussstermin: Dezember 1996
- Kontaktadresse: Dipl. Ing. Bruno Hostettler
Vizedirektor Bundesamt für Zivilschutz
Monbijoustrasse 91
3003 Bern
Tel 031 322 51 55
- Publikationen: Hostettler, Bruno; Peter, Thomas: Welche Naturrisiken bedrohen die Gemeinschaft? In: Informationshefte Raumplanung, 1/94, hrsg. vom Bundesamt für Raumplanung. Bern, 1994.

- Autoren: Huber, Ueli (Projektleitung); Brunner, Bernhard (Laborleitung)
- Titel: BC-Waffen, Einwirkung und Schutz (technische Bedrohungsanalyse)
- Kurzbeschreibung: Laufende Beurteilung wissenschaftlich-technischer Aspekte der Bedrohung durch aktuelle und potentielle chemische Kampfstoffe. Abschätzung der Bedeutung und Gefährdung durch BC-Waffen-Einsätze bei Proliferation, Sabotage, Terror und Erpressung. Erarbeitung von Grundlagen für Schutzmassnahmen, umfassend den Nachweis, den physikalischen und medikamentösen Schutz und die Entgiftung.
- Zeitraum: aktuell bis in die Anfänge der BC-Waffen zurückreichend

Art des Projekts: private Initiative; GRD, Stabsstelle Fachstellen und
Forschung
Stand: laufend
Abschlussstermin: langfristig
Kontaktadresse: Dr. Ueli Huber
Gruppe für Rüstungsdienste
AC-Laboratorium
3700 Spiez
Tel 033 55 25 97
Fax 033 55 25 91
Publikationen: Dokumentiert in den jährlichen Verzeichnissen der
GRD-Forschungsberichte

Autoren: Institut fédéral pour l'étude de la neige et des avalan-
ches (Leitung); Laboratoire de recherches hydrauliques, hydrologiques et glaciologiques VAW
Titel: Laborsimulation von Staublawinen unter realen
Geländeverhältnissen
Kurzbeschreibung: Grâce à l'utilisation d'un modèle de simulation des
avalanches de neige poudreuse, calibré sur des cas réels dans le terrain, une meilleure planification des
zones exposées à l'échelon d'une commune pourra être effectuée.
Zeitraum: 1994-96
Art des Projekts: Comité national suisse IDNDR de prévention des
catastrophes naturelles
Stand: en cours
Abschlussstermin: Décembre 1996
Kontaktadresse: Olivier Lateltin
Comité national suisse IDNDR de prévention des
catastrophes naturelles
c/o Service hydrologique et géologique national
(OFEFP)
3003 Berne
tél. 031 324 77 63
fax 031 324 76 81

Autor: Kälin, Walter (Leitung); Schläppi, Erika
Titel: Entwicklungspolitische Massnahmen zur internationalen Durchsetzung der Menschenrechte - völker-
rechtliche Aspekte
Kurzbeschreibung: 1. Darstellung der relevanten völkerrechtlichen

Grundlagen der Menschenrechte und der Entwicklungszusammenarbeit: Warum überhaupt entwicklungspolitische Massnahmen zugunsten der Menschenrechte?

2. Klärung des Verhältnisses zwischen internationalem Menschenrechtsschutz und Entwicklungszusammenarbeit:
 - Zielkonflikte und Gemeinsamkeiten
 - menschenrechtliche Relevanz entwicklungspolitischer Massnahmen
 - entwicklungspolitische Relevanz menschenrechtlicher Massnahmen
 - zum Begriff „Entwicklung“: wirtschaftliche und menschenrechtliche Aspekte
 - Ziele und Prioritäten der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit im Lichte menschenrechtlicher Anliegen
3. Darstellung entwicklungspolitischer Massnahmen zugunsten der Menschenrechte: heutige und mögliche künftige Ansätze
 - Förderung spezifischer Programme und Projekte z.B. „Institution building“: Förderung entsprechender staatlicher und privater Strukturen z.B. spezifische Ausbildung und Erziehung etc.
 - Auflagen und Konditionen
4. Rechtliche Kriterien für die Beurteilung solcher Massnahmen: Spezifische Beurteilungskriterien rund um die allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze der Nichteinmischung, der Verhältnismässigkeit (insbesondere Geeignetheit der Massnahme, Verhältnis von Ziel und Mittel) und (allenfalls) der Nichtdiskriminierung. Kriterien für die Lösung von möglichen Zielkonflikten in der Gestaltung der Entwicklungspolitik (z.B. zwischen Menschenrechtsanliegen und wirtschaftlicher Hilfe für die Deckung der Grundbedürfnisse, zwischen kurzfristigen und langfristigen Zielen).
5. Thesen/Schlussfolgerungen

Art des Projekts: Ressortforschung der öffentlichen Hand und persönliche Initiative
 Stand: laufend
 Abschlusstermin: November 1995

Kontaktadresse: Erika Schläppi
Seminar für öffentliches Recht
Universität Bern
Hochschulstrasse 4
3012 Bern
Tel. 031 631 38 19

Autoren: Keller, Max (Projektleitung); Brunner, Bernhard (Laborleitung)

Titel: A-Waffen, Einwirkung und Schutz (technische Bedrohungsanalyse)

Kurzbeschreibung: Bearbeitung wissenschaftlich-technischer Aspekte der nuklearen Bedrohung.
- Verfolgen der Entwicklung bei A-Abrüstung, A-Proliferationskontrolle und A-Verifikation.
- Abschätzung der Bedeutung und Gefährdung durch nukleare Proliferation, Sabotage, Terror und Erpressung.
Zur Hauptsache aber: Durchführung von Grundlagenarbeiten auf dem Gebiet der bei A-Explosionen/zivilen A-Katastrophen auftretenden Effekte und des Schutzes vor deren Auswirkungen.

Zeitraum: aktuell, bis in die Anfänge der A-Waffen zurückreichend

Art des Projekts: private Initiative; Kommission für AC-Schutz (Komac)

Stand: laufend

Abschlussstermin: langfristig

Kontaktadresse: Dr. Max Keller
Gruppe für Rüstungsdienste
AC-Laboratorium
3700 Spiez
Tel 033 55 26 41
Fax 033 55 25 91

Publikationen: Berichte des AC-Laboratoriums Spiez, z.B. ACLS 9315, B. Anet "Die nukleare Bedrohung im Wandel". Beiträge in Berichten der federführenden Institution z.B. ZGV

Autor: Köppel, Thomas; Spillmann, Kurt R. (Betreuung)
Titel: Auf dem Weg zur Doppelstrategie: Geschichte der schweizerischen Sicherheitspolitik 1945-1990
Kurzbeschreibung: Aufbauend auf einer Lizentiatsarbeit, soll die Geschichte der schweizerischen Sicherheitspolitik vom Ende des 2. Weltkrieges bis zum Bericht 1990 aufgearbeitet werden. Neben einer Auswertung der verschiedenen Konzeptionen und Diskussionen in wissenschaftlicher Literatur, Parlament und Medien wird auch 'Oral History' eingesetzt. Bei der Arbeit interessieren nicht nur die entstandenen Konzeptionen, sondern vor allem auch ihre Umsetzung.
Zeitraum: 1945-1990
Art des Projekts: Dissertation
Stand: laufend
Abschlussstermin: 1996
Kontaktadresse: Thomas Köppel
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH Zentrum SES
8092 Zürich
Tel. 01 632 59 11
Fax 01 364 00 69
E-mail: koeppel@sipo.reok.ethz.ch
Publikationen: Auf dem Weg zur Doppelstrategie (Lizentiatsarbeit, mimeo)

Autor: Köppel, Thomas; Scheurweghs, Chris
Titel: Academic Defense and Security Network
Kurzbeschreibung: Mit Hilfe des Internets sollen sicherheitspolitische Forschungsinstitutionen in Ost und West miteinander verbunden und der Zugriff zu sicherheitspolitisch relevanten Daten vereinfacht werden.
Art des Projekts: Eigenprojekt, Auftragsforschung
Stand: laufend
Kontaktadresse: DEFSEC-Net
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH Zentrum SES
8092 Zürich
Tel. 01 632 59 11
Fax 01 364 00 69
E-mail: postmaster@sipo.reok.ethz.ch

Publikationen: DEFSEC-Handbook (Handbuch über elektronische Informationsbeschaffung), DEFSEC-List (Liste von sicherheitspolitisch relevanten Daten auf dem Internet). Beide sind auf dem DEFSEC-WWW greifbar (Adresse: http://ezinfo.ethz.ch/ETH/D-REOK/fsk/fsk_homepage.html). Eine Sammlung von DEFSEC-Quellen und angeschlossenen Forschungsinstitutionen ist auch via gopher greifbar (Adresse: <gopher://gopher.nato.int>)

Autor: Mantovani, Mauro
Titel: Nato-Mitglied Schweiz? Implikationen einer sicherheitspolitischen Integration der Schweiz
Kurzbeschreibung: Die Studie versucht, im Sinne der Auslotung einer der bundesrätlichen Optionen, erste Antworten auf die Fragen zu geben, welche mit einem hypothetischen Beitritt der Schweiz zur Nato verbunden wären: Welche Voraussetzungen muss ein Kandidat gemäss Nato-Vertrag erfüllen, welche Erwartungen bestehen in politischer und militärischer Hinsicht von seiten der Bündnispartner, welches wären die Rückwirkungen auf die schweizerische Sicherheitspolitik und Armee, und worin könnten spezifisch schweizerische Beiträge bestehen?
Art des Projekts: Grundlagenforschung
Stand: abgeschlossen
Kontaktadresse: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH Zentrum SEU
8092 Zürich
Tel. 01 632 40 27
Fax 01 363 91 96
Publikation: Heft 33 der "Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung", 1994

Autoren: Marfurt Gerber, Edith; von Cranach, Mario (Betreuer)
Titel: Die Wirksamkeit von Bewältigungsstrategien für ethno-nationalistische Konflikte und ihre Bedeutung für die Schweiz
Kurzbeschreibung: Der konventionelle Krieg hat - auch in Europa - eine Renaissance erfahren. Mit den traditionellen Formen

der internationalen Konfliktbewältigung, welche auf Konflikte *zwischen* und *nicht innerhalb* von Staaten zugeschnitten sind, können ethno-nationalistische Konflikte gegebenenfalls eingedämmt, kaum aber gelöst werden. Die internationale Sicherheits- und Friedenspolitik ist deshalb darauf angewiesen, nebst der Überprüfung der Wirksamkeit der klassischen Verfahren - wozu die Studie einen Beitrag leisten soll - auch neue Instrumentarien und Institutionen zur friedlichen Streitbeilegung zu entwickeln.

Ein Kleinstaat wie die Schweiz ist von der Auflösung der klassischen Trennung von Innen- und Aussenpolitik besonders betroffen. Für die schweizerische Bevölkerung stellt der Nationalstaat nicht nur eine zweckrationale Grösse dar, sondern auch ein Symbol kultureller und psychologischer Verbundenheit. Für die Schweiz mit ihrer traditionsreichen Praxis der guten Dienste ist es wichtig, sich mit neuen Formen der internationalen Vermittlung, wie sie besonders in den USA und in Österreich entwickelt werden, auseinanderzusetzen. Die Studie soll deshalb auch einen Beitrag zur Frage leisten, wie die Schweiz ihren Beitrag zur internationalen Friedensförderung verstärken könnte.

Zeitraum: August 1995 bis Dezember 1996
Art des Projekts: Dissertation
Stand: geplant
Abschlussstermin: September 1997
Kontaktadresse: Edith Marfurt Gerber
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH Zentrum SEU
8092 Zürich
Tel. 01 632 72 78, 01 422 14 74
Fax 01 363 91 96

Autor: Nett, Jachen C.
Titel: Organisierte Kriminalität, Korruption und klandestine Netzwerke in norm- und organisationstheoretischer Perspektive
Kurzbeschreibung: Auf der theoretischen Grundlage der demnächst in die Abschlussphase eintretenden Dissertation über „Formalität und Informalität als Prinzipien normati-

ver Ordnung“ sollen die Bedingungen, Mechanismen und Besonderheiten illegaler und insbesondere krimineller Gruppenaktivitäten unter dem Aspekt ihrer Einbettung in unterschiedliche sozio-kulturelle Milieus analysiert werden. Der theoretische Bezugsrahmen verbindet rechtssoziologische und sozialanthropologische Ansätze mit den aus der ökonomischen Theorie der Politik stammenden Theorien über Normentstehung und kollektives Handeln. Ziel des Projekts ist die Schaffung eines analytischen Instrumentariums und die Erarbeitung von Bewertungskriterien zur Einschätzung des „kriminellen Potentials“ konkreter in der Illegalität operierender Gruppierungen. Das „kriminelle Potential“ ist nicht nur abhängig von den Verfügungschancen über bestimmte Ressourcen technologischer oder materieller Art, sondern auch von den Verfügungschancen über „soziales Kapital“ (Bourdieu, Coleman, Flap u.a.). Eine der Grundfragestellungen befasst sich folglich mit dem Stellenwert und der Bedeutung der letztgenannten Verfügungschancen für die Fähigkeit zu organisiertem Handeln in der illegalen Sphäre.

Zeitraum: unbestimmt
 Art des Projekts: persönliche Initiative
 Stand: laufend
 Abschlusstermin: noch offen
 Kontaktadresse: lic.rer.pol. Jachen C. Nett
 Soziologisches Seminar
 Universität Basel
 Petersgraben 27
 4051 Basel
 Tel. 061 267 28 27
 Fax 061 267 28 20

Publikationen: Zugesicherte Veröffentlichung des Referates „Soziologische Aspekte ethnischer Kriminalität“, gehalten anlässlich der Tagung „Das Fremde in der Gesellschaft: Migration und Ethnizität“, Bern, 22.-23.10. 1993.

Autoren: Nicolas, Georges (Requérant principal); Parker, Geoffrey (Co-requérant); Wanders, Anne-Christine
 Titel: Géopolitique des Europes

- Kurzbeschrieb: *Objet de la recherche:* Discours géopolitiques contemporains sur l'Europe. *Objectif:* Produire une série de „mappes“ représentant la vision de l'Europe des principaux gouvernements européens et permettant de comparer ces conceptions. *Sources:* Les discours des responsables politiques au pouvoir dans les pays du continent européen de 1990 à 1993.
- Zeitraum: 1990-1993
- Art des Projekts: initiative personnelle
- Stand: en cours
- Abschlussstermin: pour la requête FNRS: décembre 1994
pour le professeur Georges Nicolas: septembre 1997
- Kontaktadresse: Anne-Christine Wanders
Institut de recherches interdisciplinaires
Faculté des Sciences Sociales et Politiques
Université de Lausanne
BFSH 2
1015 Lausanne-Dorigny
Tél. 021 692 31 68
Fax 021 692 31 65
- Publikationen: Diverses publications en cours de préparation.
-

- Autoren: Pállinger, Zoltán T.; Gabriel, Jürg Martin
(Betreuung)
- Titel: Postkommunistische Transformationsprozesse - Die Aussen- und Sicherheitspolitik Ungarns seit 1990
- Kurzbeschrieb: Erklärung der postkommunistischen Transformationsprozesse in Ungarn. Aufzeigen ihrer Auswirkungen auf die Aussen- und Sicherheitspolitik.
Bezugsrahmen: Theorien der Internationalen Beziehungen, insbesondere Constitutional Economics.
- Zeitraum: seit 1989
- Art des Projekts: Dissertation
- Stand: laufend
- Abschlussstermin: Dezember 1995 (geplant)
- Kontaktadresse: Zoltán Pállinger
Hochschule St. Gallen
Bodanstr. 4
9000 St. Gallen
Tel. 071 30 24 37
E-mail: rdiethelm@sgcl1.unisg.ch
-

- Autoren: Roder, Peter (Projektleitung); Brunner, Bernhard (Laborleitung)
- Titel: Chemieereignis-Datenbank PC-FACTS
- Kurzbeschreibung: In der Schweiz sind genügend Benutzer für die Schaffung einer Chemieereignis-Datenbank vorhanden. Auf Grund eines durch eine breit abgestützte Umfrage zusammengetragenen Anforderungsprofils wurde der Entscheid getroffen, eine Zusammenarbeit mit dem Department of Industrial Safety der TNO in Apeldoorn, NL, vertraglich zu regeln und deren bestehende Datenbank FACTS für eine gesamtschweizerische Nutzung einzusetzen. Die Datenbank ist im AC-Laboratorium in Spiez installiert und steht seit dem 1.1.94 Behörden, Industrie, Ingenieurbüros und Hochschulen für Recherchen gegen Entgelt zur Verfügung.
In der Datenbank zusammengestellt werden Informationen über kleinere Unfälle bis hin zu Störfällen bei Produktion, Lagerung, Transport, Anwendung und Entsorgung von gefährlichen Chemikalien; zusammen mit den beim Unfall getroffenen Massnahmen und den Auswirkungen auf Mensch und Umwelt.
- Zeitraum: Vorerst Zusammenarbeitsvertrag mit TNO bis 1999
- Art des Projekts: private Initiative, Kommission für AC-Schutz (Komac)
- Stand: laufend
- Abschlusstermin: geplant vorerst bis 1999
- Kontaktadresse: Dr. P. Roder
Gruppe für Rüstungsdienste
AC-Laboratorium
3700 Spiez
Tel 033 55 27 73
Fax 033 55 25 91
- Publikationen: Diverse interne Arbeitspapiere und Informationsschreiben an die interessierten Kreise; kommentierte Unfallbeschreibungen.
-

- Autoren: Rossi, Lorenza; Stahel, Albert (Betreuung)
- Titel: The Middle East and the New World Order. A History of America's Expanding Role in the Middle East and its Consequences.

Kurzbeschrieb: The history of modern grand strategy is to a remarkable extent the history of access to and denial of vital resources. Ever since the world oil center of gravity has shifted to the Middle East, the United States have been seeking to ensure its influence in this region, first by means of economic, then diplomatic and finally military maneuvering. The post-World-War-II recognition of the strategic significance of the region of the Persian Gulf and the increasing Western dependency on its oil translated into a foreign policy approach toward the area which prompted an increasing U.S. entanglement into Middle Eastern domestic affairs (from Operation Ajax in Iran to rescue the shah, through the support for the Iraqi war effort against Iran and the secret arms-for-hostage deal with Iran, to the reflagging option of Kuwaiti tankers). The self-centered self-interest-oriented U.S. foreign policy approach toward the Middle East called forth U.S. hegemony in the area. Besides, it compelled a number of regional and domestic accidents whose consequences are still determining the dynamics and power constellation in the area today. Since the end of the Cold War and in the wake of the Persian Gulf War, the United States has emerged as the unrivaled external power, holding sway of the entire region. Former President George Bush claimed that the Gulf War ushered in a New World Order. But the new order reflects no more than America's interests in the region rather than any universal principles of justice or morality. Its essence, like that of the old order, is the defense of the regional status quo. And it is precisely in this light that the process of peace negotiations between Arabs, Palestinians and Israelis has to be analyzed, i.e. as a U.S. priority to maintain the regional status quo.

Zeitraum: 1992 until 1995
Art des Projekts: Dissertation
Stand: laufend
Abschlussstermin: Juni 1995
Kontaktadresse: Lorenza Rossi
Badenerstrasse 577
8048 Zürich
Tel. 01 493 48 10

Autoren: Roth, Ulrich; Leiser, Felix; Schmitt, Hans-Michael; Gremminger, Thomas; Engel, Jürg; Zeh, Walter; Meier, Heinz

Titel: Landschaft unter Druck (Fortschreibung) - Zahlen und Zusammenhänge über Veränderungen in der Landschaft Schweiz, Beobachtungsperiode 1978-1989

Kurzbeschreibung: Untersuchung über den Verlust und die Beeinträchtigung der Naturnähe in der Landschaft. Die Grundlagen für die periodische Erneuerung der Landkarten von 1978-1989 wurden systematisch ausgewertet.

Zeitraum: Landeskarten-Veränderungen Periode 1978-89 im Vergleich mit 1942-83

Art des Projekts: Ressortforschung der öffentlichen Hand

Stand: abgeschlossen

Abschlusstermin: August 1994

Kontaktadresse: Dr. Walter Zeh
BUWAL
Abt. Landschaftsschutz
Hallwylstrasse 4
3003 Bern
Tel. 031 322 93 73

Publikationen: Landschaft unter Druck - Fortschreibung. Hrsg. BRP/BUWAL. Bern, 1994. (d und f)

Autor: Ruloff, Dieter

Titel: Wie Kriege beginnen

Kurzbeschreibung: Das Projekt analysiert den Beginn von über 150 Kriegen in der Zeit von 1789 bis heute, einschliesslich Kolonialkriege und bewaffnete Auseinandersetzungen in der Dritten Welt. Ausgangspunkt ist ein vom Verfasser 1987 zu diesem Thema publiziertes Buch, welches nun erweitert und aktualisiert wird.

Zeitraum: 1994-95

Art des Projekts: persönliche Initiative

Stand: laufend

Abschlusstermin: 1995

Kontaktadresse: Prof. Dr. Dieter Ruloff
Universität Zürich
Forschungsstelle für Politische Wissenschaft
Abt. Internationale Beziehungen
Wiesenstrasse 9
8008 Zürich

Tel. 01 257 31 16

Fax 01 382 02 85

Publikationen: Ruloff, Dieter: Wie Kriege beginnen. München, 1987.

Autoren: Schnewlin, Matthias; Sheldon, George; Theiss, Roland

Titel: Arbeitskräftebedarf und -angebot in Krisenzeiten

Kurzbeschreibung: Die wirtschaftliche Landesversorgung hat die Aufgabe, in Krisensituationen die Versorgung der Schweiz mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten. Unter anderem bedingt dies die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Arbeitsmarktes. Um dies zu ermöglichen, ist es unerlässlich, einen gesamtwirtschaftlich konsistenten Überblick über die Lage in den Wirtschaftszweigen und der Versorgung zu erhalten. Das hierzu entwickelte Input-Output-Simulationssystem soll dem Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung diesen Überblick gewährleisten. Mit diesem System können die Folgen von Einschränkungen bei der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen (z.B. durch Kontingentierung, Rationierung oder strukturbedingten Nachfragerückgang) wie auch die Auswirkungen einer Reduktion der Vorleistungen (z.B. durch Importrückgang) auf die Produktion in den Wirtschaftszweigen und auf dem Arbeitsmarkt simuliert werden.

Die Input-Output-Tabelle zeigt die durch Bezug (Input) und Absatz (Output) von Gütern und Dienstleistungen entstehenden Verflechtungen zwischen den Branchen eines Wirtschaftsraumes. Die Beziehungen innerhalb eines Input-Output-Systems lassen sich in Form von Bilanzgleichungen darstellen, die den monetär bewerteten Strom von Gütern und Dienstleistungen zwischen den Sektoren oder Branchen einer Volkswirtschaft in einer bestimmten Periode beschreiben. Der Entstehungsrechnung (Vorleistungsbezüge + Bruttowertschöpfung = Bruttoproduktion) und der Verwendungsrechnung (Vorleistungslieferungen + Endverwendungslieferungen - Importe = Bruttoproduktion) gemeinsam ist die zentrale Tabelle der Vorleistungsverflechtung, die In-

formationen über die wirtschaftlichen Interdependenz der Branchen enthält. Somit können Verflechtungen und Interdependenzen der Volkswirtschaft zusammen mit einem Importbewirtschaftungsmodul in einem Modell strukturiert und zur Simulation genutzt werden.

Die Arbeitsnachfrageveränderungen als Resultat dieses Produktionsmodells und eventuelle Veränderung auf der Arbeitsangebotsseite werden im Arbeitsmarktmodell (auch als Input-Output-System modelliert) gegenübergestellt und so die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, gegliedert nach verschiedenen Merkmalen, ermittelt.

- Zeitraum: 1985. Aufdatierung der Daten auf 1990 ist im Gange.
- Art des Projekts: Auftragsforschung für das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung, Arbeitsamt, Belpstrasse 53, 3003 Bern
- Stand: Hauptprojekt abgeschlossen. Die Daten werden aktualisiert, und es werden einige Modellverbesserungen vorgenommen.
- Abschlusstermin: 1993/1994
- Kontaktadresse: *Produktionsmodell:*
Dr.rer.pol. Matthias Schnewlin
Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF-ETHZ)
Weinbergstrasse 35
8092 Zürich
Tel. 01/632 42 39
- Arbeitsmarktmodell:*
PD Dr.rer.pol. George Sheldon
Forschungsstelle für Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik der Universität Basel (FAI)
Missionsstrasse 64A
4055 Basel
Tel. 061/ 267 33 76
- Publikationen: Schnewlin, Matthias: Ein Input-Output-Simulationssystem der schweizerischen Volkswirtschaft. Beiträge zur empirischen Wirtschaftsforschung, Band 10. Hrsg. von Peter Kischka, Manfred Lösch, Diethard Pallaschke, Bernd Schips. Chur/ Zürich, 1993.
Schnewlin, Matthias: Un système de simulation de l'économie suisse basée sur la technique entrées-sorties. Dans: Office fédéral des questions conjoncturelles, cahier de questions conjoncturelles 4/93. S. 75-83.

Schnewlin, Matthias: Ein Input-Output-Simulations-system der schweizerischen Volkswirtschaft - Mit einer verkehrswirtschaftlichen Anwendung. In: Die Volkswirtschaft 8/94, 38-46.

Autor: Senn, Hans
Titel: Der Schweizerische Generalstab, Teil VII: Anfänge einer Dissuasionsstrategie im Zweiten Weltkrieg
Kurzbeschreibung: Analyse der besonderen Lagen, vor die sich die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges gestellt sah; Erörterung der dadurch entstandenen Herausforderungen; Darstellung des Ringens um möglichst optimale Lösungen; Wertung der getroffenen Entschiede. *Fragestellung*: Wurde die Dissuasionsstrategie, zu der sich die politische und militärische Führung grundsätzlich bekannte, von Bundesrat, Oberbefehlshaber und Armeestab zielgerichtet angewendet oder nicht? Wie haben die potentiellen Gegner die ergriffenen Massnahmen erfahren, eingeschätzt und darauf reagiert? Wie weit kann die Verschonung unseres Landes auf Abhaltewirkungen zurückgeführt werden?
Zeitraum: 1939-1945
Art des Projekts: persönliche Initiative
Stand: abgeschlossen
Abschlussstermin: 1994
Kontaktadresse: Dr. Hans Senn
Vorackerweg 35
3073 Gümligen
Tel. 031 951 74 17
Publikationen: Senn, Hans: Anfänge einer Dissuasionsstrategie im Zweiten Weltkrieg. Band VII in der Reihe „Der Schweizerische Generalstab“, hrsg. vom Historischen Dienst der Armee. Basel, 1995.

Autoren: Spillmann, Kurt R. und Bächler, Günther (Leitung); Bellwald, Stefan; Libiszewski, Stephan (wiss. Mitarbeiter)
Titel: Management von Umweltkonflikten in und zwischen Entwicklungsländern. Erarbeiten von Methoden und Aufbau eines internationalen Netzwerks (ECOMAN)

Kurzbeschreibung: Das Pilotprojekt bereitet ein gleichlautendes Projekt vor, das sich mit der Frage des Umweltkonfliktmanagements im Horn von Afrika befasst. Theoriebildung und deren praktische Anwendung sollen mit Partnern aus der Region erarbeitet und in einem konkreten Fall umgesetzt werden.

Art des Projekts: Pilotprojekt NF

Stand: laufend

Abschlussstermin: 31. August 1995 (Pilotphase)

Kontaktadressen: Prof. Dr. Kurt R. Spillmann
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH Zentrum
8092 Zürich
Tel. 01 632 40 25
Fax 01 363 91 96

Günther Bächler
Schweizerische Friedensstiftung SFS
Wasserwerksgasse 7
3011 Bern
Tel. 031 22 55 82
Fax 031 22 55 83

Autoren: Spillmann, Kurt R. und Bächler, Günther (Leitung); Böge, Volker; Klötzli, Stefan; Lang, Christoph; Libiszewski, Stephan (wiss. Mitarbeiter)

Titel: Environment and Conflicts Project (ENCOP)

Kurzbeschreibung: Das Forschungsprojekt untersucht die Beziehungen zwischen anthropogenen Umweltzerstörungen und aktuellen und potentiellen Gewaltkonflikten, vor allem in der Dritten Welt.

Art des Projekts: Ressortforschung

Stand: laufend

Abschlussstermin: Ende 1995

Kontaktadressen: Prof. Dr. Kurt R. Spillmann
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK
ETH Zentrum
8092 Zürich
Tel. 01 632 40 25
Fax 01 363 91 96

Günther Bächler
Schweizerische Friedensstiftung SFS
Wasserwerksgasse 7
3011 Bern
Tel. 031 22 55 82
Fax 031 22 55 83

Publikationen: Im Rahmen des Projektes wird eine Reihe von ENCOP Occasional Papers mit Fall- und Regionalstudien herausgegeben. Bis jetzt wurden elf Studien publiziert. Ferner: Bächler, Günther; Böge, Volker; Klötzli, Stefan; Libiszewski, Stephan: Ökologische Konflikte im internationalen System und Möglichkeiten der friedlichen Bearbeitung. Münster, 1993.

Autoren: Staub, Heiner (Projektleitung); Brunner, Bernhard (Laborleitung)

Titel: Bearbeitung von Problemen der Verifikation im Zusammenhang mit dem Chemiewaffenübereinkommen

Kurzbeschreibung: Bearbeiten verschiedener Teilaspekte (vor allem für "Dual-use-Chemikalien") wie:

- Verifikationsprozedere
- Anforderungsprofile für Inspektoren und deren Ausbildung
- Evaluieren von geeigneten Analysemethoden und -geräten
- Implementierung des Übereinkommens in der Schweiz

Zeitraum: 1993 bis voraussichtlich 1996

Art des Projekts: private Initiative; Auftragsforschung von EDA, Politische Abteilung III

Stand: laufend

Abschlussstermin: geplant bis Ende 1996

Kontaktadresse: Heiner Staub
Gruppe für Rüstungsdienste
AC-Laboratorium
3700 Spiez
Tel 033 55 26 54
Fax 033 55 25 91

Autor: Steiner, Kathy; Pohl, Christian

- Titel:** Militärluftfahrt in der Schweiz - eine ökologische Bestandesaufnahme
- Kurzbeschreibung:** Im Hinblick auf die Schliessung verschiedener Militärflugplätze in der Schweiz will diese Studie Grundlagen bieten können bei der Diskussion um Nutzungsalternativen für die freiwerdenden Gelände. Ziel der Studie ist es, die Auswirkungen der Schweizerischen Militärluftfahrt auf die Umwelt gesamthaft zu erfassen. Ergänzend zur ökologischen Bestandesaufnahme sollen später auch ökonomische und regionalpolitische Aspekte beleuchtet werden. Für die Ausarbeitung der ökologischen Bestandesaufnahme werden bestehende Daten verwendet, auf eigene Datenerhebungen muss verzichtet werden. Einerseits werden die verfügbaren Daten je nach Umweltkompartiment mit verschiedenen Methoden bearbeitet und gewichtet, andererseits wird aufgezeigt, welche zusätzlichen Datenerhebungen noch nötig sind.
- Art des Projekts:** private Initiative
- Stand:** laufend
- Abschlussstermin:** Dezember 1994
- Kontaktadresse:** Kathy Steiner
amö - Arbeitsstelle Militarismus und Ökologie
Postfach 6386
8023 Zürich
Tel. 01 241 29 35
Fax 01 241 29 26
-

- Autor:** Von Dosenrode, Sören Z.
- Titel:** Adaptation of Small States Policies due to the European Integration
- Kurzbeschreibung:** Unter besonderer Berücksichtigung der Efta-Staaten, die sich um eine EU-Mitgliedschaft beworben haben, soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern Kleinstaaten ihre Aussen- und Sicherheitspolitik infolge einer EU-Mitgliedschaft verändern oder anpassen müssen. Dabei wird von der Hypothese ausgegangen, dass die Kleinstaaten (besonders die neutralen) ihre deklaratorische Aussenpolitik verändern müssen, dass aber bei der realen 'day-to-day'-Aussenpolitik keine nennenswerten Anpassungen vorgenommen werden müssen.

- Art des Projekts: persönliche Initiative
- Zeitraum: Grundsätzlich wird die Entwicklung seit Anfang der achtziger Jahre behandelt; der Schwerpunkt liegt auf den Jahren 1989 bis 1994.
- Stand: laufend
- Kontaktadresse: Forschungsstelle für Politische Wissenschaft
Universität Zürich
Künstlergasse 16
8006 Zürich
- Publikationen: Von Dosenrode, Sören Z.: Western European Small States in International Regimes. In: History of European Ideas, Spring 1994.

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, Zürich 1994.

Bulletin 1994
zur schweizerischen Sicherheitspolitik

edited by
Kurt R. Spillmann

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

